

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Diskurse, Macht und Widerstand: Die diskursive Legitimation
autoritärer Herrschaft und die Herausforderung hegemonialer
Narrative durch Pussy Riot in Russland

verfasst von | submitted by
Viktoriia Malakhova BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Marion Löffler Privatdoz.

Zusammenfassung

Diese Masterarbeit untersucht die diskursiven Strategien und Mechanismen im Fall von Pussy Riot, um die Schnittstelle von Macht, Diskurs und Widerstand in autoritären Kontexten zu analysieren. Unter Rückgriff auf Michel Foucaults Theorien der Disziplinarmacht und diskursiven Praktiken sowie Norman Faircloughs Kritische Diskursanalyse wird untersucht, wie hegemoniale Narrative konstruiert und genutzt werden, um oppositionelle Stimmen zu unterdrücken, und inwiefern Widerstand das Potenzial besitzt, dominante Diskurse zu unterbrechen und neu zu gestalten.

Die Protestaktion von Pussy Riot im Jahr 2012 in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale dient als Fallstudie, um zu veranschaulichen, wie der russische Staat und die orthodoxe Kirche mediale Rahmungen, juristische Repression und kulturelle Narrative einsetzen, um patriarchale und nationalistische Ideologien zu stabilisieren. Durch die Darstellung von Pussy Riot als Bedrohung für die moralische und soziale Ordnung versuchten die staatlichen Akteure, feministische und anti-autoritäre Diskurse zu delegitimieren.

Gleichzeitig zeigt der Protest von Pussy Riot exemplarisch, wie Widerstand Gegen-Diskurse hervorbringen kann, die bestehende Machtstrukturen infrage stellen. Durch die Subversion religiöser und politischer Symbole unterliefen ihre Aktionen etablierte Normen und eröffneten neue Räume für öffentliche Debatten. Trotz staatlicher Repression führte ihre Performance zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Feminismus, staatliche Kontrolle sowie das Verhältnis von Religion und Politik in Russland.

Diese Arbeit argumentiert, dass Macht in autoritären Regimen nicht nur durch Repression, sondern maßgeblich durch Diskurse wirkt. Wie Foucault betont, existiert jedoch dort, wo Macht ausgeübt wird, immer auch Widerstand. Durch die Einbettung des Pussy-Riot-Protests in die theoretischen Rahmen von Foucault und Fairclough wird aufgezeigt, wie Widerstand als diskursive Praxis funktioniert, dominante Narrative destabilisiert und zur Neukonfiguration gesellschaftlicher und politischer Bedeutungszuschreibungen beiträgt.

Abstract

This master's thesis analyzes the discursive strategies and mechanisms used in the case of Pussy Riot to examine the intersection of power, discourse, and resistance in authoritarian contexts. Drawing on Michel Foucault's theories of disciplinary power and discursive practices, as well as Norman Fairclough's Critical Discourse Analysis, this study explores how hegemonic narratives are constructed and used to suppress opposition while investigating the potential of resistance to disrupt and reshape dominant discourses.

The 2012 Pussy Riot performance in Moscow's Christ the Saviour Cathedral serves as a case study to illustrate how the Russian state and the Orthodox Church employ media framing, legal repression, and cultural narratives to reinforce patriarchal and nationalist ideologies. By portraying Pussy Riot as a threat to moral and social stability, the authorities sought to delegitimize feminist and anti-authoritarian discourse.

At the same time, Pussy Riot's protest exemplifies how resistance can generate counter-discourses that challenge power structures. Through the subversion of religious and political symbols, their actions disrupted established norms and opened space for public debate. Despite repression, their performance catalyzed discussions on feminism, state control, and the relationship between religion and politics in Russia.

This thesis argues that in authoritarian regimes, power operates not only through repression but also through discourse. However, as Foucault suggests, where there is power, there is always resistance. By situating Pussy Riot's protest within Foucault's and Fairclough's frameworks, this study highlights how resistance functions as a discursive practice that destabilizes dominant narratives and contributes to the reconfiguration of social and political meaning.

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG	1
ABSTRACT	2
1. EINLEITUNG	5
2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	9
2.1 MICHEL FOUCAULTS KONZEPTE DER MACHT, SUBJEKTIVIERUNG, WIDERSTAND UND DISKURS.....	9
2.1.1 Machtverständnis.....	9
2.1.2 Subjektivierung.....	11
2.1.3 Macht-Wissen-Komplex und die Konstruktion sozialer Realität	13
2.1.4 Diskurse und ihre Regulierung.....	15
2.2 DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN MACHT UND DISKURS.....	17
2.2.1 Historische Wandelbarkeit von Diskursen	21
2.3 DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN MACHT, SEXUALITÄT UND KÖRPER IM DENKEN MICHEL FOUCAULTS	23
2.4 RUSSLAND ALS AUTORITÄRER STAAT.....	25
2.5 DISKURSPOLITIK DES AUTORITÄREN RUSSLANDS	26
3. HISTORISCHER UND GESELLSCHAFTLICHER KONTEXT	28
3.1 DIE POLITISCHE SITUATION IN RUSSLAND VOR 2012	29
3.2 FORSCHUNGSSTAND ZU PUSSY RIOT	30
3.2.1 Feministische Prinzipien und Gesellschaftskritik.....	30
3.2.2 Kunst als Widerstand: Performative Proteste und DIY-Kultur.....	31
3.2.3 Pussy Riot und die Aktion in der Christ-Erlöser-Kathedrale	33
4. METHODOLOGIE UND QUELLEN.....	39
4.1 KRITISCHE DISKURSANALYSE NACH FAIRCLOUGH	39
4.1.1 Sprache und Realität	41
4.1.2 Soziale Praktiken und KDA.....	42
4.1.3 Methodische Prinzipien und Anwendung	45
4.2 MATERIAL UND QUELLEN	47
5. DIE HISTORISCHE FORMIERUNG STAATLICHER DISKURSE UND DIE STAATLICHEN REAKTIONEN AUF DEN FALL PUSSY RIOT	49
5. 1 DIE ENTWICKLUNG UND ETABLIERUNG STAATLICHER DISKURSE VOR DEM JAHR 2012	49
5.1.1 Der „Stabilitätsdiskurs“ und die Kontrolle über Protestbewegungen	50
5.1.2 Stärkung des Diskurses der „traditionellen Werte“	51
5.1.3 Förderung bürgerlicher Passivität	52
5.1.4 Der Diskurs der „souveränen Demokratie“.....	54
5.1.5 Diskurs der „patriotischen Mobilisierung“.....	55
5.2 ANALYSE DER STAATLICHEN REAKTIONEN AUF DIE PROTESTAKTION IN DER MOSKAUER CHRIST-ERLÖSER KATHEDRALE.....	57
5.2.1 Textanalyse: Linguistische und semantische Ebenen.....	58
5.2.2 Diskursive Praxis: Produktion und Reproduktion des Diskurses.....	59
5.2.3 Soziale Praxis: Ideologie und Macht.....	61
5.3 DISKUSSION DER ANALYSEERGEBNISSE	62
5.3.1 Repression durch Gesetzgebung.....	66
6. HEGEMONIALE DISKURSE UND MACHTSTRUKTUREN: EINE ANALYSE DES RICHTSVERFAHRENS GEGEN PUSSY RIOT	68

6.1 TEXTANALYSE: SPRACHLICHE KONSTRUKTION UND RHETORISCHE MITTEL.....	70
6.2 DISKURSIVE PRAXIS: PRODUKTION UND REPRODUKTION HEGEMONIALER DISKURSE	71
6.3 SOZIALE PRAXIS: MACHTSTRUKTUREN	75
6.4 DISKUSSION DER ANALYSEERGEBNISSE	77
7. DISKURSIVE KONSTRUKTIONEN IN DER RUSSISCHEN MEDIENLANDSCHAFT	79
7.1 BESONDERHEITEN DER RUSSISCHEN MEDIEN	79
7.2 TEXTUELLE EBENE: SPRACHLICHE KONSTRUKTION UND RHETORISCHE STRATEGIEN	80
7.3 DISKURSIVE STRATEGIEN.....	83
7.4 SOZIALE PRAXIS	84
7.5. DISKUSSION DER ANALYSEERGEBNISSE	88
8. WIDERSTAND VON PUSSY RIOT UND DIE HERAUSFORDERUNG ETABLICHTER DISKURSE	91
8.1 ANALYSE DES LIEDES „GOTTESMUTTER, JUNGFAU, VERTREIBE PUTIN“ VON PUSSY RIOT	91
8.2 ANALYSE DES ERSCHEINUNGSBILDES UND DER WAHL DES ORTES	96
8.3 DISKUSSION DER ANALYSEERGEBNISSE	98
9. ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION	101
9.1 ZUSAMMENFASSUNG DER ERKENNTNISSE	101
9.2 DISKUSSION DER ERKENNTNISSE AUS DEN ANALYSEN IM LICHT VON FOUCAULTS UND FAIRCLOUGHS THEORIEN	104
9.3 WIDERSTAND IN AUTORITÄREN STRUKTUREN.....	105
9.4 KRITISCHE REFLEXION UND ZUKÜNFTIGE FORSCHUNGEN	107
LITERATURVERZEICHNIS.....	110
ANHANG.....	122

1. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit den Mechanismen autoritärer Herrschaft und ihrer Legitimation durch hegemoniale Diskurse ist eine zentrale Aufgabe der politikwissenschaftlichen Forschung. In der heutigen globalen politischen Landschaft nehmen autoritäre Tendenzen weltweit zu, oft verborgen hinter dem Mantel demokratischer Fassade. Ein paradigmatisches Beispiel für diesen Widerspruch liefert Russland, das sich selbst offiziell als demokratisches Land bezeichnet, jedoch durch die systematische Einschränkung grundlegender demokratischer Prinzipien und Rechte sowie die gezielte Repression oppositioneller Bewegungen charakterisiert wird (vgl. Freedom House 2013: 7; Gessen 2012: 203).

Die Kontrolle über Diskurse ist eines der zentralen Instrumente zur Stabilisierung und Reproduktion von Macht in autoritären Regimen. Insbesondere in Russland, wo staatliche Institutionen und die Russisch-Orthodoxe Kirche eine enge ideologische Allianz bilden, wird deutlich, wie Diskurse strategisch genutzt werden, um gesellschaftliche Normen zu formen, hegemoniale Machtverhältnisse zu festigen und oppositionelle Stimmen zu delegitimieren.

Der Fall Pussy Riot, insbesondere die Protestaktion in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale im Jahr 2012, bietet eine exemplarische Fallstudie, um diese Mechanismen sichtbar zu machen. Der Protest, der sich gegen die Verflechtung von Staat und Kirche richtete, provozierte eine intensive gesellschaftliche und mediale Reaktion.

Meine Masterarbeit untersucht die diskursiven Strategien und Mechanismen, die im Fall Pussy Riot sichtbar werden, um die Verflechtung von Macht, Diskurs und Wahrheit in autoritären Kontexten zu analysieren. Dabei stehen zwei zentrale theoretische Perspektiven im Mittelpunkt: Michel Foucaults Analyse von Machtmechanismen, insbesondere seine Konzepte der Disziplinarmacht und der diskursiven Praktiken, sowie Norman Faircloughs Ansatz der Kritischen Diskursanalyse.

Faircloughs Theorie baut in wesentlichen Aspekten auf Foucaults Konzeption von Diskurs und Macht auf, indem er dessen Verständnis von Diskurs als strukturierende und gleichzeitig strukturierte Praxis übernimmt. Während Foucault jedoch primär die historisch kontingenten Genealogien von Macht und Wissen analysiert, fokussiert Fairclough stärker auf die sprachlichen und textuellen Mittel, durch die Macht ausgeübt und gesellschaftliche Strukturen reproduziert werden. Indem ich diese beiden theoretischen Zugänge kombiniere, schaffe ich eine fundierte analytische Grundlage, um die diskursive Konstruktion hegemonialer Narrative und die systematische Marginalisierung oppositioneller Perspektiven zu beleuchten.

Im autoritären Kontext Russlands zeigt der Fall Pussy Riot, wie staatlich orchestrierte Diskurse darauf abzielen, die öffentliche Meinung zu kontrollieren und alternative gesellschaftliche Narrative zu unterdrücken. Feministische und oppositionelle Stimmen werden nicht nur durch rechtliche Maßnahmen kriminalisiert, sondern auch durch sprachliche und mediale Strategien entpolitisiert und delegitimiert. Die Verbindung zwischen Staat und Kirche spielt dabei eine zentrale Rolle, indem sie hegemoniale Narrative über nationale Identität, moralische Werte und soziale Stabilität reproduziert.

Die zentrale Fragestellung meiner Arbeit lautet:

Wie und welche hegemonialen Diskurse reproduzieren und legitimieren autoritäre Machtstrukturen in Russland, und inwiefern kann Widerstand wie der von Pussy Riot hegemoniale Narrative herausfordern und alternative gesellschaftliche Diskurse im Kontext eines autoritären Regimes etablieren?

Diese Fragestellung geht davon aus, dass Widerstand nicht lediglich eine Erneuerung oder Anpassung hegemonialer Diskurse bewirkt, sondern vielmehr als antagonistische Praxis fungiert, die bestehende Machtverhältnisse infrage stellt und gegenhegemoniale Narrative formt. Damit wird die Auseinandersetzung mit Diskursen nicht nur als statische Reproduktion, sondern als umkämpftes Terrain verstanden, auf dem sich autoritäre und widerständige Diskurspraktiken in einem permanenten Spannungsverhältnis befinden.

Die Fragestellung wird durch die Analyse der staatlichen, medialen, juristischen und sozialen Reaktionen auf die Aktion von Pussy Riot beantwortet. Ziel ist es, die Mechanismen der Diskursproduktion zu untersuchen, die die hegemoniale Ordnung in Russland stabilisieren, sowie die Herausforderungen und Potenziale feministischer Bewegungen und alternativer Diskurse in autoritären Kontexten zu analysieren. Dabei wird davon ausgegangen, dass hegemoniale Diskurse nicht nur als Mittel zur Machtausübung dienen, sondern auch kulturelle und soziale Identitäten formen und stabilisieren. Widerstandsdiskurse hingegen stellen diese hegemonialen Narrative in Frage und eröffnen Räume für alternative Perspektiven. Im Fokus steht dabei die Art und Weise, wie solche Regime durch normative Diskurse und Disziplinierungsmaßnahmen Subjektivierung steuern und kontrollieren. Durch die detaillierte Untersuchung der Mechanismen, durch die diese Regime Individuen in bestimmte Rollen drängen, sollen die zugrundeliegenden Machtstrukturen sichtbar gemacht werden.

Der Fall Pussy Riot eignet sich besonders gut zur Analyse, da er einige zentrale Merkmale autoritärer Herrschaft in Russland offenlegt: die enge Verflechtung von Staat und Kirche, die Instrumentalisierung nationaler und kultureller Identität zur Stabilisierung hegemonialer Diskurse sowie die Konstruktion geschlechtsspezifischer Narrative zur Legitimation von Repression. Gleichzeitig zeigt der Fall jedoch auch die Grenzen des Widerstands auf. In einem Regime, das auf die Kontrolle von Öffentlichkeit und Diskurs abzielt, stellt sich die Frage, ob subversive Handlungen wie jene von Pussy Riot tatsächlich in der Lage sind, hegemoniale Strukturen zu destabilisieren und alternative Narrative nachhaltig zu etablieren.

Indem die Arbeit sowohl die Strategien der Machterhaltung als auch die Ansätze des Widerstands beleuchtet, trägt sie zur tiefergehenden Analyse der Wechselwirkungen zwischen Macht und Diskurs in autoritären Kontexten bei. Sie bietet zudem einen Beitrag zum Verständnis der Bedingungen, unter denen gesellschaftlicher Wandel in repressiven Systemen möglich wird – ein Thema, das angesichts der aktuellen globalen Verschiebungen hin zu autoritären Regierungsformen von hoher Relevanz ist.

Seit den Ereignissen von 2012 hat sich die politische und gesellschaftliche Landschaft in Russland weiterentwickelt. Dennoch bleibt die Bedeutung dieses Falls als Beispiel für den Widerstand gegen autoritäre Strukturen sowie für die Schaffung öffentlicher Diskurse und neuer sozialer Identitäten unvermindert. Die staatlichen Repressionen gegenüber politischen Aktivisten und die Diskurse, die diese stützen, sind weiterhin relevant, da sie grundlegende Fragen über die Natur der Macht und die Konstruktion sozialer Normen und soziale Identitäten in der russischen Gesellschaft aufwerfen. Angesichts der anhaltenden politischen Spannungen und der zunehmenden Restriktionen gegen oppositionelle Bewegungen in Russland ist die Analyse der Mechanismen, die zur Disziplinierung und Subjektivierung führen, von großer Bedeutung.

Pussy Riot hat durch ihre Proteste gegen tief verwurzelte gesellschaftliche, politische und religiöse Normen verstoßen, die durch diskursive und institutionelle Praktiken von staatlichen Akteuren, religiösen Institutionen und Medien etabliert und aufrechterhalten werden. Die Analyse dieser Normen und Diskurse zeigt, wie Machtstrukturen arbeiten, um bestimmte Identitäten und Verhaltensweisen zu formen und zu kontrollieren, und wie der Widerstand gegen diese Normen und Diskurse dazu beiträgt, Machtverhältnisse sichtbar zu machen und infrage zu stellen.

Die Relevanz meiner Forschung liegt in der kritischen Reflexion darüber, wie Diskurse in autoritären Kontexten als Werkzeuge der Macht genutzt werden. Die Analyse zeigt, dass Diskurse

nicht nur Realität abbilden, sondern aktiv dazu beitragen, normative Wahrheiten zu schaffen und gesellschaftliche Hierarchien zu reproduzieren. Gleichzeitig wird deutlich, dass Widerstand in Form alternativer Diskurse – wie im Fall von Pussy Riot – das Potenzial besitzt, hegemoniale Narrative zu hinterfragen und transformative Prozesse einzuleiten. Die Arbeit beleuchtet die Rolle feministischer Bewegungen im Kampf um die diskursive Gestaltung gesellschaftlicher Normen und hinterfragt die Grenzen und Möglichkeiten von Protestbewegungen in autoritären Regimen.

Die Struktur der Arbeit gliedert sich wie folgt: Nach der Einführung in die theoretischen Grundlagen und die Methodologie erfolgt eine detaillierte Analyse der staatlichen, medialen, juristischen und sozialen Diskurse, die im Zusammenhang mit Pussy Riot entstanden sind. Diese wird ergänzt durch eine Untersuchung der sprachlichen Strategien, die zur Marginalisierung oppositioneller Perspektiven beitragen, und eine Diskussion der Implikationen für die Stabilisierung hegemonialer Machtverhältnisse. Abschließend wird die Rolle von Protesten wie dem von Pussy Riot für die Schaffung alternativer Diskurse reflektiert, wobei die Herausforderungen und Potenziale solcher Bewegungen im autoritären Kontext kritisch bewertet werden. Die Arbeit trägt somit dazu bei, ein tieferes Verständnis der Dynamiken von Macht, Diskurs und Widerstand in autoritären Regimen zu entwickeln und die Bedeutung feministischer und oppositioneller Bewegungen für die Konstruktion neuer gesellschaftlicher Narrative zu analysieren.

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Michel Foucaults Konzepte der Macht, Subjektivierung, Widerstand und Diskurs

Michel Foucaults Ansätze zur Machtstruktur sind von zentraler Bedeutung in der politischen Theorie und Politikwissenschaft, insbesondere wenn es darum geht, die oft unsichtbaren Mechanismen zu verstehen, durch die Macht in autoritären Regimen wie dem russischen Staat ausgeübt wird. Foucaults Konzept der Macht zeichnet sich durch eine dynamische und dezentrale Perspektive aus. Er betrachtet Macht nicht als festen Besitz oder hierarchische Kontrolle, sondern als ein relationales und allgegenwärtiges Phänomen, das in sozialen Interaktionen und Netzwerken entsteht (vgl. Foucault 1973).

Kern seiner Theorie sind Konzepte wie Disziplinarmacht, Subjektivierung, die Macht-Wissen-Beziehung und Diskurse, die aufzeigen, wie autoritäre Regime durch subtile und allgegenwärtige Formen der Kontrolle operieren. Foucault betont dabei, dass Macht nicht nur repressiv wirkt, sondern auch eine produktive Dimension besitzt: Sie erzeugt Wissen, formt Diskurse, schafft Identitäten und prägt gesellschaftliche Strukturen. Zudem hebt er hervor, dass Macht nicht nur in übergeordneten Strukturen zu finden ist, sondern sich auch auf Mikroebenen entfaltet und in alltäglichen sozialen Interaktionen manifestiert. Ein zentrales Element seines Ansatzes ist der sogenannte Macht-Wissen-Komplex, der die wechselseitige Beziehung zwischen Macht und Wissen beschreibt: Macht erzeugt Wissen, während dieses Wissen wiederum die bestehende Macht verstärkt und stabilisiert (vgl. Foucault 1977 & Deleuze 1987).

2.1.1 Machtverständnis

Foucault beginnt seine Machtanalyse mit einer grundsätzlichen Abkehr von den klassischen Konzepten der politischen Philosophie, die Macht primär als repressiv, eindimensional und auf Herrschaft durch das Gesetz reduziert sahen. Stattdessen betont er die „produktive“ Seite der Macht, die nicht nur Freiheit einschränkt, sondern soziale Ordnung, Normen und Identitäten hervorbringt. „Power is everywhere; not because it embraces everything, but because it comes from everywhere. [...] Power is not an institution, and not a structure; neither is it a certain strength we are endowed with; it is the name that one attributes to a complex strategical situation in a particular society“ (Foucault 1978: 93). Dieses Zitat illustriert Foucaults bahnbrechende Idee, dass Macht in

jedem sozialen Gefüge präsent ist und sowohl die Individuen als auch die gesellschaftlichen Strukturen tiefgreifend formt.

Foucaults Verständnis von Macht geht weit über die traditionelle Vorstellung von Herrschaft als zentralisierte, top-down ausgeübte Kontrolle hinaus. Er beschreibt Macht als eine strategische Situation, die aus einer Vielzahl von Beziehungen und Interaktionen hervorgeht. Macht ist kein statischer Besitz, sondern ein dynamisches Feld von Kräften, das ständig neu verhandelt wird. „Power is not something that is acquired, seized, or shared, something that one holds on to or allows to slip away; power is exercised from innumerable points, in the interplay of non egalitarian and mobile relations.“ (Foucault 1978: 94). Macht ist also kein fester Besitz, sondern ein fließendes Netzwerk von Beziehungen, das durch Diskurse und soziale Praktiken aufrechterhalten wird.

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich laut Foucault eine neue Form der Macht, die sogenannte Disziplinarmacht. Diese Macht operiert nicht mehr nur auf der Ebene des Gesetzes, sondern auf der Ebene der detaillierten Regulierung und Überwachung des täglichen Lebens der Menschen. „Disciplinary power is exercised through its invisibility; at the same time it imposes on those whom it subjects a principle of compulsory visibility“ (Foucault 1977: 187). Diese Form der Macht ist wesentlich für die Aufrechterhaltung von Ordnung in modernen Gesellschaften und spielt eine entscheidende Rolle in autoritären Regimen, die durch das Konzept der ständigen Überwachung und Disziplinierung agieren. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die Kontrolle über abweichende Gruppen, wie Pussy Riot, deren Mitglieder durch Überwachung und Bestrafung diszipliniert wurden, um die normativen Vorstellungen von Moral und sozialem Verhalten durchzusetzen.

Der Unterschied zwischen dieser Disziplinarmacht und der klassischen juristischen Macht liegt für Foucault darin, dass die Disziplinarmacht nicht primär darauf abzielt, Menschen durch Gesetze zu zwingen, sondern durch ständige Überwachung und normierende Praktiken das Verhalten zu steuern. Diese subtile, aber allgegenwärtige Kontrolle formt die Subjekte von innen heraus, indem sie die Individuen dazu bringt, sich selbst zu überwachen und zu regulieren. Dies führt zu einem tiefen Eingriff in die menschliche Subjektivität. Er erklärt, dass die Macht durch die Menschen hindurchgeht. Sie wird nicht über sie ausgeübt, sondern durch sie. Individuen sind Träger der Macht, nicht deren bloße Objekte; sozusagen ist der Mensch nicht nur das Ziel der Macht, sondern auch ihr Vermittler (vgl. Foucault 2003: 29 - 30). Diese Machtmechanismen, die Individuen dazu bringen, sich selbst im Rahmen der staatlichen Normen zu disziplinieren, sind besonders in autoritären Kontexten wie dem Putin-Regime von Bedeutung.

2.1.2 Subjektivierung

Foucaults Theorie der Subjektivierung zeigt, wie Individuen nicht nur von äußeren Strukturen geformt werden, sondern aktiv als Subjekte konstituiert sind. Er versteht das Subjekt nicht als vorgegebene Entität, sondern als Produkt historischer und sozialer Praktiken, die durch Machtmechanismen gesteuert werden. „The individual, that is, is not the vis-a-vis of power; it is, I believe, one of its prime effects“ (Foucault 1980: 98). Subjektivierung geschieht durch Normierung und Regulierung von Verhalten, die Individuen in soziale Ordnungen einbinden und deren Identität formen. Diese Identitäten entwickeln sich dynamisch in einem ständigen Prozess der Aushandlung.

Foucault beschreibt die Subjektivierung als einen Prozess, durch den Individuen durch Machtverhältnisse als „Subjekte“ konstituiert werden. Dies geschieht nicht nur durch Unterdrückung, sondern auch durch subtilere Formen der Normierung und Disziplinierung, die durch Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser und die Kirche durchgesetzt werden (vgl. ebd.). Diese Institutionen definieren durch spezifische Diskurse, was als „normal“ gilt und wie sich ein Individuum verhalten soll. Die Subjekte passen sich diesen Normen an und überwachen sich selbst. Ein wichtiges Konzept ist die „disziplinarische Macht“, die besonders im 18. Jahrhundert an Bedeutung gewann. Sie basiert auf der präzisen Überwachung von Individuen, wie Foucault am Beispiel des Panoptikums von Bentham zeigt: „Disciplinary power, on the other hand, is exercised through its invisibility; at the same time it imposes on those whom it subjects a principle of compulsory visibility“ (Foucault 1977: 187).

In autoritären Regimen wie Russland zeigt sich die duale Natur der Macht – repressiv und produktiv – besonders deutlich. Während die repressive Dimension Widerstand unterdrückt, schafft die produktive Macht die Grundlage für die Legitimation und Stabilisierung der Herrschaft. Der Staat formt Individuen, die den Normen des Regimes entsprechen, zum Beispiel durch Medien und Bildungssysteme, die bestimmte Identitäten fördern und abweichende als Bedrohung darstellen.

Foucault lehnt die Vorstellung eines ahistorischen Subjekts ab. Das Subjekt ist kein gegebener Ursprung von Wissen oder Handlung, sondern ein Produkt historischer Prozesse und Machtstrukturen. Es wird nicht vor der Geschichte, sondern durch sie hervorgebracht. „We must question those ready-made syntheses, those groupings that we normally accept before any examination, those links whose validity is recognized from the outset“ (Foucault 1972: 22). So wird das Subjekt durch die Machtverhältnisse einer bestimmten historischen Epoche geprägt, die bestimmen, was als Wissen und Wahrheit gilt.

Foucaults Perspektive auf die Subjektivierung impliziert auch, dass diese nicht unumkehrbar ist. Widerstand gegen die Macht ist jederzeit möglich, und dieser entsteht immer im Kontext der Machtverhältnisse, die er herausfordert. „Where there is power, there is resistance, and yet, or rather consequently, this resistance is never in a position of exteriority in relation to power“ (Foucault 1978: 95). Widerstand kann durch die Schaffung neuer Diskurse erfolgen, die bestehende Normen infrage stellen und alternative Identitäten und Subjektivitäten anbieten. Feministische, queere oder antikoloniale Bewegungen etwa schaffen neue Identitäten und Diskurse, die gegen bestehende Machtverhältnisse gerichtet sind.

Der Fall von Pussy Riot verdeutlicht diesen Widerstand. Mit ihrer provokativen Performance im „Punk-Gebet“ in der Christ-Erlöser-Kathedrale hinterfragten sie die enge Verbindung von Staat und Kirche. Ihr Protest schuf neue Identitäten und Diskurse, die den staatlich propagierten Vorstellungen von Weiblichkeit und sozialer Ordnung entgegenstanden. Foucault beschreibt diesen Widerstand als eine Schaffung neuer Diskurse, die bestehende Machtstrukturen aufbrechen: „Discourses are not once and for all subservient to power or raised up against it... we must make allowances for the complex and unstable process whereby a discourse can be both an instrument and an effect of power, but also a hindrance, a stumbling block, a point of resistance and a starting point for an opposing strategy“ (Foucault 1978: 100 - 101).

In den staatlichen, medialen und juristischen Diskussionen rund um Pussy Riot wird ein ganz bestimmtes Subjektmodell propagiert, etwa das der "schlechten Mütter“ oder der „gesellschaftlich angepassten Frauen“. Diese Subjektpositionen sind nicht nur normativ aufgeladen, sondern definieren auch, wer sprechen darf und in welcher Rolle. Pussy Riot durchbricht diese Ordnung: sie verweigern die Subjektpositionen, die ihnen durch den hegemonialen Diskurs zugeschrieben werden. In diesem Sinne ist der Begriff der Subjektivierung für meine Arbeit in zweifacher Hinsicht zentral. Erstens für das Verständnis nationaler Identität im autoritären Russland, da diese wesentlich über spezifische Subjektpositionen reguliert wird, insbesondere über geschlechtsspezifische, religiös-kulturelle und patriotisch-nationale Zuschreibungen. Zweitens für die Frage nach Widerstandsfähigkeit, weil Pussy Riot zeigt, dass Widerstand nicht trotz Subjektivierung geschieht, sondern gerade durch deren bewusste Irritation. Das Subjekt erscheint hier nicht als passives Objekt von Macht, sondern als Störung der Zuschreibungslogik innerhalb des hegemonialen Diskurses.

2.1.3 Macht-Wissen-Komplex und die Konstruktion sozialer Realität

Ein zentrales Konzept in Foucaults Theorie ist das Macht-Wissen-Komplex. Foucault zeigt, dass Macht nicht nur durch formale Institutionen wie den Staat, das Recht oder das Militär ausgeübt wird, sondern vor allem durch subtile und diffuse Netzwerke von Wissen und Diskursen, die den sozialen Raum durchdringen. Dieses Konzept hebt die klassische Vorstellung von Macht als einer repressiven, von oben nach unten ausgeübten Kraft auf und setzt an ihre Stelle eine produktive, allgegenwärtige Form der Macht, die Wissen schafft und dabei gleichzeitig normiert, was als „Wahrheit“ gilt. Ein zentraler Punkt in dieser Analyse ist, dass Wissen und Macht untrennbar miteinander verknüpft sind. Wissen ist nicht nur ein neutraler Vermittler von Informationen über die Welt, sondern tief in Machtverhältnisse eingebettet. In *Discipline and Punish: The Birth of the Prison* (1977) erklärt Foucault: „We should admit rather that power produces knowledge (and not simply by encouraging it because it serves power or by applying it because it is useful); that power and knowledge directly imply one another; that there is no power relation without the correlative constitution of a field of knowledge, nor any knowledge that does not presuppose and constitute at the same time power relations.“ (Foucault 1977: 27).

Besonders eindrucksvoll zeigt sich dies in den Disziplinen wie der Medizin, der Psychiatrie und der Kriminalwissenschaft, die Foucault in seinem Werk *Discipline and Punish: The Birth of the Prison* (1977) untersucht. Diese Institutionen sammeln nicht nur Wissen über den menschlichen Körper und das Verhalten, sondern tragen aktiv zur Normierung und Kontrolle der Gesellschaft bei (vgl. Dreyfus & Rabinow 1982: 188 - 189). Die modernen Disziplinen schaffen Wissen über die Bevölkerung, das nicht nur beobachtet, sondern klassifiziert, normiert und reguliert, und so sicherstellt, dass Individuen und soziale Gruppen den vorgegebenen gesellschaftlichen Normen entsprechen (vgl. Rose 1999: 27 - 28).

Wissen wird auf diese Weise zur Grundlage von Macht, die tief in den Alltag eindringt, aber zugleich unsichtbar bleibt (vgl. Butler 1997: 16). Innerhalb dieses Rahmens wird das Individuum nicht nur zum Subjekt des Wissens, sondern auch zum Objekt der Überwachung und Kontrolle (vgl. Hacking 1990: 123 - 124).

Macht nutzt Wissen, um ihre Ziele zu verwirklichen, indem sie Mechanismen schafft, durch die sie ihre Objekte sehen und verwalten kann (vgl. Rabinow 1984: 17 - 19). In diesem Kontext wird das Individuum nicht mehr als „Ding an sich“ betrachtet, sondern als ein Element in der Struktur der

Disziplinarmacht, auch wenn sich das Subjekt dessen möglicherweise nicht bewusst ist (vgl. Foucault 1977: 27 - 28).

Foucault argumentiert, dass Wissen nicht nur eine passive Reflexion der Welt ist, sondern aktiv an der Konstruktion der sozialen Realität beteiligt ist. Diese Konstruktion dessen, was als „wahr“ gilt, ist nicht unabhängig von Machtverhältnissen. Wahrheit ist nicht objektiv und unveränderlich, sondern ein Produkt historischer und sozialer Prozesse, die durch Machtstrukturen beeinflusst werden.

„Truth is a thing of this world: it is produced only by virtue of multiple forms of constraint. And it induces regular effects of power. Each society has its regime of truth, its 'general politics' of truth: that is, the types of discourse which it accepts and makes function as true; the mechanisms and instances which enable one to distinguish true and false statements, the means by which each is sanctioned; the techniques and procedures accorded value in the acquisition of truth; the status of those who are charged with saying what counts as true.“ (Foucault 1980: 131).

Macht durchdringt nicht nur Institutionen, sondern auch alltägliche zwischenmenschliche Beziehungen und strukturiert das gesamte gesellschaftliche Leben. Diese Erweiterung und Komplexität der Machtmechanismen führt laut Foucault zu Veränderungen im wissenschaftlichen Diskurs, insbesondere im Diskurs über das Leben, wobei die Rolle von Normen durch neue Gesetze und Technologien der Macht verstärkt wird (vgl. Dreyfus & Rabinow 1982: 184 - 185).

Die Beziehungen zwischen Macht und Wissen formen sowohl die Objekte des Wissens als auch die Subjekte selbst und schaffen Mechanismen der Überwachung und Kontrolle über das Individuum, das untrennbar mit der Macht verbunden ist (vgl. Butler 1997: 13 - 15; Rose 1999: 23 - 25).

Ein weiteres bedeutendes Werk, in dem Foucault dieses Konzept der Macht-Wissen-Beziehung weiterentwickelt, ist *The History of Sexuality* (1978). Hier argumentiert er, dass auch so intime Bereiche des Lebens wie die Sexualität nicht von Macht und Wissen getrennt betrachtet werden können. Im 19. Jahrhundert begann eine „Verwissenschaftlichung“ der Sexualität, bei der die Sexualität als Gegenstand von medizinischem, psychologischem und juristischem Wissen definiert wurde. Diese Wissensproduktion diente jedoch nicht der objektiven Erforschung, sondern der Kontrolle und Normierung des sexuellen Verhaltens. Foucault beschreibt diesen Prozess als die „Verwaltung des Lebens“ (biopolitics), bei dem die Bevölkerung durch die Regulierung von Sexualität, Fortpflanzung und Gesundheit kontrolliert wird: „Sexuality must not be thought of as a

kind of natural given which power tries to hold in check... It is the name that can be given to a historical construct“ (Foucault 1978: 105).

Diese Form der Macht, die Foucault als Biopolitik bezeichnet, zielt darauf ab, das Leben der Menschen in seinen biologischen, sozialen und politischen Aspekten zu verwalten. Dies geschieht nicht durch direkte Unterdrückung, sondern durch die Produktion von Wissen, das darüber bestimmt, was gesund oder krank, normal oder abweichend ist. Dieses Wissen wird wiederum genutzt, um soziale Normen zu etablieren und Verhaltensweisen zu regulieren. In *The Birth of Biopolitics* (1978) erklärt Foucault, dass die Biopolitik sich mit der Bevölkerung als einem politischen Problem befasst, als einem Problem, das zugleich wissenschaftlich und politisch ist. Hier wird deutlich, dass die Regulierung von Leben und Körpern zu einem zentralen Projekt moderner Machtstrukturen geworden ist.

2.1.4 Diskurse und ihre Regulierung

Michel Foucaults Ansatz zur Untersuchung von Diskursen legt den Fokus auf die Analyse von Aussagen in ihrem spezifischen, begrenzten Kontext. Er argumentiert, dass keine Aussage isoliert existiert, sondern stets durch Bedingungen geprägt ist, die ihre Existenz und ihren Wirkungsbereich bestimmen. Diese Bedingungen regeln, was gesagt werden darf und was nicht, was sichtbar gemacht und was im Dunkeln belassen wird. Foucaults Diskursanalyse richtet sich somit auf die Identifizierung dieser Bedingungen, die die Aussagen strukturieren und ihre Beziehungen zu anderen Aussagen definieren (vgl. Foucault 1972: 27). Ein entscheidendes Element hierbei ist die Idee der Diskontinuität und der Widersprüchlichkeit innerhalb von Diskursen. Diskurse erscheinen nicht als kohärente, harmonische Einheiten, sondern sind geprägt von Brüchen, Spannungen und widersprüchlichen Elementen, die das Gefüge sozialer Realität untergraben und hinterfragen (vgl. Foucault 1972: 229 - 230). Foucault betont, dass die Analyse dieser Brüche ein zentrales Werkzeug ist, um die Mechanismen zu enthüllen, die alternative Ausdrucksformen und Bedeutungen systematisch ausschließen.

Er argumentiert, dass die Regeln des Diskurses nicht nur bestimmen, was gesagt werden kann, sondern auch, was ungesagt bleiben muss (vgl. Foucault 1972: 68 - 69). Dies verweist auf die verborgenen Machtstrukturen, die bestimmen, welche Formen des Wissens legitimiert, und welche ausgeschlossen werden. Die Begrenzungen des Diskurses sind somit nicht zufällig, sondern Ausdruck von Machtverhältnissen, die das Sagbare und das Unsagbare regulieren. Der Diskurs

strukturiert nicht nur die Sprache, sondern auch das Denken und Handeln der Subjekte, indem er die Regeln dessen festlegt, was als Wahrheit gelten darf.

Diese Mechanismen der Exklusion werfen eine grundlegende Frage auf: Warum bleiben bestimmte Bedeutungen und Aussagen ausgeschlossen? Welche Strukturen und Machtverhältnisse verhindern, dass alternative Formen des Wissens entstehen? Diese Fragen führen direkt zur zentralen Problematik der Macht in Foucaults Theorie. Macht wird durch den Diskurs nicht nur sichtbar, sondern auch wirksam. Sie reguliert, welche Aussagen erlaubt sind, und welche ausgeschlossen bleiben, was in die gesellschaftliche Ordnung integriert wird und was an den Rand gedrängt wird. Die Diskursanalyse deckt somit die unsichtbaren Mechanismen auf, die darüber entscheiden, welche sozialen Ordnungen und Identitäten etabliert und welche marginalisiert werden.

Ein zentrales Element von Foucaults Verständnis von Diskursen ist ihre enge Verknüpfung mit sozialen Praktiken. Diskurse erzeugen nicht nur Bedeutungen, sie schaffen auch soziale Handlungen. Was gesagt wird, beeinflusst das, was getan wird, und umgekehrt – soziale Handlungen und Diskurse stehen in einer wechselseitigen Beziehung. Foucault verdeutlicht dies mit dem Hinweis, dass Diskurse nicht nur als passiver Spiegel der Realität verstanden werden sollten, sondern als aktive Kräfte, die Objekte, Bedeutungen und soziale Ordnungen hervorbringen. „Perhaps the point to consider is not the level of indulgence or the quantity of repression but the form of power that was exercised.“ (Foucault 1978: 41). Mit dieser Aussage lenkt Foucault den Blick auf die subtileren Formen der Machtausübung, die nicht durch direkte Repression oder Gewalt, sondern durch diskursive Praktiken und soziale Normen realisiert werden.

Die Machtausübung in modernen Gesellschaften manifestiert sich vor allem in den alltäglichen sozialen Praktiken, die die Normen des Verhaltens festlegen und bestimmen, was als normal und was als abweichend gilt. Macht operiert also nicht nur durch Gesetze oder institutionelle Vorschriften, sondern auch durch die diskursiven Rahmen, die das Denken und Handeln der Individuen lenken. Diese Form der Machtausübung ist tief in die sozialen Strukturen eingebettet und durchdringt das alltägliche Leben, oft ohne, dass sich die Subjekte dessen bewusst sind. Diskurse, die soziale Handlungen hervorbringen, sind nicht nur passive Begleiter dieser Handlungen, sondern schaffen die Bedingungen, unter denen diese Handlungen überhaupt möglich werden.

In diesem Zusammenhang hebt Foucault die untrennbare Verbindung zwischen Macht und Wissen hervor. Macht wird nicht nur durch Gesetze und Zwangsmittel ausgeübt, sondern auch durch das

Wissen, das in Diskursen produziert wird. Dieses Wissen strukturiert die sozialen Praktiken und legt fest, welche Verhaltensweisen als legitim und welche als abweichend betrachtet werden. „Wissen wird durch Macht geformt, und Macht wird durch Wissen ausgeübt“ – diese Einsicht bildet das Herzstück von Foucaults Analyse moderner Gesellschaften. Die Produktion von Wissen ist also niemals neutral, sondern immer mit Macht verbunden, da sie die Grundlagen für soziale Ordnung und Kontrolle bildet.

Dieser Zusammenhang führt zu einem neuen Verständnis von sozialer Kontrolle und Normativität. Diskurse und die mit ihnen verbundenen Praktiken schaffen und erhalten soziale Ordnungen, indem sie bestimmen, was als „normal“ gilt und was als Abweichung definiert wird. Dieser Prozess der Normsetzung ist subtil, aber von tiefgreifender Bedeutung, da er das Verhalten und die Wahrnehmung der Individuen formt. Menschen richten sich nach diesen Normen, oft ohne sich bewusst zu sein, dass ihr Verhalten durch diskursive Regeln und gesellschaftliche Erwartungen geprägt wird. Macht durchdringt nicht nur Institutionen, sondern auch alltägliche Interaktionen, indem sie über Diskurse die sozialen Rollen und Identitäten formt.

Das Subjekt ist in diese Ordnung des Diskurses eingebettet. Es ist nicht der Autor seines eigenen Wissens oder seiner eigenen Identität, sondern vielmehr das Produkt der Macht-Wissen-Verhältnisse, die den Diskurs bestimmen. Die Vorstellung, dass das Subjekt autonom ist und seine eigene Wahrheit unabhängig von den Machtstrukturen entdecken kann, ist in diesem Kontext eine Illusion. Foucault argumentiert, dass das Subjekt nur innerhalb der Diskurse existieren kann, die seine Identität und sein Wissen ermöglichen. Der Mensch ist eine Schöpfung des Diskurses; seine gesamte Subjektivität wird durch die Wörter und Konzepte geformt, die ihm von den Strukturen der Macht und des Wissens zur Verfügung gestellt werden, die seine Welt definieren.

„The individual is no doubt the fictitious atom of an 'ideological' representation of society; but he is also a reality fabricated by this specific technology of power that I have called 'discipline'.“ (Foucault 1972: 194).

2.2 Die Beziehung zwischen Macht und Diskurs

Ein zentraler Aspekt von Michel Foucaults Machtkonzept ist die untrennbare Verbindung zwischen Macht und Diskurs. Foucault zeigt, dass Macht nicht nur durch formale Institutionen wie Gesetze oder Regierungen ausgeübt wird, sondern vor allem durch die Art und Weise, wie Wissen geordnet,

vermittelt und verbreitet wird. In dieser Hinsicht betrachtet er den Diskurs als einen primären Ort, an dem Machtbeziehungen verhandelt werden. Dabei geht es um die Mechanismen, durch die bestimmte Aussagen als legitim anerkannt und andere ausgeschlossen werden. Diese Ausschlussmechanismen umfassen drei wesentliche Verfahren: Verbot, Trennung und die Opposition zwischen „wahr“ und „falsch“, was Foucault als den „Willen zur Wahrheit“ bezeichnet (vgl. Foucault 1972: 219 - 220). Dieser Wille zur Wahrheit ist der zentrale Motor, durch den die Grenzen dessen festgelegt werden, was gesagt werden kann und darf. Der „Wille zur Wahrheit“ ist das Streben der Gesellschaft nach einer spezifischen Form von Wahrheit, die nicht nur bestimmt, was als richtig oder falsch gilt, sondern auch, welche Aussagen als legitime Wissensformen anerkannt werden. Diese Form der Wahrheit wird jedoch nicht einfach gefunden oder entdeckt, sondern durch Diskurse und institutionelle Praktiken produziert und legitimiert: „The will to truth is not a passive reflection of reality; it is an active force that shapes reality according to the dominant power structures“ (Foucault 1980: 133).

Foucault zeigt, dass Wahrheit in verschiedenen historischen Epochen unterschiedlich definiert wird und dass sie immer an spezifische Machtverhältnisse gebunden ist, die festlegen, welche Aussagen innerhalb eines Diskurses als wahr oder falsch gelten. Er spricht von einer epistemischen Gewalt, die bestimmte Formen des Wissens bevorzugt, während andere unterdrückt werden. Diese Form der Macht führt zu einer Monopolisierung der Wahrheit, bei der alternative Perspektiven unterdrückt und bestehende Machtstrukturen verstärkt werden.

Das Verbot spielt vor allem in der politischen Sphäre eine herausragende Rolle. Es steuert, was gesagt werden darf und was nicht, und bildet so einen wichtigen Teil des Machtapparats, der den Diskurs kontrolliert. Foucault betont, dass der Wille zur Wahrheit dabei nicht isoliert funktioniert, sondern durch Institutionen wie Bildungssysteme, religiöse Strukturen und das Rechtssystem unterstützt wird. „But this will to truth, like the other systems of exclusion, relies on institutional support: it is both reinforced and accompanied by whole strata of practices such as pedagogy - naturally - the book-system, publishing, libraries, such as the learned societies in the past, and laboratories today.“ (Foucault 1972: 219). Wahrheit ist also kein neutraler Begriff, sondern das Resultat von institutionellen und diskursiven Machtstrukturen.

Foucaults Analyse der Wahrheit verdeutlicht, dass Macht nicht nur in der repressiven Kontrolle über das, was gesagt werden darf, besteht, sondern in der strukturellen Fähigkeit, zu bestimmen, was überhaupt als „Wahrheit“ gelten kann. Diese Wahrheit ist nicht objektiv, sondern das Ergebnis von Kämpfen und Aushandlungen zwischen konkurrierenden Diskursen. Die Wahrheit ist nicht

außerhalb der Macht oder von ihr losgelöst, die Wahrheit ist eine Sache dieser Welt: Sie wird nur durch verschiedene Formen von Beschränkung produziert. Und sie erzeugt regelmäßige Auswirkungen von Macht (vgl. Foucault 1980: 131 - 133). Wahrheit wird in einem Netz von Machtbeziehungen erzeugt und dient gleichzeitig dazu, diese Machtverhältnisse zu stützen und zu reproduzieren.

Neben den äußeren Ausschlussverfahren wie Verbot und Trennung beschreibt Foucault auch interne Mechanismen, die den Diskurs regulieren. Diese Mechanismen betreffen die Art und Weise, wie Diskurse organisiert und strukturiert werden, um Wissen zu kontrollieren und zu verteilen. Dazu zählen die Praxis des Kommentierens, das Konzept des Autors und die Rolle der Disziplinen (vgl. Foucault 1972: 221 - 222). Diese internen Verfahren schaffen Hierarchien von Diskursen, indem sie bestimmte Aussagen und Texte hervorheben, während andere marginalisiert werden.

Die Praxis des Kommentierens ist ein Beispiel für diese Form der Diskursregulierung. Kommentierung bedeutet nicht nur das einfache Wiederholen von Aussagen, sondern sie verstärkt und selektiert Diskurse, indem sie bestimmten Aussagen Autorität verleiht (vgl. Foucault 1972: 221). Durch die Selektion und Bewertung von Wissen wird festgelegt, welche Diskurse als zentral und welche als peripher gelten. Diese Praxis ordnet das Wissen und strukturiert es so, dass bestimmte Interpretationen dominieren.

Foucault weist aber auch darauf hin, dass Macht nicht nur den Inhalt eines Diskurses reguliert, sondern auch den Zugang dazu. Diskursive Gemeinschaften schaffen soziale Praktiken, die den Zugang zu bestimmten Wissensformen reglementieren und definieren, wer das Recht hat, sich an einem Diskurs zu beteiligen. Diese Gemeinschaften bestimmen, wer berechtigt ist, am Diskurs teilzunehmen und wer davon ausgeschlossen wird. Dies führt zu einer weiteren Dimension der Macht, nämlich der Bestimmung, welche sozialen Gruppen in der Lage sind, ihre Sichtweisen in den öffentlichen Diskurs einzubringen (vgl. Foucault 1972: 115 - 116). Diskurse existieren somit nicht in einem Vakuum, sondern sind stets in Machtbeziehungen eingebettet, die darüber entscheiden, wer spricht und wer nicht. Der Zugang zu Diskursen wird zu einem weiteren Mechanismus, durch den Macht ausgeübt wird, indem er festlegt, welche Gruppen und Individuen das Recht auf Rede haben und welche ausgeschlossen werden. Foucault zeigt, dass der Ausschluss vom Diskurs nicht nur eine Randerscheinung, sondern ein zentraler Mechanismus zur Aufrechterhaltung von sozialen Hierarchien und Machtverhältnissen ist.

Foucaults Analyse des Diskurses basiert auf mehreren Prinzipien, die herkömmliche Vorstellungen von Diskurs in Frage stellen. Eines dieser Prinzipien ist die Diskontinuität, die besagt, dass Diskurse nicht als zusammenhängende Einheiten betrachtet werden können, sondern als Fragmente, die von Brüchen, Unterbrechungen und Widersprüchen geprägt sind. Diskurs ist kein kontinuierlicher Strom von Bedeutung, sondern eine Reihe von Ereignissen, die in spezifischen historischen Kontexten entstehen und Unterbrechungen und Veränderungen unterworfen sind (vgl. Foucault 1972: 117). Dieses Prinzip der Diskontinuität zeigt, dass Diskurse nicht statisch sind, sondern sich ständig verändern und neu geordnet werden.

Ein weiteres Prinzip ist die Spezifität, die besagt, dass jeder Diskurs in seinen eigenen historischen und kulturellen Kontexten verankert ist. Diskurse sind nicht universell, sondern spezifisch für die Machtverhältnisse, in denen sie entstehen. Dieses Prinzip betont, dass Diskurse immer an die sozialen und politischen Bedingungen ihrer Zeit gebunden sind und nur in diesem Kontext verstanden werden können (vgl. ebd.).

Schließlich führt Foucault das Prinzip des „Äußeren“ ein, das fordert, Diskurse nicht nur in Bezug auf ihre internen Strukturen zu analysieren, sondern auch auf die äußeren Bedingungen, die ihre Entstehung und Verbreitung ermöglichen. Diese Bedingungen können politischer, sozialer oder kultureller Natur sein und beeinflussen, wie Diskurse produziert und rezipiert werden (vgl. Foucault 1972: 143 - 144). Diskurse existieren nicht isoliert, sondern sind in ein breites Netz von Machtverhältnissen eingebettet, die ihre Existenz ermöglichen und strukturieren.

Foucaults Diskurstheorie verdeutlicht, dass Diskurse nicht nur Wissen hervorbringen, sondern auch soziale Praktiken und Institutionen. Sie schaffen die Bedingungen, unter denen bestimmte soziale Handlungen möglich werden und andere ausgeschlossen bleiben. Dies führt zu einem dynamischen Verständnis von Macht, das nicht nur repressiv, sondern auch produktiv ist. Macht produziert Wissen, Normen und soziale Strukturen, die wiederum das Verhalten der Individuen formen. Diese Wechselbeziehung zwischen Macht und Wissen bedeutet, dass die Diskurse, die in einer bestimmten Epoche vorherrschen, tiefgreifenden Einfluss auf die Art und Weise haben, wie Individuen ihre Welt und sich selbst wahrnehmen.

Es stellt sich nun die Frage, wie der russische Staat die Manipulation öffentlicher Diskurse durch staatlich kontrollierte Medien nutzt, um Oppositionelle wie Pussy Riot als „Feinde der Nation“ und „Gotteslästerer“ zu delegitimieren und dadurch soziale Normen und die gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten? Diskurse, so Foucault, strukturieren nicht nur das, was gesagt werden kann,

sondern auch das, was überhaupt denkbar ist. Diskurse sind nicht nur ein Mittel zur Beschreibung der Welt, sondern sie konstituieren aktiv die Realität, die sie zu beschreiben versuchen (vgl. Foucault 1972: 68).

Das Konzept des Diskurses ist also nicht nur auf der Ebene der Sprache relevant, sondern auch auf der Ebene der Machtverhältnisse. Diskurse bestimmen, wer sprechen darf, was gesagt werden kann und welche Wahrheiten in einer Gesellschaft als legitim betrachtet werden. Diese Diskursregeln sind oft implizit und unbewusst, aber sie formen das soziale und politische Leben (vgl. Foucault 1972: 31-39). Besonders in autoritären Regimen ist die Kontrolle über Diskurse entscheidend, um soziale Ordnung und die Machtausübung zu legitimieren. Die Regeln des Diskurses legen die Bedingungen fest, unter denen bestimmte Aussagen als legitim gelten und andere als falsch oder gefährlich ausgeschlossen werden (vgl. ebd.).

Abschließend ist für Foucault der Übergang von der Analyse von Konzepten hin zur Untersuchung der Regeln, die diese Konzepte schaffen und aufrechterhalten, von zentraler Bedeutung. Ein solcher Ansatz ermöglicht es, die in der Alltagswelt verborgenen Machtmechanismen zu enthüllen und zu verstehen, wie diskursive Praktiken die soziale Realität formen. Die Untersuchung des Diskurses muss die verborgenen Mechanismen aufdecken, die unsere Wahrnehmung der Realität strukturieren und neue Formen der Macht schaffen (vgl. Foucault 1980: 94 - 95). Diese Erkenntnisse sind für die Analyse von Bewegungen wie Pussy Riot von Bedeutung, da sie zeigen, wie Widerstand gegen dominante Diskurse entstehen kann und wie dieser Widerstand die sozialen Strukturen selbst in Frage stellt und verändert (Foucault 1980: 94 - 96; vgl. Butler 2005).

2.2.1 Historische Wandelbarkeit von Diskursen

Ein weiteres zentrales Element in Michel Foucaults Denken ist die Idee der historischen Wandelbarkeit von Diskursen. Foucault zeigt auf, dass die Realität, wie sie vom modernen Menschen wahrgenommen wird, nicht als etwas Gegebenes oder Unveränderliches existiert, sondern durch historische Prozesse und spezifische Wissensformen geformt wird. Diese Realität wird durch Diskurse bestimmt, die in unterschiedlichen Epochen herrschen und das Wissen sowie die Wahrheiten dieser Zeit strukturieren. Die Wirklichkeit, wie sie vom modernen Individuum wahrgenommen wird, ist nicht etwas Vorhandenes und von der Geschichte Unabhängiges, sondern immer schon durch historisches Wissen geprägt (vgl. Foucault 1972: 88-92).

Foucault stellt damit die traditionelle Auffassung infrage, dass Wissen und Wahrheit universell und zeitlos sind. Er argumentiert, dass das, was in einer Epoche als absolute Wahrheit gilt, in einer anderen Epoche leicht in Frage gestellt oder sogar als falsch betrachtet werden kann. Wissen ist somit nicht neutral, sondern immer Teil eines Systems von Machtverhältnissen, die bestimmen, was in einer bestimmten historischen Phase als „Wahrheit“ angesehen wird. Diese Macht-Wissen-Beziehungen bedeuten, dass das, was wir zu wissen glauben, durch die Diskurse geformt wird, die in spezifischen historischen Kontexten dominieren. Diese Diskurse legen fest, was sagbar ist, was als legitim betrachtet wird und welche Wissensformen akzeptiert oder ausgeschlossen werden.

In *The Archaeology of Knowledge* (1972) hebt Foucault hervor, dass jede historische Epoche eigene Diskursregeln hervorbringt, die bestimmen, welche Aussagen als wahr oder gültig betrachtet werden können und welche ausgeschlossen bleiben müssen. Diese unsichtbaren Regeln bestimmen die Grenzen des Wissens und regulieren, welche Aussagen als legitim gelten und welche nicht. Es wird deutlich, dass die Wahrheit in keiner Weise von den Machtverhältnissen der jeweiligen Epoche zu trennen ist, sondern dass sie von diesen Bedingungen geprägt und strukturiert wird.

Diese Idee der historischen Wandelbarkeit führt zu einer kritischen Perspektive auf das, was in bestimmten Epochen als „Wissen“ gilt. Was in einer bestimmten historischen Phase als unumstößliche Wahrheit betrachtet wird, kann später durch neue Diskurse und Wissensformen abgelöst werden. In *The Birth of the Clinic* (1973) zeigt Foucault eindrucksvoll, wie sich das medizinische Wissen über die Jahrhunderte hinweg verändert hat und wie frühere medizinische Wahrheiten durch neue wissenschaftliche Paradigmen abgelöst wurden (Foucault 1973: 31-60). Die Art und Weise, wie Krankheiten diagnostiziert und behandelt wurden, spiegelt die Machtverhältnisse und die Wissensformen wider, die zu dieser Zeit dominant waren. Dies verdeutlicht, dass Wissen nicht objektiv oder endgültig ist, sondern ständig im Wandel begriffen ist, abhängig von den Machtstrukturen, die es erzeugen und stützen.

Durch die historische Analyse dieser Diskurse macht Foucault deutlich, dass es keine festen, ewigen Wahrheiten gibt. Jede Epoche bringt ihre eigenen Machtstrukturen und Wissensformen hervor, die darüber bestimmen, was als wahr gilt und welche Aussagen als abweichend oder unzulässig angesehen werden. Dies führt zu der Einsicht, dass Wissen und Macht untrennbar miteinander verbunden sind und dass das, was als Wahrheit gilt, immer abhängig von den dominierenden Machtstrukturen ist.

Diese historische Relativität von Wissen bedeutet, dass auch die sozialen Ordnungen, die durch Diskurse gestützt werden, nicht unveränderlich sind. Diskurse schaffen nicht nur Wissen, sondern auch soziale Strukturen und Normen. Was als „normal“ oder „abweichend“ gilt, wird durch die Machtstrukturen festgelegt, die in der Gesellschaft vorherrschen. In *Discipline and Punish: The Birth of the Prison* (1977) beschreibt Foucault, wie sich die Diskurse über Strafe und Disziplin im Laufe der Geschichte verändert haben und wie sich die sozialen Normen im Zusammenhang mit Macht und Wissen entwickelt haben. Der Übergang von öffentlichen Hinrichtungen zu moderner Disziplinarmacht zeigt, wie sich der Diskurs über Strafe und Macht gewandelt hat und wie diese Wandlungen die soziale Ordnung und die Rolle des Individuums innerhalb dieser Strukturen verändert haben.

2.3 Die Beziehung zwischen Macht, Sexualität und Körper im Denken Michel Foucaults

Ein wichtiger Aspekt in dieser Arbeit ist das Konzept der Sexualität. Foucaults Konzept der Sexualität bezieht sich nicht nur auf Sexualität als biologisches oder privates Phänomen, sondern als eine zentrale Achse, um die Macht in modernen Gesellschaften organisiert wird (vgl. Foucault 1978: 105 - 106).

Michel Foucaults Analyse der Macht und ihrer Beziehung zur Sexualität offenbart eine tiefgreifende und paradoxe Dynamik, die weit über das traditionelle Verständnis von Macht als bloßem Unterdrückungsinstrument hinausgeht. Für ihn liegt die wahre Dynamik der Macht darin, dass sie nicht nur Verbote ausspricht, sondern soziale Realitäten und Subjektivitäten formt. Besonders im Bereich der Sexualität zeigt sich, wie Macht durch die Steuerung von Diskursen ihre Wirksamkeit entfaltet. Sexualität wird nicht nur durch Repression kontrolliert, sondern durch die Produktion von Wissen und Normen, die den sozialen Umgang mit Sexualität prägen (vgl.ebd.).

Foucault untersucht, wie im 17. Jahrhundert die öffentliche Diskussion über Sexualität stark eingeschränkt wurde, indem man das Thema in den Bereich der Intimität und des Schweigens drängte. „The first, occurring in the course of the seventeenth century, was characterized by the advent of the great prohibitions, the exclusive promotion of adult marital sexuality, the imperatives of decency, the obligatory concealment of the body, the reduction to silence and mandatory reticences of language.“(Foucault 1978: 115). Diese Kontrolle über die Sexualität geschah jedoch nicht nur durch Verbote, sondern schuf auch neue Formen des Diskurses über den Körper und die

Sexualität. Insbesondere im 19. Jahrhundert führten medizinische, psychiatrische und juristische Institutionen systematische Überwachungen ein, die den Körper in eine neue Wissensordnung einbanden. Statt Sexualität durch Schweigen zu regulieren, wurde sie zum Gegenstand einer wissenschaftlichen und normativen Analyse, durch die neue Standards für „normales“ und „abweichendes“ Verhalten geschaffen wurden.

Das Dispositiv ist ein zentrales Konzept in Foucaults Werk und beschreibt die Gesamtheit gesellschaftlicher Praktiken, Institutionen und Diskurse, die Machtverhältnisse strukturieren. Foucault definiert das Dispositiv als ein Netzwerk aus diskursiven und nicht-diskursiven Elementen, das sowohl soziale Normen als auch körperliche Praktiken formt. In *Discipline and Punish: The Birth of the Prison* zeigt er, wie das Dispositiv durch Überwachung und Disziplinierung die Kontrolle über den Körper ausübt (vgl. Foucault 1977: 139 - 140). In *The History of Sexuality* legt er den Fokus auf die Verbindung von Wissen und Macht und erklärt, wie Diskurse nicht nur Wissen erzeugen, sondern auch die Wahrnehmung von Wahrheit und Realität prägen, wodurch gesellschaftliche Normen und Regeln reproduziert werden (vgl. Foucault 1978: 59 - 62).

Andrea Bührmann erweitert den Dispositiv-Begriff und hebt hervor, dass Dispositive nicht nur körperliche Disziplinierung betreffen, sondern auch soziale und kulturelle Strukturen prägen. Sie betont, dass Dispositive durch materielle, institutionelle und kulturelle Praktiken wirken und so Netzwerke schaffen, die Normen und Machtverhältnisse in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft stabilisieren (vgl. Bührmann 2005).

Gilles Deleuze verbindet das Konzept des Dispositivs mit der Theorie der Subjektbildung. Er zeigt, wie Dispositive sowohl die individuelle Subjektivität als auch institutionelle Strukturen beeinflussen (vgl. Deleuze 1987: 88 - 90).

Zusammenfassend beschreibt das Dispositiv bei Foucault eine komplexe Anordnung von Machtmechanismen, die diskursive, materielle und soziale Praktiken miteinander verknüpft. Es prägt nicht nur den Körper, sondern auch die institutionellen und kulturellen Strukturen einer Gesellschaft und trägt so zur Stabilisierung von Normen und Machtverhältnissen bei.

Foucault zeigt, dass Sexualität in der modernen Gesellschaft weniger als biologisches Phänomen, sondern vielmehr als soziales Konstrukt zu verstehen ist, das durch Machtverhältnisse geformt wird. Diese Macht äußert sich nicht nur in offenen Verboten, sondern vor allem in subtilen Kontrollmechanismen, die den Körper überwachen und die Sexualität normieren. Seine Analyse

verdeutlicht die vielschichtigen Beziehungen zwischen Sexualität, Körper und Gesellschaft (vgl. Foucault 1978: 29 - 42).

In *Discipline and Punish: The Birth of the Prison* (1977) erweitert Foucault diese Perspektive, indem er die Entwicklung der „Disziplinarmacht“ untersucht. Diese zielt auf die Kontrolle und Normierung des Körpers und wirkt über Techniken wie Überwachung und Selbstregulierung. Die Sexualität wird dabei als zentraler Bereich dieser Machtmechanismen erfasst, was Foucaults Verständnis der sozialen Konstruktion von Sexualität entscheidend prägt (vgl. Foucault 1977: 135 - 141).

Dreyfus und Rabinow (1982) betonen, dass Foucaults Analyse nicht nur biologische Aspekte berücksichtigt, sondern vor allem die sozialen Mechanismen beleuchtet, durch die der Körper kontrolliert und sexuelle Identitäten geformt werden (vgl. Dreyfus & Rabinow 1982: 85 - 89).

2.4 Russland als autoritärer Staat

Russland gilt als autoritärer Staat, besonders nach Wladimir Putins Wiederwahl 2012 (vgl. Freedom House 2013: 7; Gessen 2012: 203). Laut Freedom House ist die politische Macht stark zentralisiert, unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden systematisch unterdrückt (Freedom House 2013: 7).

Masha Gessen (2012) beschreibt Russland als hybrides Regime, das demokratische Fassade wahrt, aber staatliche Kontrolle über Medien, Wirtschaft und Militär ausübt (vgl. Gessen 2012: 203). Nach Juan Linz (2000) kennzeichnen autoritäre Regime ein begrenzter Pluralismus, eingeschränkte und meist entpolitisierte Partizipation ohne breite Mobilisierung sowie eine Legitimation, die nicht auf einer dominanten Ideologie, sondern auf allgemeinen Wertvorstellungen wie Patriotismus, Nationalismus, Modernisierung und Ordnung beruht. (vgl. Linz 2000: 164; 264–265). Levitsky und Way (2010) unterscheiden vollautoritäre Regime, in denen echter politischer Wettbewerb fehlt und Opposition keine Chance auf Machtwechsel hat, von kompetitiv-autoritären Systemen, die zwar demokratische Institutionen besitzen, diese jedoch durch Wahlmanipulation, Unterdrückung der Opposition und Einschränkung von Bürgerrechten zugunsten der Herrschenden verzerren (vgl. Levitsky & Way 2010: 5-16). Beide Regimeformen verfehlen damit die grundlegenden Standards demokratischer Ordnung, wobei vollautoritäre Systeme ihre Macht vor allem durch totale Exekutivkontrolle und Repression sichern (vgl. ebd.). Geddes, Wright und Frantz (2014) definieren

autoritäre Regime als nicht-demokratische Systeme, in denen freie und faire Wahlen fehlen oder für die Regierungsbildung keine entscheidende Bedeutung haben. Wesentliche demokratische Merkmale wie allgemeines Wahlrecht, Machtwechsel durch Wahlen, Gewaltenteilung und Grundrechte sind eingeschränkt oder nicht vorhanden. Unabhängig vom Untertyp, ob Militärdiktatur, Einparteienherrschaft, personalistisches Regime oder Monarchie – können Herrschende nicht durch offenen Wettbewerb abgewählt werden, sondern legitimieren ihre Macht oft über Ideologie, Religion, Leistungsansprüche oder Repression (vgl. Geddes & Wright & Frantz 2014: 313-331).

Russlands politische Kultur ist historisch durch autokratische Herrschaft geprägt – von der Zarenzeit über die Sowjetunion bis heute. Nach dem Zerfall der UdSSR 1991 gab es Hoffnung auf Demokratisierung, doch wirtschaftliche und politische Instabilität der 1990er Jahre begünstigten Putins Machtkonsolidierung (vgl. McFaul 2001: 155; Graham 2023). Er schwächte die Opposition und etablierte ein autoritäres System, das politische und wirtschaftliche Eliten kontrolliert (vgl. Gessen 2012: 104).

Ein Schlüsselmerkmal autoritärer Systeme ist die Medienkontrolle: In Russland sind große Medienunternehmen staatlich gelenkt (Freedom House 2013: 9). Zudem werden NGOs und regierungskritische Organisationen massiv eingeschränkt. Repression, etwa Polizeigewalt und willkürliche Verhaftungen, dient der Abschreckung von Oppositionellen (vgl. Gessen 2012: 185–190; Amnesty International 2022: 4; United States Department of State 2013: 1-5).

Geopolitische Faktoren stabilisieren das Regime: Putin nutzt das Narrativ externer Bedrohungen zur innenpolitischen Legitimation (vgl. Pagung 2017). Beispiele sind die Krim-Annexion 2014 und der Ukraine-Konflikt, bei denen nationale Sicherheit als Vorwand für Repressionen dienten.

Russlands autoritäres System basiert auf Machtkonzentration, Medienkontrolle, Zivilgesellschaftsunterdrückung, Gewaltanwendung und geopolitischer Instrumentalisierung. Die Analyse dieser Strukturen ist entscheidend, um Mechanismen von Macht und Widerstand in autoritären Regimen zu verstehen.

2.5 Diskurspolitik des autoritären Russlands

Diskurse sind nicht nur Ausdruck von Kommunikation; sie sind auch zentrale Mechanismen der Macht, die die Wahrnehmung von Realität und Wahrheit in einem autoritären System prägen (vgl. Foucault 1977: 49-50).

In Russland ist die Kontrolle über die Diskurse von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung des autoritären Regimes. Die staatlich kontrollierten Medien, die die Mehrheit der Informationsquellen im Land dominieren, spielen eine entscheidende Rolle bei der Formierung eines hegemonialen Narrativs, das die Regierung und ihre Politiken legitimiert. In diesem Zusammenhang hat die Regierung die Diskurse so gestaltet, dass sie eine positive Darstellung von Wladimir Putins Präsidentschaft und den als notwendig erachteten politischen Entscheidungen fördern. Die Medien berichten nicht nur über die Erfolge der Regierung, sondern verunglimpfen auch die Opposition und marginalisieren abweichende Meinungen: „This is to say, then, that the press is significantly more than a purveyor of information and opinion. It may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think about.“ (Cohen 1963: 13). Dieser Prozess der Diskursbildung hat weitreichende Auswirkungen auf das politische Verhalten der Bürger. Durch die Kontrolle über die Diskurse wird die öffentliche Wahrnehmung von Realität und Wahrheit so geformt, dass die Machtstrukturen des Staates legitimiert und gefestigt werden. Diese Verbindung zwischen Wissen und Macht von Foucault ist besonders evident in der Art und Weise, wie der Diskurs über nationale Sicherheit in Russland konstruiert wird. Die Regierung nutzt den Diskurs über Bedrohungen, um das eigene Handeln zu rechtfertigen und die Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Diese Narrative schaffen ein Gefühl der Dringlichkeit und der Einheit, das oft als Rechtfertigung für Repression und Einschränkungen von Bürgerrechten dient.

Ein weiteres zentrales Element ist die Verwendung des Diskurses über Menschenrechte. In Russland wird die Rhetorik der Menschenrechte häufig instrumentalisiert, um internationale Kritik zu neutralisieren und gleichzeitig die interne Opposition zu unterdrücken. Diese strategische Nutzung des Diskurses zeigt, wie autoritäre Regime versuchen, die öffentliche Debatte einseitig zu kontrollieren und die Wahrnehmung von Menschenrechten im Einklang mit der staatlichen Agenda zu lenken. Allerdings, wie Foucault betont, kann dieser Versuch der repressiven Machtausübung auch Gegenmacht hervorbringen (vgl. Foucault 1978: 95 - 96). Gerade die Versuche, oppositionelle Stimmen zu unterdrücken, führen zur Entstehung von Widerstand, der als produktive Dimension der Macht verstanden werden kann. In diesem Sinne entstehen alternative Diskurse, die die bestehende Machtordnung infrage stellen und eine dynamische Wechselwirkung zwischen Kontrolle und Widerstand schaffen.

Die Konstruktion eines „Feindes“ innerhalb des Diskurses ist ein weiteres zentrales Merkmal des autoritären Regimes in Russland. Der Diskurs über ausländische Einmischung und nationale

Bedrohungen wird genutzt, um die Regierung zu legitimieren und die Bevölkerung zu mobilisieren. In diesem Sinne wird der Diskurs über Feinde und Bedrohungen als ein Mechanismus der Machtausübung genutzt, der nicht nur die Kontrolle über die Öffentlichkeit sichert, sondern auch eine Atmosphäre der Angst schafft, die dissentierende Stimmen erstickt.

Ein wesentliches Element dieser Diskursstrategie ist die Marginalisierung der Zivilgesellschaft. In einem autoritären System wird die Zivilgesellschaft oft als potenzielle Bedrohung wahrgenommen. Organisationen, die sich für Menschenrechte einsetzen oder politische Reformen fordern, werden häufig als „ausländische Agenten“ diffamiert, um deren Legitimität zu untergraben. Diese Taktik der Diskursmanipulation ermöglicht es dem Staat, die Zivilgesellschaft zu kontrollieren und den politischen Raum für oppositionelle Bewegungen zu begrenzen : „The reference to generic values like patriotism and nationalism, economic development, social justice, and order and the discreet and pragmatic incorporation of ideological elements derived from the dominant political centers of the time allow rulers who have gained power without mobilized mass support to neutralize opponents, co-opt a variety of supporters, and decide policies pragmatically.“ (Linz 2000: 164). Diese Strategien haben weitreichende Auswirkungen auf die Fähigkeit der Bürger, sich politisch zu engagieren und ihre Meinungen frei zu äußern.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Analyse des autoritären Regimes in Russland ohne das Verständnis der Rolle von Diskursen unvollständig wäre. Diskurse sind nicht nur passive Mittel der Kommunikation; sie sind aktive Werkzeuge der Macht, die dazu dienen, die Realität zu formen und die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren. Foucaults Theorien bieten uns die notwendigen Werkzeuge, um die komplexen Beziehungen zwischen Diskurs und Macht in einem autoritären Kontext zu verstehen. Die Kontrolle über den Diskurs, die Instrumentalisierung von Menschenrechten, die Konstruktion von Bedrohungen und die Marginalisierung der Zivilgesellschaft sind zentrale Elemente, die das autoritäre Regime in Russland stabilisieren. In einer Zeit, in der autoritäre Strukturen weltweit zunehmen, ist es unerlässlich, diese Dynamiken zu analysieren und zu verstehen, um den Herausforderungen, die sie für Demokratie und Freiheit darstellen, wirksam begegnen zu können.

3. Historischer und gesellschaftlicher Kontext

Ein Verständnis des historischen und gesellschaftlichen Kontexts vor der Aktion von Pussy Riot in der Christ-Erlöser-Kathedrale ist essenziell, um die Bedeutung ihres Protests sowie die

darauffolgenden staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen adäquat einzuordnen. Eine isolierte Betrachtung dieser Aktion würde die diskursiven Strukturen und Machtmechanismen ausblenden, die diesen Moment überhaupt erst ermöglicht und zugleich seine Rezeption geprägt haben. Die Intervention von Pussy Riot kann nicht unabhängig von den historisch gewachsenen Verflechtungen zwischen Staat, Religion und nationaler Identität in Russland verstanden werden. Diese Strukturen sind nicht statisch, sondern haben sich über Zeiträume hinweg durch spezifische gesellschaftliche Entwicklungen und politische Prozesse herausgebildet und verfestigt.

3.1 Die politische Situation in Russland vor 2012

Zu Beginn des Jahres 2012 befand sich Russland an einem Wendepunkt, geprägt durch massive Proteste und eine aktivere Zivilgesellschaft. Die Wahlen zu der Staatsduma im Dezember 2011 wurden von Manipulationsvorwürfen begleitet. Laut Umfragen äußerten bis zu 30 % der Wähler Bedenken bezüglich der Fairness der Wahlen (vgl. Schröder 2012). Wahlbeobachter dokumentierten zahlreiche Verstöße, was zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft beitrug.

Organisationen wie "Golos" und "Grazhdanin Nablyudatel" setzten sich für die Transparenz des Wahlprozesses ein. Die massenhafte Verbreitung von Videobeweisen führte zu einer breiten öffentlichen Diskussion. Laut dem Lewada-Zentrum forderten 73 % der Moskauer Protestierenden die Bestrafung der Verantwortlichen (Lewada-Zentrum 2011). Trotz Wahlfälschungen akzeptierte ein Teil der Bevölkerung die Ergebnisse, da Wahlen in Russland oft als symbolische Unterstützung der Regierung gesehen werden (Lewada-Zentrum 2012).

Administrative Ressourcen spielten eine große Rolle bei der Beeinflussung der Wahlergebnisse, indem regierungsnahen Kandidaten bevorzugt und oppositionelle Kräfte benachteiligt wurden (vgl. Shpilkin 2011). Die offizielle Darstellung der Zentralen Wahlkommission, die nur minimale Verstöße angab, wurde von unabhängigen Beobachtern widerlegt, was das Misstrauen in das Wahlsystem verstärkte (Lewada-Zentrum 2012).

Die gesellschaftliche Reaktion auf die Wahlfälschungen führte zu Massenprotesten, insbesondere auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau am 10. Dezember 2011 (vgl. Löffel 2011). Die Regierung reagierte mit verstärktem Polizeiaufgebot und Repressionen gegen Aktivisten (Lewada-Zentrum 2012). Dennoch führten die Verhaftungen nicht zur Abschwächung der Proteste, sondern zur Solidarisierung breiterer gesellschaftlicher Gruppen.

Die Protestbewegung der Jahre 2011/2012 markierte eine neue Phase der russischen Zivilgesellschaft und stellte eine ernsthafte Herausforderung für das autoritäre Regime dar. Wahlfälschungen dienten nicht nur der Machtsicherung, sondern auch der Demoralisierung der Gesellschaft. Die anschließenden Maßnahmen der Regierung, darunter strengere Demonstrationsgesetze und die Kontrolle von NGOs, sollten die gesellschaftliche Mobilisierung eindämmen (vgl. Pertsev 2023).

Die Proteste verdeutlichten die Instabilität des russischen Systems, das sich zwischen autoritärer Kontrolle und wachsenden gesellschaftlichen Spannungen bewegte. Die Wahlfälschungen und die daraus resultierenden Proteste offenbarten die tiefen Risse in der politischen Ordnung Russlands 2011/2012 sowie die Dynamik zwischen Macht und Widerstand.

3.2 Forschungsstand zu Pussy Riot

3.2.1 Feministische Prinzipien und Gesellschaftskritik

Pussy Riot, eine 2011 in Moskau gegründete feministische Punk-Band und ein Kunstkollektiv, hat sich durch ihre provokativen Protestaktionen, die auf weltweite Aufmerksamkeit stießen, zu einem bedeutenden Symbol des Widerstands gegen politische Unterdrückung und gesellschaftliche Ungerechtigkeit entwickelt. Die Gruppe erlangte internationale Aufmerksamkeit, indem sie öffentlich Position gegen die autoritären Strukturen der russischen Regierung, gegen patriarchale Gesellschaftsordnungen sowie gegen die systematische Benachteiligung marginalisierter Bevölkerungsgruppen bezog(vgl. Turbine 2013). Obwohl sich die Mitglieder von Pussy Riot im Laufe der Jahre verändert haben, bleibt das Kollektiv ein Ort für all diejenigen, die ihre Ablehnung gegenüber politischen, sozialen und kulturellen Normen auf kreative Weise zum Ausdruck bringen wollen. Die Gruppe engagiert sich vorrangig für die Förderung feministischer Anliegen, die Wahrung der Meinungsfreiheit sowie die Rechte von LGBT-Personen und tritt zugleich aktiv für den Schutz gesellschaftlich marginalisierter Gruppen ein (vgl. Gapova 2012).

Pussy Riot verfolgt eine klare Agenda, die sich stark an den Prinzipien der Menschenrechte, des Feminismus und des politischen Widerstands orientiert. Besonders hervorzuheben ist ihre Kritik an den patriarchalen Strukturen der russischen Gesellschaft und der systematischen Diskriminierung von Frauen sowie der LGBT-Gemeinschaft. Im Rahmen ihrer Protestaktionen kritisieren sie sowohl die russische Regierung dafür, religiöse Institutionen, insbesondere die Russische Orthodoxe Kirche, als Instrument zur Festigung gesellschaftlicher Kontrolle zu nutzen, als auch die staatliche

Verantwortung für die Einschränkung demokratischer Freiheiten und die Unterdrückung bürgerlicher Rechte (vgl. Johnson 2014: 583-590).

Die feministische Theorie spielt in der Arbeit von Pussy Riot eine bedeutende Rolle. Sie nennen prominente Denkerinnen der dritten Welle des Feminismus wie Simone de Beauvoir, Dworkin, Pankhurst, Millett, Braidotti und Judith Butler als ihre zentralen Inspirationsquellen (vgl. Johnson 2014: 583-584). Ihr Feminismus ist stark beeinflusst von poststrukturalistischen Ansätzen, die die traditionellen Vorstellungen von Geschlecht und Identität hinterfragen. Diese Perspektiven ermöglichen es ihnen, eine inklusive, gerechte Gesellschaft zu fordern, die jenseits der engen binären Geschlechternormen existiert und Raum für vielfältige Identitäten bietet.

3.2.2 Kunst als Widerstand: Performative Proteste und DIY-Kultur

Ein zentrales Kennzeichen der Aktionsform von Pussy Riot ist die enge Verbindung von künstlerischem Ausdruck und politischem Protest. Die Gruppe setzt Kunst gezielt als wesentliches Instrument der politischen Auseinandersetzung ein, um gesellschaftliche und politische Missstände zu thematisieren und Widerstand gegen staatliche Repression sowie soziale Ungleichheit zu leisten. Ihre Performances dienen dabei als bewusst inszenierte Strategie, um Kritik an gesellschaftlichen und politischen Strukturen durch kreative und provokative Aktionen zu vermitteln (vgl. Rourke & Wiget 2016: 234–235). Ihre bewusst provokativen und teils schockierenden Aktionen verfolgen das Ziel, auf gesellschaftliche und politische Missstände in Russland aufmerksam zu machen, wobei der Fokus insbesondere auf der Einschränkung der Meinungsfreiheit und der strukturellen Benachteiligung marginalisierter Bevölkerungsgruppen liegt (vgl. Myzelev 2021: 1-3).

Ein zentraler Aspekt ihrer Protestaktionen ist der performative Charakter ihrer Aktivitäten. Während gewöhnliche politische Demonstrationen in der Regel auf öffentlichen Plätzen stattfinden, zeichnen sich die Auftritte von Pussy Riot durch ihre Illegalität und ihre unorthodoxen Schauplätze aus. Sie inszenieren ihre Proteste häufig an Orten, die nicht für öffentliche Aufführungen vorgesehen sind, und brechen damit mit den traditionellen Formen des politischen Widerstands (vgl. Elder 2012). Die Wahl ungewöhnlicher Auftrittsorte verdeutlicht sowohl den unkonventionellen Charakter der Aktionen als auch die gezielte Absicht der Gruppe, etablierte gesellschaftliche Normen und politische Strukturen kritisch zu hinterfragen und in ihrem Bestand zu erschüttern (vgl. Haskins 2015: 230-231). Diese Performances sind oft bewusst als Kunstaktionen gestaltet, die tiefere gesellschaftliche Strukturen und Normen infrage stellen. In ihrer Kunst zielen sie darauf ab, die

Hierarchien und Machtverhältnisse der Gesellschaft zu entlarven und neue Perspektiven auf die Beziehung zwischen Politik, Kunst und Identität zu eröffnen.

Ein weiterer entscheidender Einfluss auf die Aktionen von Pussy Riot ist die Do-It-Yourself (DIY)-Kultur, die eng mit der Punk-Bewegung verbunden ist. Die DIY-Ideologie ist nicht nur eine Ästhetik, sondern ein politisches Statement gegen Konsumismus und die Vorherrschaft marktwirtschaftlicher Werte. In der DIY-Kultur wird die Vorstellung abgelehnt, dass Konsum und materielle Güter notwendig für das persönliche Wohl und das Überleben sind. Stattdessen betont diese Kultur die Kreativität, den Austausch und die Unabhängigkeit von institutionellen und kommerziellen Strukturen. Pussy Riot nutzt diese Prinzipien nicht nur in ihrer Kunst, sondern auch in ihrem Widerstand gegen die vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen. Ihre Ablehnung des Konsums als Voraussetzung für das persönliche Glück und die Selbstverwirklichung stellt eine fundamentale Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und an den sozialen Normen dar, die Konsum und materiellen Erfolg über menschliche Rechte und soziale Gerechtigkeit stellen (vgl. Myzelev 2021: 8-9).

Durch ihre Performances und künstlerischen Aktionen verfolgt Pussy Riot eine Strategie der Sichtbarmachung und der Ermächtigung. Sie hinterfragen nicht nur die bestehenden Machtstrukturen, sondern schaffen eine Plattform für kollektiven Widerstand, der die etablierten Normen von Identität, Konsum und Macht herausfordert. Ihre Performances sind nicht nur politisch, sondern auch kulturell und sozial subversiv, da sie bestehende soziale und kulturelle Hierarchien aufbrechen und neue Formen des Widerstands und der Selbstbestimmung etablieren.

Die Gruppe nutzt dabei eine Ästhetik der Anonymität, indem die Mitglieder in bunten Kostümen und mit Balaclavas auftreten. Diese visuelle Strategie dient nicht nur dazu, die Kohärenz und Anti-Hierarchie innerhalb der Gruppe zu betonen, sondern auch, um eine kollektive Identität zu fördern, die weniger auf individueller Prominenz, sondern auf gemeinsamen Werten und dem Widerstand gegen gesellschaftliche Normen beruht (vgl. Pussy Riot's Live Journal 2011).

Abschließend lässt sich sagen, dass Pussy Riot durch die Verbindung von feministischen Ideen, Punk-Musik und der DIY-Kultur eine neue Form des politischen Aktivismus geschaffen hat, die sowohl gegen autoritäre Machtstrukturen als auch gegen die konsumorientierten Ideale der heutigen Gesellschaft richtet. Ihre Kunst und ihre Performances sind nicht nur politische Aktionen, sondern auch kreative Manifestationen des Widerstands, die sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene Wirkung zeigen.

3.2.3 Pussy Riot und die Aktion in der Christ-Erlöser-Kathedrale

Da sich die Analyse meines Materials insbesondere auf die Diskussion konzentrieren wird, die nach der Aktion in der Christ-Erlöser-Kathedrale entstand, und da gerade diese Aktion im Vergleich zu anderen Aktionen der Gruppe die größte Aufmerksamkeit auf sich zog, werde ich diesen Auftritt und seine Folgen kurz beschreiben. Um die Reaktion der Behörden auf die Aktion von Pussy Riot zu verstehen, ist es wichtig, sich den Kontext der großen Protestbewegung in Russland Ende 2011 vor Augen zu führen. Wie bereits erwähnt, entstand diese Bewegung aus Unzufriedenheit mit den Wahlen zu dem Staatsduma, und an den Demonstrationen beteiligten sich politische Gruppen und Organisationen unterschiedlichster Ausrichtung sowie zahlreiche Privatpersonen. Die Gründe für die Teilnahme an den Protesten waren dabei ebenso vielfältig wie die Zusammensetzung der Demonstranten. Die Demonstrationen setzten sich fort und erreichten Anfang 2012, während der Präsidentschaftswahlkampagne, ihren Höhepunkt.

In diesem Umfeld des Protests, das zunehmend in den gesellschaftlichen Mainstream überging, sah sich die Gruppe Pussy Riot, wie Masha Gessen (2014) argumentiert, gezwungen, neue radikale Protestformen zu entwickeln, um aufzufallen. So entstand die Idee eines Auftritts auf dem Lobnoje Mesto auf dem Roten Platz, eine Aktion, die schließlich zu ihrer bekanntesten wurde. Doch diese Aktion war in ihrer öffentlichen Wirkung kaum noch zu übertreffen. Eine mögliche Steigerung wäre ein Auftritt direkt im Kreml gewesen, jedoch hatten die Mitglieder der Gruppe keine Möglichkeit, Zugang zu diesem symbolisch hoch aufgeladenen Ort zu erhalten.

Pussy Riot stand also vor der Herausforderung, eine weitere Aktion zu konzipieren, die das Publikum ebenso radikal ansprechen und der zunehmenden staatlichen Repression und Kontrolle etwas entgegensetzen konnte.

Gessen argumentiert, dass die zunehmend wachsende Protestbewegung im Jahr 2012 eine ernsthafte Bedrohung für den Kreml darstellte, weshalb Putin die orthodoxe Kirche als politischen Verbündeten nutzte. Patriarch Kirill wandte sich persönlich an die Gläubigen, um ihnen im Vorfeld eines groß angelegten Protests nahe zu legen, wie sie zu den Demonstrationen stehen sollten (vgl. Gessen 2014: 97–110). Zudem segnete Patriarch Kirill bei einem Treffen im Februar 2012 Putins Rolle als Führer Russlands und verlieh ihm somit symbolische Unterstützung durch die Kirche. Laut Gessen, die Interviews mit Mitgliedern von Pussy Riot führte, lag in diesen Ereignissen der

Anstoß für die Gruppe, ihre nächste Aktion ausgerechnet in der Christ-Erlöser-Kathedrale durchzuführen.

Da die Kathedrale unter strenger Bewachung stand, befürchteten die Mitglieder von Pussy Riot, dass ihnen keine Möglichkeit gegeben würde, ihre Performance vollständig zu Ende zu bringen, bevor sie aus der Kirche verwiesen würden. Die Gruppe entschied sich daher, den Song vorab aufzunehmen und zusätzlich in einer kleineren, weniger überwachten Kirche Videomaterial zu erstellen. Danach führten sie einen kurzen Auftritt in der Christ-Erlöser-Kathedrale durch und verbanden die verschiedenen Aufnahmen zu einem vollständigen Videoclip (vgl. Gessen 2014: 107–115).

Pussy Riot traf zudem die bewusste Entscheidung, die Aktion nicht während eines Gottesdienstes durchzuführen, da sie die Aufmerksamkeit der Gläubigen auf die Botschaft ihrer Aktion lenken wollten, anstatt lediglich Missfallen zu erregen. Darüber hinaus war es den Aktivistinnen wichtig, eine sofortige Festnahme zu vermeiden, um die vollständige Durchführung der Aktion zu gewährleisten (vgl. Gessen 2014: 112).

Am sogenannten „Punk-Gebet“ am 21. Februar 2012 nahmen fünf Mitglieder der Gruppe Pussy Riot teil. Die Aktivistinnen trugen auffällig bunte, ärmellose Kleider, Strumpfhosen und Balaklavas (vgl. Bernstein 2013: 220). Sie hatten korrekt vorausgesehen, dass die Sicherheitskräfte ihre Aktion schnell unterbrechen würden. Tatsächlich wurde eine der Teilnehmerinnen, Jekaterina Samuzewitsch, bereits vor Beginn des Songs abgeführt, und die übrigen wurden ebenfalls gestoppt, bevor sie das Lied vollständig zu Ende singen konnten (vgl.ebd.).

Während des Auftritts sprangen die Aktivistinnen vor dem Altar der Christ-Erlöser-Kathedrale, wobei der Ikonostas hinter ihnen als symbolischer Hintergrund diente. Der Song selbst war eine Mischung aus Punk und traditionellen orthodoxen Gesängen. Der Text enthielt einen Aufruf an die Gottesmutter, zur Feministin zu werden und Putin zu vertreiben, und kritisierte die orthodoxe Kirche für ihre Haltung gegenüber Frauen und LGBT-Personen, das Patriarchat sowie die Verbindungen zwischen Patriarch Kirill, dem KGB und Putin (vgl.ebd.).

Die Teilnehmerinnen wurden nicht unmittelbar nach der Performance verhaftet, sondern etwa zwei Wochen später. Drei der Aktivistinnen - Maria Aljochina, Nadeschda Tolokonnikowa und Jekaterina Samuzewitsch - wurden aufgrund der Aktion wegen „Rowdytums aus religiösem Hass“ angeklagt. Das darauffolgende Gerichtsverfahren zog sich lange hin und endete mit einer Verurteilung der Aktivistinnen, die für schuldig befunden wurden und zu zwei Jahren Haft in einer Strafkolonie

verurteilt wurden (vgl. Bernstein 2013: 220-221). Die Strafe gegen Samuzewitsch wurde später aufgehoben, da sie nicht aktiv an der Aktion teilnehmen konnte.

Die Aktion in der Christ-Erlöser-Kathedrale markierte einen Wendepunkt im Schaffen von Pussy Riot und entfachte eine Resonanz, die weit über die Grenzen Russlands hinausreichte. Der Protest avancierte zum Symbol des Kampfs für Meinungsfreiheit in einem zunehmend autoritären Regime. Ihre Performance in der Kathedrale wurde nicht nur als Kritik an der Kirche wahrgenommen, sondern auch als Akt des Widerstands gegen die Unterdrückung bürgerlicher Rechte, demokratischer Freiheiten und autoritäre Strukturen in Russland.

Dieser Protest rief eine heftige Reaktion seitens der Behörden hervor. Die Verurteilung der Mitglieder - Haftstrafen für Maria Aljochina, Nadeschda Tolokonnikowa und Jekaterina Samuzewitsch - zeigte, wie rigoros die russische Regierung auf Kritik und abweichende Meinungen reagiert. Die öffentliche Meinung war gespalten: während einige die Aktion als Verletzung religiöser und patriarchaler Werte wahrnahmen, betrachteten andere, zumeist jüngere Menschen, sie als mutigen Protest gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit (vgl. Agaltsova 2014: 193 - 195). Die Verhaftung und der Gerichtsprozess gegen Pussy Riot wurden zu einem Symbol für autoritäre Kontrolle, Zensur und die Einschränkung von Menschenrechten im modernen Russland und lösten weltweit eine Welle der Unterstützung für die Gruppe aus.

Die Aktionen von Pussy Riot haben in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung beträchtliche Aufmerksamkeit erlangt und eine Vielzahl an Studien hervorgebracht, die das Phänomen aus unterschiedlichen disziplinären und theoretischen Perspektiven untersuchen. Trotz der thematischen Vielfalt und zwar von kultur- und medienwissenschaftlichen Analysen bis hin zu politikwissenschaftlichen und soziologischen Untersuchungen, verbindet diese Arbeiten der gemeinsame Fokus auf die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Protests.

Eine zentrale Dimension der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Pussy Riot liegt in der Verknüpfung ihres Protests mit den Geschlechter- und Identitätspolitiken des gegenwärtigen Russlands. Rutland (2014) argumentiert, dass die Aktion der Gruppe vor dem Hintergrund einer staatlich geförderten „Remaskulinisierung“ zu verstehen ist, in der nationale Identität gezielt mit patriarchalen und homophoben Ideologien verknüpft wird (vgl. Rutland 2014: 575-582). In diesem Kontext erscheint Pussy Riot als Teil eines informellen Feminismus, der im direkten Gegensatz zu den vom Staat propagierten Männlichkeitsnormen steht.

Diesen Befund erweitern Temkina und Zdravomyslova (2014), indem sie die historische Entwicklung feministischer Diskurse in Russland nachzeichnen. Sie zeigen, dass der Begriff „Gender“ im öffentlichen Diskurs zunehmend ideologisch aufgeladen und politisch instrumentalisiert wird. Feministische Forschung und Aktivismus werden dabei nicht nur marginalisiert, sondern auch systematisch als „westlich“ und damit als fremd und unerwünscht diskreditiert (vgl. Temkina & Zdravomyslova 2014: 253-270).

Wie Rutland (2014) interpretiert French (2022) den Protest im Rahmen einer von ihr als „Remaskulinisierung“ beschriebenen politischen Kultur Putins (vgl. French 2022: 129). Sie entwickelt eine Typologie der subversiven Strategien von Pussy Riot, die öffentliche Räume gezielt stören und genderbasierte Machtverhältnisse destabilisieren (vgl.ebd.: 139-141). Diese Aktionen greifen zugleich die patriarchale Legitimation Putins und die strukturellen Mechanismen des autoritären Staates an, wobei ihre Wirkung primär in der symbolischen und medialen Dekonstruktion hegemonialer Narrative liegt (vgl.ebd.: 141-147). French zeigt jedoch auch die strukturellen Grenzen feministischen Widerstands in repressiven Kontexten auf, die eine unmittelbare politische Transformation erschweren (vgl.ebd.: 135).

Eine sprachwissenschaftlich-diskursive Perspektive bietet Kananovich (2014) mit ihrer kritischen Diskursanalyse zweier kontrastierender Texte: des „Punk-Gebets“ und des linguistischen Gutachtens der Anklage. Während der Songtext Kirche und Staat als korrupt und unterdrückerisch inszeniert, religiöse Symbole subvertiert und so deren politische Vereinnahmung offenlegt, normalisiert das offizielle Gutachten Konformität, entpolitisiert die Kritik und stellt den Protest als außerhalb des Rahmens legitimer Partizipation dar (vgl.Kananovich 2014: 68–72). Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, wie in autoritären Kontexten konkurrierende Diskurse um Deutungshoheit ringen und wie Sprache gezielt eingesetzt wird, um entweder hegemoniale Macht zu sichern oder Widerstand zu artikulieren.

Bernstein (2013) erweitert diese Betrachtung um eine körperpolitische Dimension. Sie zeigt, wie die Körper der Aktivistinnen im Prozess zur Projektionsfläche souveräner Gewalt wurden (vgl. Bernstein 2013: 220-222). Die staatliche Inszenierung der Bestrafung fungierte zugleich als Ritual der Machtdemonstration und als gesellschaftlich wirksames Opfer-Narrativ, das den Autoritätsanspruch des Regimes symbolisch untermauerte (vgl.ebd.). Für Befürworterinnen des Regimes legitimierte die Strafe Putins Herrschaft, während Kritikerinnen darin einen Beweis staatlicher Brutalität sahen. Damit macht Bernstein deutlich, dass autoritäre Macht nicht nur diskursiv, sondern auch durch spektakuläre physische Repression inszeniert wird.

Die performative und verkörperte Dimension von Pussy Riots Protest steht auch im Zentrum von Rourke & Wiget (2016). Unter Rückgriff auf Bourdieu und Foucault argumentieren sie, dass die Besetzung eines sakralen Raums in Verbindung mit einer bewusst provokanten Körperinszenierung die vom Regime propagierte „legitime Weltsicht“ unterläuft und neue Interpretationsräume öffnet, selbst wenn der Protest räumlich und zeitlich begrenzt bleibt (vgl. Rourke & Wiget 2016: 237-242).

Sperling (2014) analysiert aus einer dezidiert feministischen Perspektive die ambivalente Rezeption von Pussy Riot innerhalb der russischen Frauenbewegung. Ihre Untersuchung zeigt, dass die Gruppe selbst in feministischen Kreisen häufig nicht als konstruktive oder repräsentative Akteurinnen wahrgenommen wurde, was unter anderem auf ihre bewusst provokative Inszenierung von Sexualität sowie die subversive Thematisierung sexistischer und homophober Normen zurückgeführt wird (vgl. Sperling 2014: 591–603). Diese ambivalente Bewertung verweist auf einen zentralen Spannungsbereich: während Pussy Riot international erhebliche Solidarität mobilisierte und feministische Anliegen global sichtbarer machte, blieb ihre Integration in etablierte feministische Diskurse Russlands vergleichsweise marginal.

Zou (2021) analysiert demgegenüber die westliche Medienberichterstattung und zeigt, dass Pussy Riot im Ausland oft als „liberale westliche“ Opposition gegen ein „rückständiges Russland“ inszeniert wurde. Diese vereinfachte Ost-West-Dichotomie blendete wichtige lokale Kontexte aus, insbesondere die hybride Botschaft von Pussy Riot, die russische und internationale Referenzen bewusst kombiniert. Die Studie macht deutlich, wie transnationale Rezeptionen die politische Bedeutung von Protestakten transformieren können (vgl. Zou 2021).

Während bestehende Studien zu Pussy Riot wertvolle Einblicke in einzelne Dimensionen des Falls liefern, etwa die symbolische Wirkung der Performance, die Analyse ausgewählter Mediendiskurse oder die Reaktionen religiöser und staatlicher Akteure, bleibt der Fokus meist auf Teilaspekte beschränkt. Häufig werden mediale, politische oder juristische Reaktionen isoliert voneinander betrachtet, ohne deren wechselseitige Verschränkung systematisch nachzuzeichnen.

Die vorliegende Arbeit setzt hier an, indem sie nicht einzelne Diskurse separat behandelt, sondern deren Zusammenspiel und gegenseitige Verstärkung in den Blick nimmt. Durch die theoretische Verbindung von Foucaults Machttheorie mit der Kritischen Diskursanalyse nach Fairclough werden die unterschiedlichen Arenen politischer, juristischer und medialer Kommunikation als Bestandteile eines kohärenten, autoritär geprägten Diskursgefüges untersucht. Damit verschiebt sich der Fokus von der Analyse einzelner Reaktionen hin zur Rekonstruktion eines umfassenden Mechanismus der

Bedeutungsproduktion. Damit adressiert die Arbeit eine bislang bestehende Forschungslücke: die systematische, theoriegeleitete Analyse des gesamten institutionellen und medialen Reaktionsgeflechts auf Pussy Riot, das sowohl vertikal, bzw. von staatlichen Eliten bis zur populären Massenkultur als auch horizontal, bzw. über unterschiedliche Diskursarenen hinweg, operiert.

4. Methodologie und Quellen

4.1 Kritische Diskursanalyse nach Fairclough

Die Diskursanalyse ist kein einheitlicher Forschungsansatz, sondern umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden und Herangehensweisen zur Untersuchung und Anwendung von Analysetechniken. Vereinfacht gesagt, bezeichnet der Begriff „Diskurs“ eine komplexe Struktur von Aussagen und rhetorischen Strategien, durch die die Realität geformt und interpretiert wird. Als Methode der Analyse untersucht der Diskurs, wie bestimmte Ideen und Bedeutungen dominieren und warum diese als „selbstverständlich“ oder „natürlich“ betrachtet werden. In der Politikwissenschaft wird der Diskurs als analytisches Instrument genutzt, um nicht nur den Inhalt von Aussagen zu erfassen, sondern auch die dahinterstehenden Machtverhältnisse zu entschlüsseln. Die Diskursanalyse beleuchtet die Strategien und Praktiken politischer Akteure und Institutionen, die Themen setzen, Bedeutungen definieren, Kontexte prägen und letztlich beeinflussen, wie politische Fragen wahrgenommen und diskutiert werden.

Diese Beschreibung der Diskursanalyse basiert auf allgemeinen Konzepten, die in den Arbeiten verschiedener Forscher und Denkschulen zu finden sind, die sich mit Diskurstheorie und Diskursanalyse befassen. Besonders bedeutende Aspekte werden in den Werken folgender Autoren behandelt:

Michel Foucault liefert in seinem einflussreichen Werk *The Archaeology of Knowledge* (1972) die theoretische Grundlage für viele Diskursanalysen. Er sieht Diskurse als Strukturen von Aussagen, die Wissen und Realität gestalten, und untersucht die Machtmechanismen, die diese Diskurse durchziehen. Auch Jürgen Link geht in seinem Werk *Versuch über den Normalismus* (1997) der Frage nach, wie Diskurse Vorstellungen von Normalität erzeugen und durchsetzen, was ebenfalls auf die zugrunde liegenden Machtstrukturen hinweist.

Jägers Ansatz der Kritischen Diskursanalyse, den er in *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung* (2001) entwickelt, fokussiert auf die Frage, wie Machtverhältnisse in Diskursen erzeugt und aufrechterhalten werden. Seine Arbeit kombiniert sprachwissenschaftliche Methoden mit einer gesellschaftskritischen Perspektive.

Frank Fischer zeigt in *Reframing Public Policy: Discursive Politics and Deliberative Practices* (2003), wie Diskurse politische Entscheidungsprozesse beeinflussen und dabei von Machtstrukturen geprägt werden.

Norman Fairclough bietet in *Discourse and Social Change* (1992) eine wichtige theoretische Grundlage zur Analyse von Diskursen im Zusammenhang mit sozialen und politischen Veränderungen. Er betrachtet Diskurs als eine Praxisform, die sowohl bestehende Machtverhältnisse stabilisiert als auch transformieren kann.

Im Allgemeinen lassen sich folgende Ansätze zur Definition des Diskurses unterscheiden:

1. Diskurs als Äquivalent zur Rede oder zum sprachlichen Ausdruck, oft verstanden im Gegensatz zu Sprache als abstraktem System;
2. Diskurs als Gesamtheit von Aussagen und deren Wirkung;
3. Diskurs als Gespräch oder Dialog;
4. Diskurs als sprachliches Handeln, das implizite Kategorien nutzt, um den sprechenden Akteur interpretierbar zu machen;
5. Diskurs als System von Einschränkungen und Regeln (vgl. Keller 2011: 7-10).

In meiner Arbeit orientiere ich mich an der kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Norman Fairclough. Besonders wichtig für die Anwendung der kritischen Diskursanalyse sind die zweite und fünfte Perspektive. Die meisten Diskurstheorien, einschließlich der von Norman Fairclough entwickelten Methode der kritischen Diskursanalyse, die in dieser Arbeit verwendet wird, basieren auf den theoretischen Konzepten von Michel Foucault.

Norman Fairclough hat zahlreiche zentrale Konzepte für die kritische Diskursanalyse formuliert. Zu den grundlegenden Aspekten der KDA erklärt Fairclough: „Diskurs ist nicht nur ein Produkt sozialer Strukturen und Machtverhältnisse; er ist auch eine Handlungsmöglichkeit, durch die Menschen diese Strukturen und Verhältnisse reproduzieren oder transformieren können“ (Fairclough 1992: 64).

Fairclough und andere Vertreter der kritischen Diskursanalyse betonen, dass Diskurse nicht nur die sozialen und politischen Strukturen widerspiegeln, sondern auch die Machtverhältnisse durch die Reproduktion oder Herausforderung hegemonialer Ideen verändern können. In *Discourse and Social Change* (1992) beschreibt Fairclough, dass Diskurse als „Handlungsweisen“ fungieren, die sowohl bestehende Machtverhältnisse stabilisieren als auch Transformationen dieser Strukturen ermöglichen. Gramscis Hegemoniebegriff spielt hier eine zentrale Rolle, da er hilft, zu analysieren, wie Diskurse den Konsens über gesellschaftliche Normen und Werte schaffen und so die

Hegemonie bestimmter sozialer Gruppen unterstützen oder infrage stellen. Das Konzept der Hegemonie ist somit ein wesentlicher Bestandteil der KDA, um zu verstehen, wie Diskurse in politischen und sozialen Kontexten Machtstrukturen bewahren oder verändern können.

Fairclough (1992) erklärt, dass Diskurse nicht nur ein Produkt sozialer Strukturen und Machtverhältnisse sind, sondern auch als Handlungsmethoden verstanden werden können. Sie ermöglichen es den Menschen, diese Strukturen zu reproduzieren oder zu verändern. Diskurse werden dabei als soziale Praktiken gesehen, die sowohl bestehende Machtverhältnisse stabilisieren als auch zur Transformation dieser Verhältnisse beitragen können.

"Discourse is not only a product of social structures and power relations; it is also a mode of action through which people can reproduce or transform these structures and relations" (Fairclough 1992: 64).

In dieser Arbeit werden Diskurse als Rahmungen des Sagbaren verstanden, die Bedingungen für die Konstruktion von Wahrheit, Subjektivität und Normalität setzen. Narrative hingegen werden als konkrete Erzählstrukturen innerhalb dieser Diskurse gefasst, als mikrostrukturelle Formen, die im Rahmen eines Diskurses Bedeutung generieren.

4.1.1 Sprache und Realität

Als Sozialwissenschaftler zunehmend die zentrale Rolle der Sprache in gesellschaftlichen und machtpolitischen Zusammenhängen erkannten, wurde der linguistischen Wende in den Sozialwissenschaften geprägt. Die Kernthesen dieser Wende betonen, dass Macht in modernen Gesellschaften zunehmend durch Ideologie und insbesondere durch ideologische Sprachpraktiken ausgeübt wird. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Funktionen, die Sprache erfüllt, stetig erweitert werden. In seiner Arbeit *Power and Discourse* argumentiert Fairclough, dass Ideologie in der Sprache gegenwärtig ist und sich durch sprachliche Praktiken verbreitet. Aus seiner Sicht sollte deshalb der ideologische Charakter von Sprache eines der zentralen Themen der Sozialwissenschaften sein (vgl. Fairclough 1989: 2-3). Michel Foucault beschreibt diese Machtkonstellation, indem er betont: "In fact, power produces; it produces reality; it produces domains of objects and rituals of truth. " (Foucault 1977: 194).

Das bedeutendste Erkenntnisinteresse der Diskursanalyse besteht darin, dass Sprache nicht einfach eine Abbildung der Realität ist. Sprache erfüllt eine doppelte Funktion: Sie ist sowohl ein Mittel zur

Konstruktion von Realität als auch integraler Bestandteil dieser Realität. Ziel der Diskursanalyse ist es daher, die Strukturen sozialer Realität zu beschreiben und zu zeigen, wie sie in vielfältigen diskursiven Kontexten fortlaufend konstruiert wird.

Die kritische Diskursanalyse teilt diese grundlegenden Annahmen, legt jedoch besonderen Wert darauf, zu analysieren, wie, von wem und auf welchen ideologischen Grundlagen Realität durch Sprache geschaffen wird und welche Auswirkungen dies hat : „Critical approaches differ from non-critical approaches in not just describing discursive practices, but also showing how discourse is shaped by relations of power and ideologies, and the constructive effects discourse has upon social identities, social relations and systems of knowledge and belief, neither of which is normally apparent to discourse participants.“ (Fairclough 1992: 12). Anders als andere Formen der Diskursanalyse hebt die KDA nicht nur hervor, dass Diskurs soziale Realitäten formt, sondern untersucht ihn auch als Instrument sozialer Kontrolle. Ein zentraler Aspekt der KDA ist daher die Betonung auf die machtpolitische und ideologische Dimension des Diskurses. Im Fokus der Analyse stehen dabei insbesondere Hierarchien, Ungleichheiten und Diskriminierungen, die in diskursiven Praktiken verankert sind und reproduziert werden. Es ist wichtig zu beachten, dass keine Idee an sich ideologisch ist, sondern erst dann eine ideologische Funktion erfüllt, wenn machtausübende Institutionen – etwa die Medien – diese Idee aufgreifen und in den Prozess der ideologischen Reproduktion integrieren (vgl. Fowler 2004: 162 - 163). Die Theorien Foucaults, die Diskursen eine zentrale Rolle in der Entwicklung moderner Machtstrukturen zuschreiben, sind in diesem Zusammenhang besonders hilfreich, um die macht- und ideologiekritischen Dimensionen von Diskursen zu analysieren (vgl. Fairclough 1989: 12).

4.1.2 Soziale Praktiken und KDA

Fairclough verbindet das Konzept des Diskurses eng mit dem der sozialen Praktiken. Der Begriff „soziale Praktiken“ dient ihm dabei als Instrument, um die verschiedenen Lebensbereiche menschlicher Aktivität – Konsum, Politik, Familie, Beruf, Freizeit usw. – zu integrieren und in einen ganzheitlichen Rahmen zu stellen. Aus Faircloughs Perspektive ermöglicht dieses Konzept ein ausgewogenes Verständnis sowohl der sozialen Strukturen als auch der gesellschaftlichen Dynamiken und Entwicklungsprozesse (vgl. Fairclough 1992: 12 - 36). Soziale Praktiken beziehen sich auf wiederholte und strukturierte Verhaltensmuster, die sich innerhalb bestimmter sozialer Kontexte manifestieren. Sie bestehen dabei aus einer Vielzahl von Elementen, darunter sprachliche

Interaktionen, soziale Normen, kulturelle Werte und institutionelle Regeln, die durch die ihnen zugrunde liegenden Diskurse geformt und strukturiert werden. Fairclough verdeutlicht diese Sichtweise, indem er darauf hinweist, dass Diskurse soziale Identitäten, soziale Beziehungen sowie Wissens- und Glaubenssysteme bilden (vgl. Fairclough 1995: 105 - 106.) Auf diese Weise prägt der Diskurs nicht nur die sozialen Beziehungen und Interaktionen, sondern bestimmt auch die sozialen Positionen und Rollen, die Individuen innerhalb dieser Beziehungen einnehmen. Diskurse bestimmen nicht nur, was gesagt werden darf und wie es gesagt werden muss, sondern beeinflussen auch, wie Individuen über sich selbst und ihre eigene Identität nachdenken. Sie legen die Grenzen der Subjektivität fest und konstruieren bestimmte Formen von Identität als normativ und legitim, während andere marginalisiert werden.

Soziale Praktiken umfassen ein breites Spektrum alltäglicher Aktivitäten, die ein umfassendes Bild menschlicher Handlungsvielfalt vermitteln, wie beispielsweise eine Unterrichtsstunde in der Schule, das Durchscrollen von Nachrichten in sozialen Netzwerken, ein gemeinsames Abendessen mit Freunden oder ein Spaziergang im Park. Eine zentrale Fragestellung besteht darin, zu verstehen, in welchem Maße der Einzelne innerhalb dieser sozialen Praktiken frei handelt und wie diese Praktiken gleichzeitig seine Subjektivität widerspiegeln.

Fairclough identifiziert eine Reihe von Elementen sozialer Praktiken, die miteinander verbunden sind und die er für ein transdisziplinäres Forschungsfeld empfiehlt, in dem die Sozial- und Politikwissenschaften eine integrative Rolle einnehmen könnten. Zu diesen Elementen gehören Aktivitäten, die beteiligten Subjekte und ihre sozialen Beziehungen, Werkzeuge, die involvierten Objekte, der zeitliche und räumliche Rahmen, Formen des Bewusstseins, Werte sowie Argumentationsmuster (vgl. Fairclough 1992: 62 - 100). Diese Elemente sind nicht nur eng miteinander verflochten, sondern erfordern auch eine interdisziplinäre Perspektive, um die komplexen Verflechtungen zwischen Diskurs und sozialer Praxis vollständig erfassen zu können.

Die kritische Diskursanalyse ermöglicht es, die dialektischen Verbindungen zwischen diesen Elementen offenzulegen und dabei das gesamte Spektrum des Semioses zu berücksichtigen, einschließlich nonverbaler Kommunikation und visueller Darstellungen. Diskurs strukturiert soziale Praktiken, kann seine Bedeutung verändern und ist in einigen sozialen Praktiken stärker geordnet als in anderen.

Fairclough unterscheidet drei Hauptweisen, wie Diskurse innerhalb sozialer Praktiken fungieren:

1. Diskurs als Teil der sozialen Praxis: Diskurs wird hier als die soziale Aktivität eines Subjekts verstanden, die eng mit seiner beruflichen Tätigkeit verbunden ist und dementsprechend den spezifischen Sprachgebrauch dieser Tätigkeit prägt. Ein Subjekt, das beispielsweise im Bereich des Managements tätig ist, wird seine Kommunikation nach den Anforderungen dieser Position gestalten – unabhängig davon, in welchem spezifischen Bereich es das Management ausübt.
2. Diskurs als Repräsentation und Reflexion eigener und fremder Praktiken: Diese konstruktivistischen Verfahren tragen dazu bei, die Unterschiede in den Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Subjekte zu formen. Durch Diskurs wird nicht nur das eigene Handeln, sondern auch das Handeln anderer reflektiert und repräsentiert, was zu unterschiedlichen sozialen Konstruktionen und Bildern des Subjekts in den Augen anderer führt.
3. Diskurs als Element der Identität: Diskurs wirkt identitätsstiftend und beeinflusst das Bild des Subjekts in einem umfassenden Sinn als Lebensweise sowie seinen Stil – sei es das Verhalten eines Politikers, Wissenschaftlers oder gewöhnlichen Bürgers (vgl. Fairclough 1992: 91-95).

Diese drei Funktionen des Diskurses veranschaulichen, wie umfassend und flexibel Diskurs in sozialen Praktiken eingebettet ist und zeigen auf, dass er weit mehr als nur ein Kommunikationsmittel darstellt, sondern integraler Bestandteil sozialer Strukturen und der Identitätsbildung ist (vgl. ebd.). Besonders im Bereich der politischen Kommunikation tritt die Bedeutung der Diskurse für soziale Praktiken deutlich hervor. Politiker und politische Akteure nutzen spezifische Diskurse, um Machtstrukturen zu reproduzieren, politische Narrative zu etablieren und die Zustimmung der Bevölkerung zu sichern. Durch die gezielte Nutzung von Diskursen ist es ihnen möglich, öffentliche Meinungen zu formen und politisches Handeln zu steuern. Diskurse sind daher strategische Werkzeuge zur Einflussnahme und Kontrolle innerhalb politischer und gesellschaftlicher Strukturen.

Die Gesamtheit der sozialen Praktiken bildet den sozialen Ordnungsrahmen einer Gesellschaft. Dieser soziale Ordnungsrahmen lässt sich sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene darstellen und umfasst Ideologien, Bildungssysteme, Traditionen, Unternehmenswerte und ähnliche gesellschaftliche Strukturen. Die soziale Ordnung hat eine spezifisch-historische Dimension, die in Bezug auf Zeit und Raum verortet ist. Diskurse als Bestandteile dieses sozialen Ordnungsrahmens werden durch verschiedene Mechanismen geformt, wobei der Mechanismus der Dominanz eine

zentrale Rolle spielt. Diskurse sind stets offene Systeme, die durch externe Einflüsse verändert und geformt werden können.

4.1.3 Methodische Prinzipien und Anwendung

Die von Fairclough vorgeschlagene Methodologie umfasst drei wesentliche Elemente: Beschreibung, Interpretation und Erklärung. Diese methodischen Schritte ermöglichen es, linguistische und extralinguistische Faktoren miteinander zu verbinden und die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Diskurs und sozialer Praxis zu erfassen (vgl. Fairclough 1992: 198 - 199). In der ersten Phase werden die linguistischen Merkmale des Textes analysiert. Hierbei betrachtet man Wortwahl, Grammatik, Rhetorik und syntaktische Strukturen. In der zweiten Phase, der Interpretation, wird untersucht, wie der Text als diskursive Praxis funktioniert – also, wie die Aussagen produziert, verbreitet und rezipiert werden. In der letzten Phase wird der Text in einen breiteren sozialen und ideologischen Kontext gesetzt, um die gesellschaftlichen Implikationen zu untersuchen (vgl.ebd.)

Es existieren mehr oder weniger explizite Beziehungssysteme, in denen Dominanzstrukturen auftreten. Offensichtliche Beispiele hierfür sind die Beziehungen zwischen Arzt und Patient, Lehrer und Schüler, Anwalt und Mandant, Vorgesetztem und Untergebenem usw. Besonders aufschlussreich für die Analyse ist der Dialog zwischen Arzt und Patient, der eine Art idealtypisches Modell dieser Dominanzverhältnisse darstellt (vgl. Fairclough 1992: 98).

In anderen Fällen, insbesondere bei der Analyse von Mediendiskursen, erlaubt der kritische Ansatz der Diskursanalyse, verborgene Mechanismen von Dominanz und Unterordnung sowie die spezifischen Strategien ihrer Legitimierung aufzudecken. Durch KDA können somit auch subtilere Formen von Machtbeziehungen und die Mechanismen ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz analysiert werden (vgl. Fairclough 1992: 110).

Foucault untersuchte, wie Institutionen hegemoniale Diskurse erneuern, stärken und normalisieren. Seiner Ansicht nach werden die von Menschen verwendeten Diskurse durch diskursive Konventionen festgelegt, was er als „Ordnung des Diskurses“ bezeichnet. Diese Ordnung spiegelt spezifische Ideologien wider und verankert sie in sozialen Strukturen (vgl. Foucault 1972). Veränderungen in diskursiven Praktiken können daher soziale Normen und Regelungen beeinflussen und umgestalten. Gleichzeitig kann, wie Blommaert vorschlägt, auch der umgekehrte

Prozess stattfinden, bei dem die Struktur des gesellschaftlichen Systems die Art und Weise beeinflusst, wie kommunikative Ereignisse ablaufen (vgl. Blommaert 2005: 15).

Ideologien, die in Diskursen vorhanden sind, sind nicht immer unmittelbar erkennbar, da sie oft als Hintergrundannahmen und unhinterfragte Selbstverständlichkeiten im Text auftreten. Sie existieren als impliziter Rahmen, ohne dass deren Präsenz in Frage gestellt wird (vgl. Fairclough 1992: 25 - 31). Die Aufgabe der kritischen Diskursanalyse besteht daher einerseits darin, die Mechanismen aufzudecken, durch die soziale Strukturen, wie Machtverhältnisse und ideologische Effekte, mit diskursiven Praktiken verbunden werden. Andererseits sollen diese Verbindungen problematisiert und kritisch hinterfragt werden. Im Kern richtet die KDA ihre Kritik auf den Schnittpunkt von Sprache (einschließlich Diskurs, mündliche Kommunikation und Texte) und sozialen Strukturen (vgl. Blommaert 2005: 25).

Die diskursiven Praktiken der Medien erfordern eine kritische Analyse, da Medien in der Lage sind, Wissen, Meinungen, Werte, soziale Beziehungen und Identitäten nachhaltig zu beeinflussen (vgl. Fairclough 1995: 54 - 69). Medien-Diskurse sind besonders interessant, weil die darin verwirklichten Machtverhältnisse häufig nicht offensichtlich sind. Daher lässt sich argumentieren, dass Mediendiskurse verborgene Machtverhältnisse in sich tragen und damit beeinflussen, welche Themen und Perspektiven als bedeutsam wahrgenommen werden (vgl.ebd.).

Die Wirkmächtigkeit der Medien zeigt sich vor allem, aber nicht ausschließlich, in ihrer sprachlichen Gestaltung. Ebenso spielt die visuelle Darstellung eine wesentliche Rolle und sollte bei einer umfassenden Analyse der Mediendiskurse berücksichtigt werden (vgl.ebd.). Da der Umfang meiner Arbeit jedoch begrenzt ist und eine vollständige und tiefgehende Analyse sowohl der sprachlichen als auch der visuellen Dimension den Rahmen sprengen würde, konzentriere ich mich in meiner Analyse auf den Aspekt der Sprache.

Jeder Teil eines Textes (in meiner Arbeit wird der Begriff „Text“ im weiten Sinne verwendet, um auch Medientexte wie Fernsehsendungen einzuschließen) repräsentiert gleichzeitig die Welt und deren Handlungen und Beziehungen, und formt Identitäten sowie zwischenmenschliche Beziehungen. Fairclough zufolge zielt die KDA auf eine gründliche und tiefgehende Analyse des Textes ab, um die darin verborgenen Ideologien aufzudecken (vgl. Fairclough 1995: 25 - 31).

Die KDA besitzt eine politische Dimension, da sie nicht nur darauf abzielt, die sozialen Aspekte der Sprache offenzulegen, sondern diese Aspekte zu Objekten moralischer und politischer Bewertung zu machen. Die Analyse dieser Aspekte kann neue Perspektiven auf Machtmissbrauch und

Ungerechtigkeit in der Gesellschaft eröffnen und im Idealfall Menschen dazu mobilisieren, diese Missstände zu korrigieren. Zudem sucht die KDA nach Möglichkeiten, Diskurse zu schaffen, die bisher marginalisierten oder stummen Stimmen im gesellschaftlichen Diskurs Raum geben.

In der folgenden Arbeit werde ich mithilfe der bereits dargestellten Konzepte und methodischen Werkzeugen die Forschungsfrage beantworten.

4.2 Material und Quellen

Für die diskursive Analyse nach Norman Fairclough wurde spezifisches Material ausgewählt, das die Bedeutung staatlicher, juristischer und medialer Diskurse im Zusammenhang mit der Pussy-Riot-Aktion von 2012 beleuchtet. Das Material reflektiert die zentralen Themen Macht, Hegemonie und Legitimation in einem autoritären Kontext und ermöglicht eine Untersuchung der Konstruktion hegemonialer Diskurse in Russland.

Wesentliche Quellen umfassen Äußerungen hochrangiger staatlicher Akteure wie Präsident Wladimir Putin sowie anderer Beamter, etwa Dmitri Peskow, Walentina Matwijenko, Dmitri Medwedew und Sergej Lawrow. Diese Aussagen repräsentieren direkt die Machtstrukturen des Staates und die enge Verbindung von Politik, Religion und nationaler Identität.

Die Quellen stammen aus renommierten Online-Zeitungen und Nachrichtenportalen wie „Smotrim“, „BBC Russian“, „RBC“, „DW“, „Gazeta“, „Business Gazeta“, „Forbes“ und „Komsomolskaja Prawda“, wobei die Homogenität in der Berichterstattung auf eine enge Kontrolle und strategische Nutzung von Sprache und Diskurs hinweist.

Zusätzlich wurden relevante Gesetze, etwa das Gesetz zum Schutz religiöser Gefühle und das Gesetz über „ausländische Agenten“, in die Analyse einbezogen, da sie die staatliche Reaktion auf die Pussy-Riot-Aktion verdeutlichen und die institutionalisierte Reproduktion hegemonialer Diskurse zeigen.

Ebenso spielen juristische Dokumente wie das Urteil im Fall Nr. 1-107/12 des Moskauer Chamowniki-Gerichts und das Gerichtsverfahren im Fall Pussy Riot, eine Rolle, da sie die offizielle Interpretation der Ereignisse und die Legitimierung staatlicher Maßnahmen dokumentieren.

Die Medienreaktionen wurden anhand von drei Talkshows aus dem Jahr 2012 untersucht: „Pust' Govorjat“ (Lass sie reden), „Gosdep-2“ und „V Kontekste“ (Im Kontext). Diese Sendungen boten

unterschiedliche Perspektiven zu den Aktionen von Pussy Riot und beleuchteten die gesellschaftliche und politische Diskussion. Besonders relevant war die Darstellung der Balance zwischen Meinungsfreiheit und religiöser Respektierung sowie die politische und internationale Dimension der Protestaktion.

Für die diskursive Analyse wird auch der Text des Liedes von Pussy Riot sowie das Verhalten und die symbolische Inszenierung der Teilnehmerinnen während der Aktion berücksichtigt. Der Text des Liedes enthält zentrale subversive Botschaften und stellt eine Herausforderung hegemonialer Diskurse dar. Ebenso ist die visuelle Sprache des Protests, insbesondere die auffällige Kleidung und der Körperausdruck der Aktivistinnen, von Bedeutung.

Das gesamte Material wurde in russischer Sprache berücksichtigt, um die Diskurse authentisch und ohne Verzerrung durch Übersetzungen zu analysieren. Die Übersetzung ins Deutsche erfolgt eigenhändig, um die Nuancen und Bedeutungen der Originalaussagen präzise zu erfassen.

Insgesamt wurde das Material sorgfältig ausgewählt, um die Wechselwirkungen zwischen Diskurs, Macht und sozialer Praxis zu untersuchen. Es ermöglicht eine umfassende Analyse der Rolle von Sprache bei der Legitimation und Aufrechterhaltung autoritärer Machtstrukturen in Russland und beleuchtet die unterschiedlichen Dimensionen der Diskursproduktion und -rezeption.

5. Die historische Formierung staatlicher Diskurse und die staatlichen Reaktionen auf den Fall Pussy Riot

5. 1 Die Entwicklung und Etablierung staatlicher Diskurse vor dem Jahr 2012

Dieses Kapitel widmet sich der Analyse der staatlichen Reaktionen auf die Aktion der Gruppe Pussy Riot sowie der Formierung staatlicher Diskurse, die diesen Fall rahmen. Der Fokus liegt darauf, die diskursiven Strategien zu untersuchen, mit denen politische Akteure ihre Reaktionen legitimieren und bestehende Machtstrukturen festigen. Dabei werden sowohl Analyseergebnisse aus der Sekundärliteratur herangezogen als auch eigene Befunde vorgestellt, die auf der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Fairclough basieren.

Der analysierte Verlauf der Wahlereignisse von 2011 und die darauffolgenden politischen Entwicklungen und Folgen in Russland zeigen deutlich, dass in dieser Zeit verschiedene staatliche Diskurse und Normen entstanden sind. Diese Diskurse sind eng mit dem Bestreben der Behörden verbunden, die öffentliche Meinung zu kontrollieren, die politische Stabilität zu stärken und traditionelle Werte zu schützen. Sie entwickelten sich als Reaktion auf soziale und politische Herausforderungen und lassen sich in mehreren zentralen Strömungen zusammenfassen.

Mit dem Konzept der staatlichen Diskurse wird in dieser Arbeit verdeutlicht, dass bestimmte Diskurse und Vorstellungen bereits lange vor der Aktion von Pussy Riot fest etabliert waren. Diese Diskurse dienten nicht nur als Grundlage staatlicher Machtpraktiken, sondern formten auch die Wahrnehmung der sozialen und politischen Realität in der russischen Gesellschaft. Es ist daher essenziell, diese etablierten Diskurse zunächst zu beschreiben und zu analysieren, um ein fundiertes Verständnis der Mechanismen zu entwickeln, durch die sie in die Gesellschaft eingebettet wurden.

Diese Diskurse umfassen unter anderem Narrative wie den Schutz traditioneller Werte, die Bewahrung nationaler Interessen und die Verteidigung gesellschaftlicher Ordnung, die als Reaktion auf die wachsende gesellschaftliche Polarisierung und Unsicherheit in Russland verstärkt wurden.

Im zweiten Schritt der Analyse werden die staatlichen Reaktionen auf die Aktion von Pussy Riot untersucht. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie diese Diskurse im konkreten Fall weiter gestützt und instrumentalisiert wurden, um Formen des Widerstands zu delegitimieren. Anhand des Beispiels Pussy Riot wird dargelegt, wie bestehende Narrative nicht nur zur Stabilisierung autoritärer Strukturen dienen, sondern auch als strategisches Werkzeug genutzt werden, um oppositionelle

Positionen und alternative Diskurse zu marginalisieren oder zu unterdrücken. Insbesondere die Betonung traditioneller Werte und die Konstruktion einer Bedrohung durch abweichende Handlungen werden als zentrale Elemente analysiert, die die Rechtfertigung repressiver Maßnahmen ermöglichen.

Diese Herangehensweise ermöglicht es, die komplexen Wechselwirkungen zwischen staatlichen Diskursen und gesellschaftlichem Widerstand differenziert zu betrachten. Das Kapitel untersucht, wie solche Diskurse gezielt zur Aufrechterhaltung und Legitimation von Macht eingesetzt werden, indem sie den Handlungsspielraum oppositioneller Gruppen einschränken und gleichzeitig die staatliche Autorität stärken. Zudem wird deutlich, wie Diskurse über traditionelle Werte und moralische Ordnung im Fall Pussy Riot als Mittel eingesetzt wurden, um eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz für staatliche Repression zu schaffen.

5.1.1 Der „Stabilitätsdiskurs“ und die Kontrolle über Protestbewegungen

Die russische Regierung etablierte den sogenannten „Stabilitätsdiskurs“ als Reaktion auf die Massenproteste im Anschluss an die Parlamentswahlen 2011 durch eine Vielzahl gezielter Maßnahmen, die darauf abzielten, die öffentliche Wahrnehmung zu kontrollieren, oppositionelle Bewegungen zu delegitimieren und die staatliche Macht zu festigen (vgl. Greene 2014: 65 - 92). Dieser Diskurs wurde durch die systematische Nutzung staatlicher Medien, legislative Maßnahmen und symbolische Referenzen an politische Entwicklungen in anderen Ländern aufgebaut. Der „Stabilitätsdiskurs“ stellte die Erhaltung von Stabilität als höchsten gesellschaftlichen Wert dar, der unverzichtbar sei, um Chaos, Desintegration oder externe Einmischungen zu vermeiden. Dieser Diskurs wurde genutzt, um Proteste als Bedrohung für die politische und soziale Ordnung zu delegitimieren und staatliche Maßnahmen gegen oppositionelle Kräfte zu rechtfertigen (vgl.ebd.).

Ein zentrales Mittel zur Verbreitung des Stabilitätsdiskurses war die gezielte Nutzung staatlich kontrollierter Medien. Sender wie „Perwyj Kanal“ oder „Russia Today“ spielten eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung der Diskurse, dass Protestbewegungen eine Gefahr für die nationale Stabilität darstellten. Oppositionelle Akteure, wie Alexej Nawalny, wurden in diesen Medien häufig als „Agenten des Westens“ oder „Spalter der Gesellschaft“ dargestellt (vgl. Schröder 2023: 2 - 18). Ziel war es, das Vertrauen der Bevölkerung in die Legitimität und Motive der Protestbewegungen zu untergraben. Diese Strategie wurde durch die mediale Darstellung der sogenannten „Farbrevolutionen“ in anderen postsowjetischen Staaten ergänzt (vgl.ebd.). Ereignisse wie die

Orangene Revolution in der Ukraine oder die Rosenrevolution in Georgien wurden wiederholt als abschreckende Beispiele für die negativen Folgen eines politischen Wandels präsentiert. Die russische Regierung präsentierte sich in diesem Kontext als Hüter der Stabilität, der das Land vor ähnlichen Szenarien schützen müsse (vgl. Klein 2015).

Der Stabilitätsdiskurs wurde auch durch symbolische und rhetorische Mittel verstärkt, die an nationale und historische Ereignisse anknüpften. Die Regierung nutzte die Angst vor Chaos und Desintegration, die in der kollektiven Erinnerung der russischen Bevölkerung durch die wirtschaftliche und politische Unsicherheit der 1990er-Jahre tief verwurzelt ist. Die Wiederholung von Begriffen wie „Ordnung“, „Sicherheit“ und „nationale Einheit“ betonte die Notwendigkeit einer starken Regierung, um diese Werte zu schützen. Diese Strategie ermöglichte es der russischen Führung, sich als unverzichtbarer Garant für Stabilität und Sicherheit zu präsentieren, während sie gleichzeitig oppositionelle Bewegungen als destabilisierende Kräfte darstellte, die diese Errungenschaften bedrohten (vgl. Seitz 2020). Die Verbindung dieser Elemente schuf einen kohärenten Diskurs, der die Legitimität staatlicher Maßnahmen zur Unterdrückung von Protesten und zur Kontrolle der Zivilgesellschaft untermauerte. Der Stabilitätsdiskurs bot der russischen Regierung nicht nur ein Mittel zur Rechtfertigung repressiver Maßnahmen, sondern diente auch dazu, die Bevölkerung ideologisch zu mobilisieren und gegen alternative politische Diskurse abzuschotten. (vgl.ebd). Damit war der Stabilitätsdiskurs nicht nur eine Reaktion auf die Ereignisse von 2011, sondern auch ein Instrument der Machtsicherung, das tief in die Strukturen der politischen Kommunikation und der öffentlichen Meinungsbildung in Russland eingebettet ist.

5.1.2 Stärkung des Diskurses der „traditionellen Werte“

Als Reaktion auf die Herausforderungen, die durch die Massenproteste und die zunehmende bürgerliche Aktivität nach den Wahlen 2011 entstanden, begann die russische Regierung, den Diskurs der „traditionellen Werte“ gezielt zu stärken. Dieser Diskurs betonte Elemente wie Patriotismus, Orthodoxie und familiäre Werte und stellte diese als unverzichtbare Grundlage der russischen nationalen Identität dar (vgl. Schröder 2023: 2 - 18). Ziel dieses Diskurses war es, die Gesellschaft angesichts wachsender Unzufriedenheit zu einen und kulturelle sowie religiöse Symbole als Instrumente zur Legitimation staatlicher Macht zu nutzen (vgl.ebd.).

Die Regierung setzte gezielt auf die Förderung „traditioneller“ spiritueller und moralischer Normen, die nicht nur Unterstützung in konservativen Bevölkerungsschichten mobilisieren sollten, sondern

auch die Rechtfertigung für repressive Maßnahmen gegen abweichende Meinungen lieferten (vgl.ebd.). Dieser Diskurs ermöglichte es den Behörden, soziale und kulturelle Abweichungen als Bedrohung für die nationale Einheit darzustellen.

In diesem Kontext spielte die russisch-orthodoxe Kirche eine zentrale Rolle bei der Verankerung des Diskurses der traditionellen Werte. Patriarch Kirill, als einflussreicher Verbündeter des Kremls, betonte wiederholt die Bedeutung traditioneller spiritueller Werte für die Stabilität und Moral der Gesellschaft. In einer Erklärung aus dem März 2012 führte er aus: „Respekt vor traditionellen spirituellen Werten ist die Grundlage, ohne die es unmöglich ist, eine stabile und moralische Gesellschaft aufzubauen“ (Patriarch Kirill 2012). Patriarch Kirill geht in seinen Äußerungen so weit, die moralischen Werte über die Gesetzgebung zu stellen und ihnen eine übergeordnete Bedeutung für die gesellschaftliche Ordnung zuzuschreiben. In einer seiner Reden betonte er: „In unserer Gesellschaft halten die meisten Menschen immer noch an einem moralischen Konsens fest, aber es wird alles getan, um sicherzustellen, dass dieser moralische Konsens zerstört wird. Und wenn der moralische Konsens zerstört wird, welche Gesetze bleiben dann bestehen? Moral ist die einzige Grundlage, die heute unsere Gesellschaft und darüber hinaus die Menschheit vereinen kann.“ (Patriarch Kirill 2012). Diese Aussagen verdeutlichen die enge Verknüpfung zwischen dem Diskurs der traditionellen Werte und dem Stabilitätsdiskurs. Beide Diskurse zielten darauf ab, das autoritäre System als unverzichtbar für den Erhalt von Ordnung und moralischer Integrität darzustellen. Durch die Verbindung von rhetorischen Mitteln und kirchlicher Unterstützung gelang es der russischen Regierung, den Diskurs der traditionellen Werte effektiv im öffentlichen Raum zu etablieren.

Dieser Diskurs half nicht nur, die Legitimität der Regierung zu festigen, sondern auch, kritische Stimmen zu marginalisieren und oppositionelle Bewegungen zu schwächen, indem diese als Bedrohung für die kulturelle und moralische Integrität der Gesellschaft dargestellt wurden.

5.1.3 Förderung bürgerlicher Passivität

Die staatlichen Diskurse, die nach den Protesten von 2011-2012 etabliert wurden, spielten eine zentrale Rolle bei der Förderung einer Kultur der politischen Passivität und Depolitisierung in der russischen Gesellschaft. Durch die Kombination von Stabilitätsrhetorik, Betonung traditioneller Werte und einer allgegenwärtigen Darstellung äußerer Bedrohungen wurde ein gesellschaftliches

Klima geschaffen, in dem politisches Engagement zunehmend als riskant, unnötig und sogar schädlich dargestellt wurde (vgl. Halbach 2019: 15 - 17).

Ein zentrales Mittel zur Förderung dieser Haltung war die systematische Verknüpfung politischer Aktivität mit Chaos und Unsicherheit. Die regierungsnahen Medien und politische Eliten trugen dazu bei, eine Vorstellung zu etablieren, dass Loyalität gegenüber der Regierung und das Vermeiden von Konflikten den optimalen Weg darstellten, um gesellschaftliche Harmonie zu bewahren (vgl.ebd.). Der Politikwissenschaftler Hans-Henning Schröder argumentiert, dass staatlich propagierte Diskurse politische Beteiligung zunehmend mit Unordnung und Unsicherheit verknüpften, während Zurückhaltung und Passivität als Ausdruck von Vernunft und Loyalität gegenüber dem Staat präsentiert wurden (vgl. Schröder 2023).

Eine Schlüsselstrategie zur Verbreitung dieser Diskurse bestand in der staatlich geförderten Unterstützung unpolitischer Formen von bürgerlichem Engagement. Statt politisch ausgerichteter Bürgerinitiativen wurden Programme unterstützt, die sich auf karitative oder kulturelle Aktivitäten konzentrierten (vgl. Gelman 2015: 122 - 124). Diese Bemühungen lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf unstrittige und staatlich anerkannte Bereiche, wodurch die Vorstellung verstärkt wurde, dass politische Aktivitäten im Gegensatz zu apolitischen Engagementformen unerwünscht oder riskant seien. Die staatliche Initiative „Dobrovolzy Rossii“ (Freiwillige Russlands), die sich auf soziale Wohltätigkeitsprojekte konzentrierte, wurde beispielsweise von der Regierung stark beworben, während gleichzeitig regierungsunabhängige politische Projekte eingeschränkt wurden (vgl. Gelman 2015: 124).

Diese Diskurse, kombiniert mit strukturellen Einschränkungen und repressiven Maßnahmen, schufen ein Umfeld, in dem politische Beteiligung zunehmend als eine Aktivität wahrgenommen wurde, die die persönliche Sicherheit gefährden und keinen greifbaren Nutzen bringen könnte (vgl. Schröder 2023). Die Folgen dieser Strategie sind tiefgreifend. Politische Teilhabe und bürgerliches Engagement, die in demokratischen Systemen als wesentliche Bestandteile einer aktiven Zivilgesellschaft gelten, wurden in Russland nicht nur marginalisiert, sondern aktiv unterdrückt. Stattdessen förderte die Regierung eine Form der „staatlich gelenkten Gesellschaft“, in der Loyalität, Unterwerfung und die Abkehr von politischen Themen als normative Verhaltensmuster etabliert wurden (vgl.ebd.).

5.1.4 Der Diskurs der „souveränen Demokratie“

Der Begriff „souveräne Demokratie“ wurde maßgeblich von Wladislaw Surkow, einem einflussreichen politischen Berater und Ideologen des Kremls, im Jahr 2006 geprägt. Es diene als zentrales ideologisches Instrument, um die Legitimität der russischen Regierung zu stärken und sich von westlichen Demokratien abzugrenzen (vgl. Surkow 2006). Dieses Konzept stellte die Idee in den Vordergrund, dass Demokratie in Russland eigene, nationale Merkmale haben müsse, die nicht zwingend den universellen Standards westlicher Staaten entsprechen. Durch diesen Diskurs wurde eine duale Strategie verfolgt: einerseits die Ablehnung westlicher Kritik und andererseits die Rechtfertigung innenpolitischer Repressionen (vgl.ebd.)

In einem seiner Aufsätze beschreibt Wladislaw Surkow das Konzept der „souveränen Demokratie“ als ein demokratisches System, das speziell auf die kulturellen und historischen Besonderheiten Russlands abgestimmt ist und gleichzeitig die nationale Souveränität vor äußeren Einflüssen schützt (vgl.ebd.) Diese Definition bot eine theoretische Grundlage, um die Regierungsweise des Kremls als legitime, wenngleich von westlichen Modellen abweichende Form der Demokratie darzustellen.

Die Anwendung dieses Diskurses zeigte sich auf mehreren Ebenen:

- 1. Kritik an westlichen Staaten:** Die staatlichen Medien und Offizielle nutzten das Konzept der „souveränen Demokratie“, um westliche Demokratien als heuchlerisch und instabil zu kritisieren (vgl. Scholl 2006: 58 - 59). Häufig wurden Beispiele wie die Finanzkrise von 2008 oder die sozialen Unruhen in Europa und den USA zitiert, um die „Fehler“ westlicher Demokratien hervorzuheben. Diese Rhetorik diene dazu, den Eindruck zu erwecken, dass Russland ein eigenständiges, überlegeneres Modell entwickelt habe, das den spezifischen Bedürfnissen des Landes gerecht wird (vgl.ebd.).
- 2. Abwehr westlicher Einmischung:** Der Diskurs wurde auch verwendet, um ausländische Kritik an innenpolitischen Maßnahmen als illegitime Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands darzustellen. Insbesondere Vorwürfe von Wahlfälschungen und Repressionen gegen Oppositionelle wurden mit der Argumentation zurückgewiesen, dass solche Vorwürfe Teil eines westlichen Plans zur Destabilisierung Russlands seien. So erklärte Präsident Wladimir Putin in einer Rede 2012: „Unsere Demokratie wird von unseren nationalen Interessen bestimmt, nicht von den Forderungen fremder Regierungen“ (Kremlin 2012)

3. Legitimierung autoritärer Praktiken: Die „souveräne Demokratie“ diente als

Rechtfertigung für Maßnahmen, die unter anderen Umständen als undemokratisch betrachtet worden wären. Die Regierung begründete solche Maßnahmen mit der Notwendigkeit, die Souveränität und Demokratie vor ausländischen Einflussversuchen zu schützen (vgl. Dollbaum 2015).

Diese Strategie trug dazu bei, die Bevölkerung in zwei Lager zu spalten: Unterstützer der „souveränen Demokratie“, die in ihr eine Verteidigung gegen äußeren Druck und einen Ausdruck nationaler Identität sahen, und Kritiker, die das Konzept als ideologischen Deckmantel für autoritäre Herrschaft betrachteten.

Das Konzept der „souveränen Demokratie“ spiegelt somit nicht nur den Versuch der russischen Regierung wider, ihre Legitimität zu sichern, sondern auch eine tiefere ideologische Verschiebung hin zu einer Betonung von Autonomie und Souveränität, die über universelle demokratische Werte gestellt wird.

5.1.5 Diskurs der „patriotischen Mobilisierung“

Der Diskurs der patriotischen Mobilisierung hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Element der politischen Rhetorik in Russland entwickelt. Er basiert auf der Idee, dass Loyalität zur Nation, die Verteidigung nationaler Interessen und die Wahrung der Souveränität über individuelle Rechte und Freiheiten gestellt werden müssen. In Zeiten politischer Spannungen und internationaler Konflikte dient dieser Diskurs als mächtiges Werkzeug, um die Bevölkerung hinter der Regierung zu vereinen und Kritik zu delegitimieren (vgl. Laruelle 2021: 5 - 7).

Ein Hauptmechanismus des Diskurses ist die Verbindung zwischen nationaler Identität und der Wahrnehmung externer Bedrohungen. Die Regierung nutzt gezielt Diskurse, die darauf abzielen, Kritik an der herrschenden politischen Ordnung oder Regierung als „unpatriotisch“ oder gar als „Verrat“ darzustellen. Diese Diskurse trugen wesentlich dazu bei, die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierung zu mobilisieren und die Opposition zu diskreditieren, die sich gegen diese Politik aussprach (vgl. ebd.).

Darüber hinaus wird die westliche Kritik an der russischen Politik häufig als „imperialistische Einmischung“ dargestellt. Wie Laruelle in ihrem Buch erläutert, wird die Opposition durch solche Rhetorik in den Augen der Öffentlichkeit zu einem Teil einer vermeintlichen westlichen Kampagne gegen Russland (vgl. Laruelle 2021: 85 - 90).

Ein weiterer zentraler Mechanismus dieses Diskurses ist die Förderung patriotischer Erziehung und die Vermittlung nationaler Werte. Schulen, Universitäten und öffentliche Institutionen wurden zunehmend zu Plattformen, auf denen patriotische Ideale propagiert werden. Dies umfasst sowohl Lehrpläne, die die russische Geschichte und Kultur in den Vordergrund rücken, als auch staatlich geförderte Programme, um Jugendliche an die „militärisch-patriotischen Traditionen“ Russlands heranzuführen (vgl. Laruelle 2021: 43 - 48).

Diese Maßnahmen zielen nicht nur darauf ab, die nationale Identität zu stärken, sondern dienen auch der politischen Mobilisierung. Patriotische Werte werden in Russland verstärkt als Werkzeug eingesetzt, um die Loyalität gegenüber der Regierung zu sichern. Durch die Betonung des Patriotismus in Bildung und Medien wird sowohl die nationale Identität gefördert als auch ein politischer Konsens geschaffen, der die Regierungsagenda unterstützt (vgl.ebd.).

Der Diskurs der patriotischen Mobilisierung dient der russischen Regierung als effektives Mittel, um die politische Unterstützung zu sichern und Kritik zu unterdrücken. Die Betonung nationaler Identität, die Darstellung äußerer Bedrohungen und die Vermittlung patriotischer Werte schaffen eine ideologische Grundlage, die Loyalität zur Regierung als moralische Pflicht erscheinen lässt. Gleichzeitig wird die Opposition systematisch delegitimiert, indem sie als unpatriotisch und fremdgesteuert gebrandmarkt wird.

Die Darstellung der staatlichen Diskursstrategien verdeutlicht, wie die russische Regierung nach den Protesten von 2011-2012 zentrale Narrative und Strategien entwickelte, um politische Stabilität zu sichern, gesellschaftliche Kontrolle auszuüben und oppositionelle Bewegungen zu marginalisieren. Diese Diskurse – etwa der Schutz traditioneller Werte, die Betonung von Loyalität und die Förderung bürgerlicher Passivität – schufen eine ideologische Grundlage, die nicht nur das autoritäre Machtgefüge legitimierte, sondern auch als Werkzeug zur Steuerung gesellschaftlicher Dynamiken diente.

Durch die Kombination von Rhetorik, legislativen Maßnahmen und symbolischer Unterstützung durch Institutionen wie die russisch-orthodoxe Kirche gelang es dem Staat, bestehende Machtstrukturen zu festigen und alternative Diskurse zu unterdrücken. Diese Strategien wurden nicht isoliert angewendet, sondern eingebettet in eine umfassendere politische Agenda, die darauf abzielte, abweichende Meinungen als Bedrohung für die nationale Einheit und kulturelle Integrität zu rahmen.

Im nächsten Schritt wird untersucht, wie diese staatlichen Diskurse konkret auf die Aktion von Pussy Riot angewandt und instrumentalisiert wurden. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie die beschriebenen Strategien genutzt wurden, um die Performance von Pussy Riot zu delegitimieren, oppositionelle Positionen zu schwächen und die gesellschaftliche Akzeptanz repressiver Maßnahmen zu erhöhen. Die Analyse des Falls Pussy Riot ermöglicht eine vertiefte Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen diskursiven Praktiken und staatlicher Macht.

5.2 Analyse der staatlichen Reaktionen auf die Protestaktion in der Moskauer Christ-Erlöser Kathedrale

Die Aktion der feministischen Punk-Rock-Gruppe Pussy Riot in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale am 21. Februar 2012 stellt ein Schlüsselereignis dar, das tiefgreifende gesellschaftliche und politische Konflikte in Russland sichtbar gemacht hat. Im Rahmen der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Norman Fairclough wird untersucht, wie staatliche Akteure den Vorfall diskursiv gerahmt haben, um hegemoniale Positionen zu stärken und soziale Machtverhältnisse zu reproduzieren.

Im Rahmen der Analyse der staatlichen Reaktionen auf die Aktion der Band Pussy Riot sowie der Äußerungen hochrangiger politischer Akteure im Jahr 2012 wurden zentrale diskursive Kategorien identifiziert. Diese Kategorien spiegeln die Strategien wider, die zur Rahmung der Aktion und zur Legitimation staatlicher Maßnahmen herangezogen wurden. Jede Kategorie beleuchtet spezifische Aspekte der Diskurse und verdeutlicht, wie Sprache und Rhetorik genutzt wurden, um gesellschaftliche Wahrnehmungen zu formen und politische Ziele zu verfolgen.

Eine der zentralen Kategorien ist die moralische Einstellung, die sich durch Begriffe wie „abscheulich“, „unmoralisch“ und „empörend“ manifestiert. Diese Begriffe positionieren die Aktion von Pussy Riot als moralische Grenzüberschreitung und rahmen sie als Verstoß gegen gesellschaftlich anerkannte Werte. Die Bedeutung dieser Kategorie liegt vor allem in der Legitimation von Kontrolle, indem die moralische Verurteilung der Aktion die staatliche Repression als Reaktion auf eine vermeintliche Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung rechtfertigt.

Eine weitere zentrale Kategorie ist die Religion. Die betont die Verletzung spiritueller und kultureller Werte durch Begriffe wie „Schändung eines heiligen Ortes“ oder „Verletzung religiöser Gefühle“. Diese sprachliche Rahmung verknüpft staatliche Macht mit der Verteidigung religiöser

Traditionen und hebt die orthodoxe Kirche als moralische Autorität hervor. Die Bedeutung dieser Kategorie zeigt sich in der Sakralisierung der Staatsmacht, da die Verbindung zwischen staatlicher Autorität und der russisch-orthodoxen Kirche die Legitimation staatlicher Maßnahmen moralisch und spirituell untermauert.

Die dritte identifizierte Kategorie ist die Rechtsstaatlichkeit. Diese Kategorie betont die Unabhängigkeit der Justiz und verschiebt die Verantwortung für die Beurteilung des Falls auf juristische Institutionen. Die Bedeutung dieser Kategorie liegt insbesondere in der Entpolitisierung der staatlichen Reaktion, da die Betonung der Rechtsstaatlichkeit mögliche politische Motive verschleiert und die Maßnahmen, als neutral und objektiv darstellt.

Die hegemoniale Strategie stellt eine weitere bedeutende Kategorie dar, die sich vor allem durch die Konstruktion eines gesellschaftlichen Konsenses und die Marginalisierung oppositioneller Stimmen auszeichnet. Diese Kategorie zeigt, wie der Staat seine Macht als natürlich, alternativlos und vom Volk gewünscht darstellt.

Die letzte Kategorie ist die Legitimation der Maßnahmen, die auf Vergleichen mit anderen Ländern basiert und Argumente nutzt, um die eigenen Maßnahmen zu relativieren und Kritik an der staatlichen Reaktion abzuschwächen. Durch solche Vergleiche werden die russischen Maßnahmen relativiert und als moderat und verhältnismäßig präsentiert, was die internationale Kritik an der staatlichen Reaktion zu entkräften versucht.

Die Analyse erfolgt in drei Ebenen: Textanalyse, Analyse der diskursiven Praxis und Analyse der sozialen Praxis. Im Fokus stehen die diskursiven Strategien zentraler staatlicher Akteure wie Wladimir Putin, Dmitri Medwedew, Dmitri Peskow, Sergej Lawrow und Walentina Matwijenko sowie deren Veräußerungen über den Fall.

5.2.1 Textanalyse: Linguistische und semantische Ebenen

Die sprachliche Analyse staatlicher Äußerungen im Fall Pussy Riot zeigt eine gezielte Nutzung moralischer, religiöser und politischer Begriffe zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und Legitimation staatlicher Reaktionen.

Dmitri Peskow, Pressesprecher Putins, bezeichnete die Aktion als „abscheulich“ (vgl. Smotrim 2012), womit eine starke moralische Abwertung erfolgte. Diese Wortwahl verortet den Protest außerhalb gesellschaftlicher Normen und stellt ihn als Angriff auf fundamentale Werte dar. Ähnlich

äußerte sich Walentina Matwijenko, die die Aktion als „empörend und unmoralisch“ kritisierte, aber dennoch eine Freilassung der Aktivistinnen befürwortete (vgl. Gazeta 2012).

Dmitri Medwedew ging in seiner Kritik noch weiter und sprach von „Ekel“ und „Hysterie“ (vgl. Krivyakina 2012), womit er eine starke emotionale Distanz schuf. Auch Putin betonte die „Verletzung der religiösen Gefühle“ (vgl. Smotrim 2012) und rahmte die Aktion als ernsthafte gesellschaftliche Störung. Seine Aussage, dass in islamischen Staaten oder Israel härtere Strafen gedroht hätten (BBC Russian 2012), relativierte die russische Reaktion und stellte sie als gemäßigt dar.

Die Bezeichnung der Aktion als „Schändung eines heiligen Ortes“ (RBC 2012) verstärkte die religiöse Dimension des Diskurses. Zudem verwies Putin auf die sowjetische Vergangenheit und argumentierte, der Staat müsse Gläubige schützen, um historische Fehler nicht zu wiederholen (vgl. Imamgayazova 2012).

5.2.2 Diskursive Praxis: Produktion und Reproduktion des Diskurses

Die Produktion des Diskurses im Fall Pussy Riot ist stark durch die Verflechtung staatlicher Akteure mit medialen Plattformen geprägt. Die analysierten Materialien, veröffentlicht in Online-Medien wie „Smotrim“, „BBC Russian“, „RBC“, „DW“, „Gazeta“, „Business Gazeta“, „Forbes“ und „Komsomolskaja Prawda“, zeigen eine bemerkenswerte Homogenität in der Berichterstattung. Auffällig ist dabei, dass alle weiteren Online-Plattformen diese Inhalte und Aussagen oft identisch reproduzieren. Die starke Ähnlichkeit der veröffentlichten Inhalte deutet darauf hin, dass die staatlichen Akteure den Diskurs gezielt steuern. Indem zentrale Narrative von einer kleinen Anzahl Plattformen verbreitet und von anderen Medien wiederholt werden, entsteht ein kontrollierter und einheitlicher Diskurs. Die Homogenität in der Berichterstattung schränkt die Vielfalt der Perspektiven und Interpretationen ein. Dies verhindert eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Fall und etabliert eine dominante Interpretation, die staatliche Interessen und hegemoniale Diskurse begünstigt.

Ein weiteres wesentliches Merkmal der diskursiven Praxis ist die gezielte Nutzung direkter Zitate hochrangiger Politiker zur Reproduktion und Legitimation dominanter Diskurse. Besonders auffällig ist, dass diese direkten Zitate oft unkritisch übernommen und in den Berichterstattungen als unanfechtbare Referenzpunkte genutzt werden. Durch diese Praxis wird eine Form der diskursiven Kontrolle etabliert, bei der die Wahrnehmung des Falls Pussy Riot nicht durch eine

pluralistische Auseinandersetzung, sondern durch die wiederholte Reproduktion offizieller Statements geformt wird.

Die zentrale Strategie in der diskursiven Praxis bestand in der kontinuierlichen Bezugnahme auf moralische und religiöse Werte. So betonten hochrangige Akteure wie Dmitri Peskow und Wladimir Putin wiederholt die „Verletzung religiöser Gefühle“ (Smotrim 2012) und die „Schändung eines heiligen Ortes“ (RBC 2012). Diese Begriffe wurden nicht nur von staatlichen Akteuren verwendet, sondern auch in den medialen Diskurs integriert, wodurch die Narrativbildung verstärkt wurde. Beispielsweise bezeichnete Putin die Aktion von Pussy Riot in Interviews und öffentlichen Statements als „moralische Provokation“ und führte aus, dass sie die „moralischen Grundlagen der Gesellschaft untergraben“ (vgl. RBC 2012). Diese Aussagen wurden in den Medien prominent platziert und dienten dazu, den Fokus der öffentlichen Debatte von der politischen Botschaft der Band auf deren vermeintliche Verletzung religiöser und kultureller Normen zu verschieben. In einer Erklärung hob Dmitri Lawrow hervor, dass die Aktion von Pussy Riot als „übermütiges Ausdrucksverhalten der Meinungsfreiheit“ wahrgenommen werden könne, dieses jedoch „in der russischen Gesellschaft keine Akzeptanz finden könne“ (vgl. Business Gazeta 2012). Diese Argumentation verknüpfte die Kritik an der Aktion mit kulturell-moralischen Normen, die von staatlicher Seite als schützenswert dargestellt wurden.

Eine weitere wichtige diskursive Praxis war die gezielte Rahmung des Falls als rechtliches und nicht politisches Problem. Dmitri Peskow, Putins Pressesprecher, betonte mehrfach, dass „nur ein Gericht eine endgültige Entscheidung treffen könne“ (vgl. Smotrim 2012). Diese Betonung der Rechtsstaatlichkeit wurde strategisch genutzt, um den Fall in einen rechtlichen Rahmen zu verlagern und so den politischen Charakter der Aktion zu entpolitisieren. Dmitri Lawrow unterstützte diese Narrative, indem er in einer öffentlichen Erklärung darauf hinwies, dass „eine Einmischung in die Arbeit der Gerichte unzulässig sei“ (vgl. Forbes 2012). Diese Aussagen zielen darauf ab, die Legitimität staatlicher Maßnahmen durch die Bezugnahme auf juristische Verfahren zu stärken und gleichzeitig Kritik an der Regierung als Einmischung in die Unabhängigkeit der Justiz darzustellen. Wladimir Putin unterstützte diese Position, indem er erklärte, dass er auf eine „richtige und begründete Entscheidung des Gerichts“ hoffe (vgl. BBC Russian 2012). Diese Aussage wurde medial breit rezipiert und vermittelte das Bild eines Staatsoberhauptes, der die Unabhängigkeit der Justiz respektiert. Tatsächlich jedoch wurde die juristische Rahmung genutzt, um die politischen Implikationen des Falls zu entpolitisieren und die Maßnahmen gegen Pussy Riot als notwendige rechtliche Konsequenz darzustellen.

Die diskursive Praxis im Fall Pussy Riot zeigt, wie eng politische Macht mit medialen Narrativen verknüpft ist. Durch die Rahmung der Aktion als moralisches und rechtliches Problem wurde die hegemoniale Position des Staates gestärkt, während alternative Interpretationen aktiv delegitimiert wurden. Die mediale und diskursive Inszenierung des Falls diene nicht nur der Rechtfertigung staatlicher Maßnahmen, sondern auch der Stabilisierung gesellschaftlicher Normen und Werte, die eng mit der orthodox-religiösen Identität Russlands verknüpft sind.

Zusammenfassend zeigt die Analyse, dass die Produktion und Reproduktion des Diskurses im Fall Pussy Riot durch eine enge Zusammenarbeit staatlicher Akteure und Medienplattformen geprägt war. Die strategische Rahmung durch moralische, religiöse und rechtliche Argumente diene der Entpolitisierung der Aktion und der Stabilisierung eines hegemonialen Diskurses, der traditionelle Werte und die staatliche Ordnung betont.

5.2.3 Soziale Praxis: Ideologie und Macht

Auf der Ebene der sozialen Praxis wird der Diskurs im Spannungsfeld zwischen Staat, Religion und Gesellschaft verortet. Der Fall Pussy Riot zeigt exemplarisch, wie staatliche Macht durch die Einbindung religiöser Diskurse legitimiert wird. Die Beschreibung der Aktion als „Provokation“ und „Beleidigung“ spiegelt die Ideologie eines Staates wider, der traditionelle Werte und religiöse Normen zur Stützung seiner Legitimität nutzt.

Die staatliche Strategie basiert auf der Konstruktion eines dualistischen Diskurses: einerseits die Verteidigung kultureller und moralischer Stabilität, andererseits die Inszenierung von Pussy Riot als Bedrohung dieser Stabilität. Putins wiederholte Betonung, dass die Mehrheit der russischen Bürger seine Position teile illustriert den Versuch, staatliche Macht durch die Behauptung einer gesellschaftlichen Konsensbildung zu festigen: „Die Mehrheit der Bürger teilt meine Position.“ (RBC 2012).

Ein weiterer zentraler Aspekt der sozialen Praxis ist die strategische Verknüpfung von staatlicher Macht mit religiöser Ideologie. Die russisch-orthodoxe Kirche wird in den staatlichen Diskurs als moralische Autorität eingebunden, deren Schutz eine essenzielle Aufgabe des Staates darstellt. Wladimir Putin betonte wiederholt, dass der Schutz der „religiösen Gefühle“ der Gläubigen eine Priorität sei, um Fehler der sowjetischen Vergangenheit – insbesondere die Unterdrückung der Religion – zu vermeiden (vgl. Imamgayazova 2012). Diese historische Referenz verleiht der staatlichen Reaktion eine zusätzliche moralische Dimension, indem sie den Schutz der Orthodoxie

als Wiederherstellung einer „natürlichen Ordnung“ darstellt, die durch die atheistische Politik der Sowjetunion zerstört wurde.

Die soziale Praxis im Fall Pussy Riot zeigt, wie staatliche Macht durch die Schaffung hegemonialer Diskurse gestärkt wird, die auf der Verteidigung traditioneller Werte und der Marginalisierung abweichender Meinungen basieren. Die Rahmung der Aktion als moralischen und religiösen Angriff trug maßgeblich zur Polarisierung der Gesellschaft bei, indem säkulare und liberale Perspektiven als antagonistisch zu den „wahren“ russischen Werten dargestellt wurden. Diese Strategie erlaubt es dem Staat, sich als Hüter der nationalen Identität zu positionieren und gleichzeitig oppositionelle Bewegungen als kulturell fremd oder sogar destruktiv zu brandmarken.

Zusammenfassend zeigt die Analyse der sozialen Praxis, dass der Fall Pussy Riot nicht nur als juristisches oder politisches Ereignis zu verstehen ist, sondern als Ausdruck eines umfassenderen ideologischen Projekts, das auf der Verflechtung von Staat, Religion und Gesellschaft basiert. Dieses Zusammenspiel verdeutlicht, wie soziale Praktiken zur Stabilisierung und Durchsetzung ideologischer Machtstrukturen beitragen.

5.3 Diskussion der Analyseergebnisse

Die Stellungnahmen führender Vertreter staatlicher Institutionen im Zusammenhang mit dem Fall der Gruppe Pussy Riot reflektieren nicht nur subjektive Positionen, sondern sind integraler Bestandteil einer strategischen Konstruktion und Steuerung diskursiver Praktiken. Sie verkörpern das strategische Instrumentarium, mit dem bereits bestehende staatliche Diskurse bestätigt, vertieft und genutzt werden. Diese Diskurse, die lange vor der Aktion von Pussy Riot fest etabliert waren, spielen eine Schlüsselrolle in der Legitimation und Durchsetzung autoritärer Machtstrukturen. Sie wirken als stabile Grundlage, auf der staatliche Reaktionen auf oppositionelle Aktionen aufgebaut werden können, und dienen gleichzeitig der Delegitimierung jeglicher Formen des Widerstands. Das knüpft an Rutland (2014) an, der die staatlich forcierte Remaskulinisierung als ideologische Klammer von Nationalidentität und Patriarchat herausarbeitet. Darüber hinaus zeigt meine Analyse, wie diese Ideologie in Regierungsäußerungen als konsistente Referenzstruktur genutzt wird, um oppositionelle Akteure systematisch als normabweichend zu rahmen.

Diese Praktiken dienen der Etablierung und Festigung sozialer Normen, die sich flexibel an die politische Agenda und Machtstrukturen der Russischen Föderation anpassen. In diesem

Zusammenhang ist es essenziell, die Mechanismen zu untersuchen, durch die staatliche Akteure solche Diskurse generieren, lenken und durchsetzen.

Die Rhetorik der Verteidigung „traditioneller Werte“ stellt in diesem Prozess ein zentrales Element dar. Im Anschluss an Sperling (2014) und Rutland (2014) zeigt meine Analyse, dass die Berufung auf „traditionelle Werte“ eine zentrale Ressource politischer Legitimation in Russland darstellt. Die Auswertung der Regierungsäußerungen belegt, dass dieser Wertebezug regelmäßig moralische Argumente mit sicherheitspolitischen Begründungen verknüpft und abweichende Positionen als Gefahr für die öffentliche Ordnung einstuft. Insbesondere politische Führungsfiguren wie Präsident Wladimir Putin betonen systematisch die potenziellen Gefahren, die von Gruppen wie Pussy Riot ausgehen könnten, für die Bewahrung der moralischen und kulturellen Fundamente des russischen Gesellschaftsmodells. Durch die Konstruktion einer vermeintlichen Bedrohung der moralischen Ordnung wird ein klar definierter „Feind“ geschaffen, dessen Bekämpfung nicht nur als notwendig, sondern als unabdingbar für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Stabilität dargestellt wird.

Vor der Aktion von Pussy Riot waren Diskurse über die Bewahrung traditioneller Werte, den Schutz nationaler Interessen und die Aufrechterhaltung von Ordnung in der russischen Gesellschaft tief verwurzelt. Diese Narrative hatten sich in einem sozialen und politischen Kontext entwickelt, der von Unsicherheit und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung geprägt war. In diesem vorstrukturierten Rahmen wurde Pussy Riot schnell als Katalysator genutzt, um bestehende Diskurse zu aktualisieren und weiter zu festigen.

Besonders auffällig in diesem Diskurs ist die selektive Bezugnahme auf internationale Kontexte, etwa in der Behauptung, dass die Mitglieder der Band in anderen Ländern wie Israel oder in islamisch geprägten Regionen des Kaukasus mit erheblich strengeren Strafen hätten rechnen müssen. Eine solche Argumentation verfolgt eine doppelte Zielsetzung: Einerseits legitimiert sie die staatlichen Maßnahmen in Russland, indem sie auf eine vermeintlich mildere Behandlung hinweist. Andererseits suggeriert sie die universelle Gültigkeit traditioneller moralischer Standards, die unabhängig von kulturellen oder rechtlichen Kontexten verteidigt werden müssen. Dabei werden jedoch implizit doppelte Standards sichtbar, da die Beurteilung der moralischen Unzulässigkeit von Handlungen nicht konsequent angewandt wird, sondern kontext- und interessenabhängig variiert.

Empathie und strategische Skalierung in der politischen Rhetorik stellen wesentliche Elemente dar, die die öffentliche Wahrnehmung und das institutionelle Handeln prägen. Wenn Wladimir Putin in seinen Aussagen Empathie zeigt und die Hoffnung auf ein „begründetes“ Urteil durch die Justiz

äußert, so ist dies Teil einer umfassenderen Strategie zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Durch die Inszenierung von Menschlichkeit versucht der Präsident, sein öffentliches Image zu moderieren und eine breitere Unterstützung insbesondere aus jenen Bevölkerungsschichten zu gewinnen, die skeptisch gegenüber harten politischen Maßnahmen eingestellt sind.

Diese Taktik trägt zur Konstitution eines Diskurses bei, der die Notwendigkeit von „vernünftigen“ und ausgewogenen Entscheidungen in konfliktbehafteten Situationen betont. Gleichzeitig wird das Bild des Staates als eine souveräne und reflektierte Institution gefestigt, die in der Lage ist, differenziert zwischen moralischen und rechtlichen Fragestellungen zu agieren. Diese diskursive Strategie verbindet symbolische Gesten des Verständnisses mit der Verteidigung staatlicher Autorität und schafft dadurch ein Gleichgewicht zwischen Härte und Gnade.

Die Analyse der Rhetorik anderer hochrangiger Persönlichkeiten wie Walentina Matwijenko und Dmitri Medwedew offenbart eine Bandbreite von Ansätzen zur Diskussion über die Angemessenheit von Strafen. Während die Meinungen in Nuancen divergieren, bleibt der gemeinsame Fokus auf der Notwendigkeit der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherstellung der Unausweichlichkeit von Strafe in Verbindung mit dem Respekt vor grundlegenden Menschenrechten. Matwijenko argumentiert beispielsweise für Milde und signalisiert Verständnis für humanitäre Prinzipien, während Medwedew trotz persönlicher Abneigung gegenüber den Aktionen von Pussy Riot die Strenge der Strafen infrage stellt.

Diese heterogenen Perspektiven tragen dazu bei, einen staatlichen Diskurs zu etablieren, der die Balance zwischen der Durchsetzung gesellschaftlicher Normen und der Demonstration von Menschlichkeit und Flexibilität in der Rechtsprechung betont. Der Rückgriff auf humanistische Werte innerhalb dieses Diskurses dient nicht nur der Legitimation staatlicher Maßnahmen, sondern positioniert die politische Führung als Bewahrer einer sozialen Ordnung, die gleichermaßen auf traditionellen Werten und modernen Prinzipien der Gerechtigkeit basiert.

Die Konstruktion informeller Normen innerhalb diskursiver Praktiken, die sich um die Konzepte „Traditionelle Werte“ und „Schutz nationaler Interessen“ drehen, ermöglicht es der russischen Regierung, ungeschriebene Verhaltensregeln zu etablieren. Diese Regeln definieren die Grenzen sozial akzeptierter Interaktionen und marginalisieren Handlungen, die von diesen Normen abweichen. Aktionen wie die radikalen Proteste der Gruppe Pussy Riot werden in diesem Rahmen nicht als legitime Ausdrucksformen von Kreativität oder Protest anerkannt, sondern als Abweichungen, die durch soziale und kulturelle Repression korrigiert werden müssen. Ein solches

Verhalten wird nicht selten als Verrat an den nationalen Interessen interpretiert, was dazu beiträgt, diese Handlungen in der öffentlichen Wahrnehmung zu delegitimieren.

Dieser Diskurs bildet die Grundlage für die Legitimierung repressiver Maßnahmen. Wie auch Bernstein (2013) zu dem Schluss kommt, werden Proteste wie jene von Pussy Riot nicht als legitime Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit verstanden, sondern als Störfaktoren, die die gesellschaftliche Ordnung gefährden. Indem der Staat diese Handlungen als Bedrohung der nationalen Stabilität inszeniert, schafft er die Grundlage, sein repressives Vorgehen als notwendig und gerechtfertigt darzustellen. Auf diese Weise wird nicht nur die Notwendigkeit von Strafen, sondern auch die moralische Überlegenheit des Staates betont, der sich als Hüter gesellschaftlicher Harmonie präsentiert.

Persönliche und öffentliche Stellungnahmen von politischen Führungspersonlichkeiten spielen eine zentrale Rolle in diesem diskursiven Rahmen. Die emotionale Rhetorik, wie sie beispielsweise von Dmitri Medwedew geäußert wurde, der seine Abscheu über die Handlungen von Pussy Riot offen bekundete, trägt zur Konstruktion eines Bildes bei, das sowohl die Strenge als auch die Menschlichkeit der Staatsführung hervorhebt. Diese Form der Rhetorik dient dazu, den Staat als kompromisslos in der Verteidigung traditioneller Werte, aber zugleich als emotional ansprechbar und verständnisvoll darzustellen. Dies schafft einen diskursiven Raum, in dem Repressionen als notwendig und moralisch gerechtfertigt erscheinen, während sie gleichzeitig als Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen rationalisiert werden.

Die Analyse solcher Äußerungen zeigt, wie offizielle Diskurse und soziale Normen als Werkzeuge der Machtausübung genutzt werden. Die politische Elite verwendet bewusst eine Sprache mit mehrschichtigen Bedeutungen, um ihre Machtposition zu stärken. Durch die Betonung der Notwendigkeit, traditionelle Werte zu schützen, durch die Konstruktion klarer Feindbilder und durch die Rechtfertigung repressiver Maßnahmen als notwendige Mittel zum Schutz öffentlicher Interessen wird ein diskursiver Raum geschaffen, der die öffentliche Meinung in gewünschte Bahnen lenkt.

Die bereits etablierten Diskurse spielten eine entscheidende Rolle dabei. Sie bildeten den konzeptionellen Rahmen, innerhalb dessen Protestaktionen wie die von Pussy Riot nicht als legitime Formen des Widerstands, sondern als Angriffe auf die gesellschaftliche Ordnung interpretiert wurden. Gleichzeitig schufen sie die narrative Grundlage für die Einführung

repressiver Maßnahmen, die weit über den konkreten Fall hinausreichen und bis heute Auswirkungen auf die russische Gesellschaft haben.

Es ist bemerkenswert, dass die Anzahl öffentlicher Äußerungen hochrangiger Vertreter des russischen Staates im Zusammenhang mit dem Protest von Pussy Riot überraschend gering ist. Vor Beginn der Analyse hätte man eine weitaus größere Zahl offizieller Stellungnahmen erwartet, insbesondere angesichts des öffentlichen und internationalen Interesses an dem Fall. Die vorhandenen Äußerungen wiederholen sich häufig in verschiedenen Internetquellen und Betonen immer wieder ähnliche Diskurse: die Notwendigkeit, traditionelle Werte zu schützen, und die Verurteilung von Handlungen, die als Angriff auf die nationale Moral und Ordnung interpretiert werden.

Der bestehende Forschungsstand zeichnet überwiegend den ideologischen Rahmen, Hinweise auf Geschlecht als Legitimationsressource oder untersucht isolierte Diskursstränge. Anders als diese Ansätze betrachtet meine Analyse die Regierungsrhetorik als in sich geschlossenes, strategisch abgestimmtes Gesamtgefüge. In den Äußerungen der Spitzenpolitiker lässt sich ein stabiles Fünf-Elemente-Repertoire identifizieren: (1) moralische Delegitimation, (2) religiöse Aufladung/Sakralisierung, (3) Verlagerung in einen Rechtsstaatlichkeits-Frame (Entpolitisierung), (4) Konstruktion gesellschaftlichen Konsenses und (5) selektive internationale Vergleichsbezüge, die Repression relativieren und als maßvoll rahmen. Entscheidend ist die Kombination dieser Elemente: moral und Religion markieren die Normgrenze, der Rechtsrahmen entpolitisiert, der behauptete Mehrheitswille liefert Legitimität, und der Auslandsvergleich erzeugt einen Mäßigungsanspruch.

Darüber hinaus zeigt die Auswertung zwei bislang unterbelichtete Mikromechanismen: erstens die Koexistenz von Mäßigungssignalen und Sanktionshärte innerhalb derselben Redemuster; zweitens der gezielte Einsatz weniger, besonders prominenter Leitstatements, die anschließend breit reproduziert werden und so den Deutungsrahmen vereinheitlichen. Auf diese Weise wird nicht nur der ideologische Hintergrund aufgegriffen, sondern die konkrete Arbeitsweise der Regierungsrhetorik differenziert herausgearbeitet.

5.3.1 Repression durch Gesetzgebung

Trotz der begrenzten Anzahl öffentlicher Stellungnahmen hinderte dies die russische Regierung nicht daran, eine Vielzahl von Gesetzen und politischen Maßnahmen zu ergreifen, die direkt oder indirekt mit diesem Protest in Verbindung stehen. Die geringe Anzahl offizieller Aussagen deutet

darauf hin, dass die Reaktion des Staates nicht primär auf eine offene Diskussion oder Debatte abzielte, sondern vielmehr auf die Konstruktion eines diskursiven Rahmens, der staatliche Maßnahmen rechtfertigen und alternative Stimmen marginalisieren sollte.

Nach dem Fall Pussy Riot im Jahr 2012 ergriff die russische Regierung eine Reihe legislativer Maßnahmen, die darauf abzielten, politische Aktivitäten zu kontrollieren, abweichende Meinungen zu marginalisieren und den Einfluss kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen einzuschränken.

Das Gesetz über „ausländische Agenten“, verabschiedet im Juli 2012, zielte darauf ab, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die aus dem Ausland finanziert werden und „politische Aktivitäten“ betreiben, zu registrieren und streng zu überwachen (vgl. Himmelspace 2022). NGOs, die diesen Status erhielten, mussten sich öffentlich als „ausländische Agenten“ deklarieren, ein Begriff mit stark negativer Konnotation, der in Russland oft mit Spionage assoziiert wird (vgl. ebd.). Dieses Gesetz erschwerte nicht nur die Arbeit zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen, sondern führte auch zur Schließung vieler Organisationen, da sie durch die Auflagen finanziell und logistisch erheblich belastet wurden.

Die kontroverse Aktion von Pussy Riot wurde von der Regierung als Anlass genommen, das Gesetz zum Schutz religiöser Gefühle zu verabschieden (vgl. Hinz 2013). Dieses Gesetz, das 2013 in Kraft trat, kriminalisiert öffentliche Handlungen, die die religiösen Gefühle von Gläubigen beleidigen. Verstöße können mit hohen Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren geahndet werden (vgl. ebd.). In der politischen und medialen Rhetorik wurde das Gesetz als notwendig dargestellt, um die gesellschaftliche Harmonie und den Respekt vor religiösen Institutionen zu gewährleisten.

Ebenfalls 2012 wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für öffentliche Versammlungen erheblich verschärft (vgl. Goncharenko & Winogradov 2012). Die Strafen für die Organisation oder Teilnahme an nicht genehmigten Protesten wurden drastisch erhöht. Dies zielte direkt auf die Protestbewegungen der Jahre 2011–2012 ab, die eine breite Opposition gegen das politische System Russlands mobilisiert hatten (vgl. ebd.). Die neuen Bestimmungen schufen ein Klima der Angst und trugen dazu bei, öffentliche Demonstrationen zu unterdrücken, indem sie sowohl für Organisatoren als auch für Teilnehmer hohe rechtliche und finanzielle Risiken schufen.

Ein weiteres Gesetz, das oft im Zusammenhang mit der Verteidigung traditioneller Werte steht, ist das sogenannte „Anti-Homosexuellen-Gesetz“, das 2013 verabschiedet wurde. Es verbietet die

Förderung nichttraditioneller sexueller Beziehungen gegenüber Minderjährigen und kriminalisiert damit faktisch jede positive oder neutrale Darstellung von LGBTQ+-Themen in der Öffentlichkeit (vgl. Spiegel 2013). Dieses Gesetz wurde als Schutz der moralischen und kulturellen Werte Russlands gerechtfertigt, führte jedoch zu einer Verschärfung der Diskriminierung von LGBTQ+-Personen und zu einer erheblichen Einschränkung der Meinungsfreiheit (vgl.ebd.).

In den Jahren nach 2012 wurde auch der digitale Raum zunehmend reguliert. Neue Gesetze erweiterten die Überwachungskapazitäten der Behörden und ermöglichten die Sperrung von Websites, die als extremistisch oder staatsfeindlich eingestuft wurden (vgl. Meister 2012). Betreiber sozialer Netzwerke und Internetanbieter wurden verpflichtet, Daten zu speichern und bei Bedarf an staatliche Stellen weiterzugeben (vgl.ebd.). Diese Maßnahmen zielten darauf ab, die Opposition und kritische Stimmen im Internet zu kontrollieren, das als wichtiger Mobilisierungsraum für Protestbewegungen identifiziert wurde (vgl.ebd.).

Die Diskrepanz zwischen der begrenzten öffentlichen Kommunikation und der umfangreichen legislativen Reaktion zeigt, wie effektiv der Staat seine Machtposition nutzen kann, um gesellschaftliche Diskurse zu formen und politische Kontrolle auszuweiten, ohne eine breite öffentliche Diskussion zu riskieren. Dies deutet darauf hin, dass der Staat den Fokus weniger auf die direkte Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch zahlreiche Erklärungen legt, sondern vielmehr auf die langfristige Institutionalisierung von Normen und Regeln, die kritisches Verhalten einschränken und die Machtstrukturen stabilisieren. Der Fall Pussy Riot diente dabei als Katalysator für eine verstärkte Durchsetzung dieser politischen und gesellschaftlichen Kontrolle.

6. Hegemoniale Diskurse und Machtstrukturen: Eine Analyse des Gerichtsverfahrens gegen Pussy Riot

Im Anschluss an bestehende Arbeiten zu Diskurs, Körperpolitik und Gender in autoritären Kontexten (u. a. Kananovich 2014; Bernstein 2013; Rutland 2014; Sperling 2014) fokussiert dieser Abschnitt das Gerichtsverfahren als Ort, an dem diese Makro-Ideologien prozessual sprachlich wirksam werden.

Zur Analyse der Konstruktion des hegemonialen Diskurses innerhalb der Exekutive ist es essenziell, das Urteil im Fall Pussy Riot genauer zu betrachten. Der Diskurs, der die Produktion von Texten im Gerichtssaal sowie die um das Gerichtsverfahren herum geführten Diskussionen strukturiert, ermöglicht es, zentrale Mechanismen der Macht und des Diskursaufbaus zu entschlüsseln. Dabei

wird ersichtlich, wie institutionelle Machtstrukturen durch die Organisation und Verteilung der sprachlichen und diskursiven Kontrolle gestaltet werden. Diese Prozesse führen dazu, dass nur jene Aussagen und Perspektiven artikuliert werden, die von den bestehenden Machtpositionen anerkannt und gefordert werden.

Im vorliegenden Fall nimmt die institutionelle Macht eine Schlüsselrolle ein, indem sie die Kompetenzen zur Produktion von Diskursen so verteilt, dass die dominanten Diskurse gestärkt und alternative Stimmen marginalisiert werden. Der Gerichtssaal fungiert hierbei als Schauplatz, an dem die Machtverhältnisse zwischen verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sichtbar gemacht und reproduziert werden. Die hier vorliegende Konfiguration weist eine klare Hierarchie auf: Legislative, Exekutive, das Gericht selbst und Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche – insbesondere des Patriarchats – dominieren die diskursive Landschaft. Ihre Positionen prägen nicht nur das Gerichtsverfahren, sondern auch die gesellschaftliche Wahrnehmung der Angeklagten und des gesamten Falls.

Andere Akteure, wie die Angeklagten selbst, werden innerhalb dieser Struktur systematisch zum Schweigen gebracht. Ihre Stimmen werden nicht nur im Kontext des Gerichtsverfahrens marginalisiert, sondern auch durch die ideologischen Zuschreibungen und Stigmatisierungen, die sie als Vertreterinnen des Feminismus und als Kritikerinnen der staatlichen und kirchlichen Ordnung ausgrenzen. Feministische Perspektiven, die den hegemonialen Diskurs herausfordern könnten, werden durch diese Mechanismen als illegitim dargestellt und somit aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen.

Die Analyse der Kategorien und Codes erfolgt im Rahmen der Kritischen Diskursanalyse (KDA), wobei die sprachlichen und diskursiven Strategien des Gerichtsverfahrens gegen Pussy Riot systematisch untersucht werden. Jede identifizierte Kategorie und ihr jeweiliger Code dienen dazu, spezifische Mechanismen der Macht- und Diskursproduktion aufzudecken, die zur Konstruktion hegemonialer Narrative und zur Marginalisierung oppositioneller Perspektiven beitragen. Der Fokus liegt dabei sowohl auf der sprachlichen Gestaltung als auch auf den ideologischen Implikationen der Diskurse.

Eine zentrale Kategorie der Analyse ist die Konstruktion von Subjektivitäten, die untersucht, wie Subjekte durch Sprache und Diskurse positioniert werden. Diese Kategorie umfasst Codes wie die Konstruktion des „gläubigen Bürgers“, der als idealisiertes Subjekt dargestellt wird, das religiöse

Normen und staatliche Autorität akzeptiert, sowie die Marginalisierung der Angeklagten, die als kulturelle Abweichlerinnen und Bedrohung gesellschaftlicher Normen dargestellt werden.

Eine weitere wichtige Kategorie sind die diskursiven Strategien der Legitimation, die aufzeigen, wie Machtstrukturen durch Sprache legitimiert und gestärkt werden. Hierzu zählen Codes wie der Bezug auf religiöse Normen, der die Verknüpfung zwischen staatlicher und kirchlicher Macht verdeutlicht, und die Konstruktion eines moralischen Konsenses, die durch die Darstellung des Diskurses, als universell und von der gesamten Gesellschaft getragen erfolgt.

Die Kategorie Gender und soziale Rollen beleuchtet geschlechtsspezifische Normen und die Marginalisierung feministischer Werte. Sie zeigt, wie Frauen durch normative Vorgaben in ihrer gesellschaftlichen und räumlichen Rolle beschränkt werden und wie feministische Perspektiven als Bedrohung traditioneller Werte dargestellt werden.

Darüber hinaus wurden Mechanismen der Machtkontrolle als zentrale Kategorie identifiziert. Diese untersucht die institutionellen Strategien, die zur Begrenzung alternativer Diskurse und zur Festigung hegemonialer Narrative eingesetzt wurden. Dabei steht insbesondere die Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten und die gezielte Konstruktion eines Bedrohungsszenarios im Mittelpunkt.

Die Verbindung von Recht und Ideologie bildet eine weitere Kategorie, die aufzeigt, wie juristische Verfahren ideologisch aufgeladen und zur Stabilisierung autoritärer Macht eingesetzt werden. Hier wird untersucht, wie Rechtsprechung zur Normierung gesellschaftlicher Werte und zur Verfestigung ideologischer Strukturen beiträgt.

Zusätzlich umfasst die Analyse Kategorien wie die Konstruktion von Bedrohungsszenarien, die die Angeklagten als Gefahr für nationale und kulturelle Identitäten positioniert, sowie Moral und traditionelle Werte, die die ideologische Funktion des Diskurses unterstreichen. Diese Kategorien und Codes ermöglichen eine umfassende Untersuchung der sprachlichen und diskursiven Strategien, die zur Konstruktion von Macht und zur Marginalisierung oppositioneller Perspektiven beitragen.

6.1 Textanalyse: Sprachliche Konstruktion und rhetorische Mittel

Die textuelle Analyse der Anklageschrift und Gerichtsunterlagen im Fall Pussy Riot zeigt, wie Sprache zur Konstruktion hegemonialer Diskurse genutzt wurde. Die juristische Argumentation

verband strafrechtliche Vorwürfe mit moralischen und kulturellen Wertungen, um die Angeklagten als Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung darzustellen.

Maria Aljochina, Nadeschda Tolokonnikowa und Jekaterina Samuzewitsch wurden im März 2012 verhaftet und im Mai wegen „Rowdytums“ angeklagt. Die Anklageschrift bezeichnete sie als „Mitglieder einer kriminellen Verschwörung“, die „die spirituellen Grundlagen des Staates“ untergraben hätten (vgl. Feigin 2012: 1-2). Die Ermittlungsbehörden warfen ihnen vor, aus „religiösem Hass“ gehandelt zu haben, ohne jedoch konkret zu benennen, gegen welche soziale Gruppe sich dieser Hass richtete (vgl. ebd.: 1).

Die Anklage vermischte „die Gesellschaft“, „die Öffentlichkeit“ und „gläubige Bürger“ zu einer Einheit, um die Aktion als Angriff auf die gesamte Bevölkerung Russlands darzustellen. Dies zeigt sich in Formulierungen wie „grobe Störung der öffentlichen Ordnung“ und „gezielte Provokation gläubiger Bürger“ (vgl. ebd.: 1). Die Anklage betonte auch mediale Vorabinformationen durch Pussy Riot, um eine „kriminelle Absicht“ zu konstruieren (vgl. ebd.: 2).

Eine Liste angeblicher „Beleidigungen“ diene dazu, die Angeklagten moralisch und geschlechtsspezifisch zu diskreditieren, darunter das Tragen „unangemessener Kleidung“, das Auftreten in „auffällig bunten Masken“ und das Singen eines „gotteslästerlichen Liedes“ (vgl. ebd.: 3-4). Diese Argumentation verband rechtliche Vorwürfe mit kulturellen Normen und patriarchalen Vorstellungen.

Die Anklageschrift stellte den Protest nicht nur als Rechtsverstoß, sondern als symbolischen Angriff auf die russische Identität dar. Begriffe wie „öffentliche Ruhe“, „religiöse Orientierungspunkte“ und „unmoralisches Verhalten“ verstärkten die moralische Verurteilung (vgl. ebd.: 4). Dabei basierte die Argumentation weitgehend auf der Hausordnung der Christ-Erlöser-Kathedrale und Zeugenaussagen, während die überzeugendsten Anklagepunkte auf rhetorischen Konstruktionen wie „allgemein akzeptierte Verhaltensnormen“ und „offensichtliches Motiv des Hasses“ beruhten (vgl. ebd.: 1-4).

6.2 Diskursive Praxis: Produktion und Reproduktion hegemonialer Diskurse

Die diskursive Praxis zeigt, wie das Gerichtsverfahren als Plattform zur Produktion und Reproduktion hegemonialer Diskurse genutzt wurde. Die dominanten Akteure – Gericht,

Staatsanwaltschaft, russisch-orthodoxe Kirche – etablierten eine klare Hierarchie, in der alternative Perspektiven systematisch marginalisiert wurden. Die Aussagen der Angeklagten, die ihre politische und symbolische Kritik an der Verflechtung von Staat und Kirche betonten, wurden entweder ignoriert oder als irrelevant abgetan.

Die Verteidigung der Angeklagten bemühte sich, ihre Argumentation aus verschiedenen Perspektiven aufzubauen, jedoch wurden ihre Positionen vom Gericht vollständig abgelehnt. Ein zentraler Punkt der Verteidigung war die Behauptung, dass die Aktion der Gruppe darauf abzielte, symbolträchtige Orte als Plattform für Proteste gegen wahrgenommene Ungerechtigkeiten zu nutzen (vgl. Epstein 2012). In diesem Zusammenhang wurde die Christ-Erlöser-Kathedrale als idealer Ort gewählt, um gegen die zunehmende Einmischung religiöser Akteure in staatliche Institutionen zu demonstrieren. Das Gericht betrachtete jedoch diese politische Dimension des Falls als irrelevant und wies diese Argumentation zurück.

Ein weiterer Aspekt der Verteidigung bezog sich auf die Betonung der politischen Motivation der Angeklagten. Die Verteidigung argumentierte, dass die Aktion in erster Linie ein politischer Protest gegen die engen Verbindungen zwischen Kirche und Staat war, insbesondere gegen die Rolle der orthodoxen Kirche als Unterstützerin der politischen Macht (vgl.ebd.). Auch diese Sichtweise fand im Urteil des Gerichts keine Berücksichtigung, da die Anklage den Fokus auf die Verletzung religiöser Gefühle und die Störung der öffentlichen Ordnung richtete.

Eines der entscheidenden Argumente, das die Entscheidung des Gerichts maßgeblich beeinflusste, bezog sich auf die symbolische Bedeutung des Ortes, an dem die Aktion von Pussy Riot stattfand. Laut einer Aussage des Schlüsselverwalters der Kathedrale sei die Christ-Erlöser-Kathedrale „ebenfalls ein Denkmal für die Soldaten, die im Vaterländischen Krieg von 1812 gefallen sind“. Daraus leite sich ab, dass „jedes unangemessene Verhalten, wie Tanzen, lautes Rufen, das Singen obszöner Lieder mit Gitarre oder Magnetophon, eine Beleidigung der Gefühle Gläubiger darstellt“ (Moskauer Chamowniki-Gericht 2012: 84). Diese Argumentationslinie steht im Einklang mit der von Gessen (2014) beschriebenen Aufladung der Kathedrale als nationales und religiöses Symbol seit ihrer Rekonstruktion in den 1990er-Jahren. Gessen zeigt, wie der Ort in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem verdichteten Zeichen russischer Geschichte, religiöser Kontinuität und nationaler Wiedergeburt wurde.

Besonders bemerkenswert war jedoch, wie stark der Prozess von einer Moderation geprägt war, die die Möglichkeiten der Verteidigung erheblich einschränkte. Die Verteidigung wurde regelmäßig

daran gehindert, Beweise vorzulegen oder kritische Fragen an Zeugen zu richten. Ein Beispiel für diese systematische Einschränkung illustriert den restriktiven Umgang mit Fragen der Verteidiger (Kondakov 2014: 167-168):

Verteidigerin Wolkowa: Was ist Gott?

Vorsitzender Richter: Frage nicht zugelassen.

Verteidiger Polosow: Bewerten Sie die Aktivitäten des Fonds der Christ-Erlöser-Kathedrale.

Vorsitzender Richter: Frage nicht zugelassen.

Verteidiger Polosow: Warum haben Sie das Video angesehen?

Vorsitzender Richter: Frage nicht zugelassen.

Verteidiger Polosow: In dem Video waren Menschen in zwei verschiedenen Interieurs zu sehen.

Waren das dieselben Personen?

Zeuge: Das weiß ich nicht genau.

Verteidigerin Wolkowa: Wo haben Sie sich mehr beleidigt gefühlt, im Epiphanius-Dom oder in der Christ-Erlöser-Kathedrale?

Vorsitzender Richter: Frage nicht zugelassen.

Verteidiger Polosow: Durch welche Vorschriften wird das Verbot von Bewegungen und sprachlichen Handlungen in der Kirche geregelt?

Vorsitzender Richter: Frage nicht zugelassen.

Verteidigerin Wolkowa: Welche politischen Ansichten vertreten Sie?

Vorsitzender Richter: Frage nicht zugelassen.

Dieses wiederholte Abweisen von Fragen zeigt deutlich, wie das Gerichtsverfahren und die sprachliche Moderation des Prozesses dazu beitrugen, den hegemonialen Diskurs zu reproduzieren. Die systematische Moderation durch den Vorsitzenden Richter zielte darauf ab, den Prozess auf die Aspekte zu fokussieren, die das Diskurs der Anklage unterstützten. Die systematische Ablehnung von Fragen der Verteidigung verdeutlicht die gezielte Kontrolle des Diskursrahmens durch die institutionelle Macht. Diese Einschränkungen zeigen, wie der Prozess nicht nur eine juristische Verhandlung war, sondern auch ein Instrument der Machtausübung und des diskursiven Kontroll. Außerdem zeigt das, wie der Gerichtsprozess als Plattform genutzt wurde, um bestehende Machtverhältnisse zu festigen und alternative Stimmen auszuschließen. Damit präzisiert die Analyse die Funktionsweise der Verfahrenspraxis als Diskursfilter, ein Aspekt, der in der Literatur

meist nur am Medienoutput sichtbar wird, hier aber auf der Ebene des gerichtlichen Vollzugs nachgezeichnet ist.

Darüber hinaus argumentierte die Richterin Marina Surowa, dass das Verhalten der Angeklagten, das als „Rowdytum“ klassifiziert wurde, aus ihrer Zugehörigkeit zum Feminismus resultiere (Moskauer Chamowniki-Gericht 2012: 100). Feminismus werde in ihrer Argumentation in Opposition zu den Prinzipien der Gleichberechtigung gestellt, die durch die Verfassung garantiert werden, sowie zu religiösen Dogmen, die traditionell die Rolle der Frau definieren. Sie erklärte:

„Das Gericht sieht das Motiv der religiösen Feindseligkeit in den Handlungen der Angeklagten in folgendem: Die Angeklagten positionieren sich als Anhängerinnen des Feminismus, also einer Bewegung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. In der Russischen Föderation ist die Gleichheit der Rechte und Freiheiten in Artikel 19 der Verfassung der Russischen Föderation verankert. Der Staat garantiert die Gleichheit der Rechte und Freiheiten unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Sprache, Herkunft, Vermögen, Position, Wohnort, Einstellung zur Religion, Überzeugungen, Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Vereinigungen und anderen Umständen. [...] Männer und Frauen haben gleiche Rechte und Freiheiten sowie gleiche Möglichkeiten, diese zu verwirklichen. Gegenwärtig kämpfen Personen, die sich die feministische Bewegung zuordnen, für die Gleichstellung der Geschlechter in politischen, familiären und sexuellen Beziehungen. Die Zugehörigkeit zum Feminismus ist in der Russischen Föderation weder eine Ordnungswidrigkeit noch ein Verbrechen. Dennoch haben einige Religionen, wie Orthodoxie, Katholizismus und Islam, eine religiös-dogmatische Grundlage, die mit den Ideen des Feminismus unvereinbar ist. Obwohl der Feminismus keine religiöse Lehre ist, dringen seine Vertreter in solche Bereiche gesellschaftlicher Beziehungen ein wie Moral, Normen des Anstands, familiäre Beziehungen und sexuelle Beziehungen, einschließlich nichttraditioneller, die historisch auf einer religiösen Weltanschauung basieren“ (Moskauer Chamowniki-Gericht 2012: 100 - 101).

Diese Argumentation zeigt, wie das Gericht nicht nur rechtliche, sondern auch ideologische und kulturelle Argumente heranzog, um das Verhalten der Angeklagten zu verurteilen. Durch die Verknüpfung von Feminismus mit einer „Einmischung“ in traditionelle religiöse und gesellschaftliche Normen wurde der Feminismus implizit als Störung der etablierten Ordnung dargestellt. Diese Argumentation bestätigt die Beobachtungen von Kananovich (2014), die in ihrer Analyse des linguistischen Expertengutachtens und des Schuldspruchs zeigt, wie gerichtliche Texte systematisch zur Legitimation der bestehenden Ordnung beitragen. Die Richterin zeichnete ein Bild, in dem feministische Werte und religiöse Prinzipien als grundsätzlich unvereinbar dargestellt

wurden, wobei letztere in diesem Diskurs als moralische und soziale Grundlage Russlands positioniert wurden. Wie Kananovich (2014) zeigt, dient diese argumentative Struktur dazu, dem Protest jede strukturelle Bedeutung zu entziehen und ihn als individuelles, normabweichendes Fehlverhalten außerhalb akzeptierter Formen bürgerlicher Partizipation darzustellen.

6.3 Soziale Praxis: Machtstrukturen

Das Gerichtsverfahren gegen Pussy Riot diene als Instrument zur Stabilisierung autoritärer Machtstrukturen. Durch die juristische und diskursive Konstruktion eines idealisierten "gläubigen Bürgers" wurden gesellschaftliche Normen gestärkt und oppositionelle Bewegungen delegitimiert (vgl. Moskauer Chamowniki-Gericht 2012).

Ein zentraler Mechanismus war die Schaffung eines hegemonialen Diskurses, in dem jede Abweichung vom normierten Bürgerbild als Bedrohung dargestellt wurde. Die Anklageschrift und das Urteil nutzten systematisch Begriffe wie "sogenannte moderne Kunst" oder "sogenannte feministische Bewegung", um die Angeklagten zu diskreditieren (vgl. ebd.: 64, 86). Solche Formulierungen unterminierten die Legitimität ihrer Aussagen und stellten ihre Handlung als respektlos und unbedeutend dar.

Die Zeugen und Kläger auf Seiten der Anklage zeichneten ein homogenes Bild des "gläubigen Bürgers", der orthodoxe Rituale befolgt und sich der staatlichen Ordnung unterordnet. Die Aussage einer Klägerin, sie halte alle kirchlichen Gebote ein, wurde als repräsentativ für die gesamte Gesellschaft dargestellt (vgl. ebd.: 44 - 45). Damit wurde ein universalisierter Diskurs geschaffen, in dem orthodoxe Werte als nationale Normen galten und jegliche Abweichung als Angriff auf die gesellschaftliche Ordnung gewertet wurde.

Das Urteil argumentierte, dass die Handlung von Pussy Riot eine Bedrohung für den "zivilen Frieden" darstelle, da sie angeblich "einen breiten Kreis von Gläubigen" verletzt habe (vgl. ebd.: 61). Diese Vermengung von religiöser und gesellschaftlicher Identität legitimierte die strafrechtliche Verfolgung und stellte orthodoxe Werte als übergeordnete gesellschaftliche Prinzipien dar.

Ein weiterer diskursiver Mechanismus war die Anschlussfähigkeit des Urteils an andere religiöse Kontexte. Durch die Aussage, dass das Verhalten der Angeklagten auch aus muslimischer Sicht als "sündhaft" gelte (vgl. ebd.: 87), wurde der Diskurs auf eine breitere moralische Ebene gehoben und als universell legitim dargestellt.

Die Verknüpfung zwischen religiösen Normen und staatlichem Recht zeigt sich in der Argumentation des Urteils, das religiöse Regeln als gesellschaftlich bindend darstellt. Die Missachtung dieser Regeln wurde nicht nur als moralische Verfehlung, sondern als strafrechtlich relevantes Vergehen interpretiert (vgl. ebd.: 99, 103-104).

Auch genderbezogene Aspekte spielten eine Rolle. So wurde auf die Mutterschaft von Maria Aljochina verwiesen, um eine mildere Strafe zu fordern, während gleichzeitig Frauen spezifische religiöse Normen auferlegt wurden, etwa hinsichtlich Kleidung und Verhalten in der Kirche (vgl. ebd.: 59, 85). Diese Vorschriften verankerten patriarchale Strukturen im staatlichen Diskurs, ein Mechanismus, der in der Literatur zur Re-Traditionalisierung und Re-Patriarchalisierung im postsowjetischen Russland bereits umfassend beschrieben wurde (vgl. Temkina & Zdravomyslova 2014; Rutland 2014; Sperling 2014). Wie Sperling (2014) argumentiert, dienen solche geschlechtsspezifischen Normierungen nicht nur der sozialen Kontrolle, sondern auch der symbolischen Festigung autoritärer Herrschaft, indem feministische Positionen als Bedrohung der nationalen und moralischen Ordnung gerahmt werden.

Die Stimmen der Angeklagten wurden weitgehend ignoriert. Nadeschda Tolokonnikowa betonte vor Gericht, dass ihr Protest keine Gotteslästerung gewesen sei, sondern eine Kritik an der Verbindung von Kirche und Staat (vgl. Kostjutschenko 2012). Sie beklagte, dass ihre Erklärungen systematisch überhört wurden, was die selektive Wahrnehmung des Gerichts unterstreicht. Ähnlich hebt Bernstein (2013) hervor, dass oppositionelle Stimmen im Pussy-Riot-Fall nicht nur juristisch, sondern auch diskursiv marginalisiert wurden.

Insgesamt diene das Verfahren nicht nur der Bestrafung der Angeklagten, sondern auch der Festigung autoritärer Diskurse. Die Konstruktion des „gläubigen Bürgers“ als gesellschaftliches Ideal marginalisierte oppositionelle Stimmen und stärkte die hegemoniale Ordnung. Diese Verbindung von religiöser Normativität und staatlicher Legitimation entspricht den Ergebnissen von Kananovich (2014), die zeigt, wie gerichtliche Argumentationen politische Motive entkontextualisieren und religiöse Werte mit öffentlicher Ordnung gleichsetzen. Auch Rourke & Wiget (2016) beschreiben diese Allianz von Staat und Kirche als Kernbestand autoritärer Legitimation in Russland.

6.4 Diskussion der Analyseergebnisse

Die Urteilsverkündung und Gerichtserfahren im Fall Pussy Riot illustrieren exemplarisch, wie autoritäre Systeme gerichtliche Verfahren nutzen, um hegemoniale Diskurse zu reproduzieren und ihre Macht zu legitimieren, ein Befund, der sich mit Kananovichs (2014) Analyse deckt, wonach Gerichtsprozesse in Russland nicht primär als neutrale Rechtsinstanzen fungieren, sondern als Bühne zur Stabilisierung bestehender Ordnung, indem politischer Kontext systematisch entzogen wird. In diesem Sinne agierte das Gericht, wie French (2022) betont, nicht als unabhängiger Schiedsrichter, sondern als aktives Bindeglied zwischen legislativer Normsetzung und exekutiver Gewaltanwendung.

Der Bezug auf einen vermeintlich breiten gesellschaftlichen Konsens, der durch sogenannte „offensichtliche Verhaltensnormen“ gestützt wird, diente der Legitimation dieser Vorgaben. Diese Normen, deren Inhalte bis zu ihrer Problematisierung durch Machtinstitutionen unklar bleiben, wurden im Prozess von den legislativen und exekutiven Kräften als gesetzliche Vorgaben kodifiziert und angewendet. Die Aufgabe des Gerichts bestand darin, diese Normen zu interpretieren und ihre Anwendung zu bestätigen. Dabei waren diese Interpretationen durchweg repressiv, da ein Freispruch nicht nur die Legitimität des Gerichts, sondern auch die der Legislative und Exekutive in Frage gestellt hätte (vgl. Panejah 2012: 107-127).

Im Fall Pussy Riot basierten die gerichtlichen Interpretationen auf religiösen Dogmen, die wiederum zur Konstruktion des „gläubigen Bürgers“ im Diskurs und in den Prozessdokumenten beitrugen. Der „gläubiger Bürger“ wird dabei als passives Subjekt geformt, das die staatlich-religiösen Diskurse reproduziert und die Autorität der Institutionen akzeptiert. Indem das Gericht religiöse Normen, als wahr und angemessen für die öffentliche Ordnung darstellte, verlieh es der religiösen Doktrin eine zentrale ideologische Rolle bei der Gestaltung sozialer Verhaltensregeln.

Die russisch-orthodoxe Kirche trat nicht als unabhängige Institution auf, sondern agierte als moralischer Partner der Exekutive, der durch seine Autorität staatliche Maßnahmen legitimierte. Diese Allianz ermöglichte es, oppositionelle Stimmen nicht nur politisch, sondern auch moralisch zu delegitimieren. Diese Verschränkung von Religion, Moral und Staat korrespondiert mit Gessens (2014) Darstellung der symbolischen Aufladung der Christ-Erlöser-Kathedrale als national-religiöses Monument.

Durch die Darstellung von Pussy Riot als Bedrohung der „traditionellen Werte“ wurde ein diskursiver Raum geschaffen, in dem das Rechtssystem über juristische Aufgaben hinaus

ideologische Funktionen übernahm. Diese Vorgehensweise stellt die Frage nach der Säkularität des russischen Rechtssystems und der Trennung von Kirche und Staat.

Die Marginalisierung der Angeklagten und die Gleichsetzung ihrer Handlungen mit einer Bedrohung der gesellschaftlichen Moral verdeutlichen, wie Macht durch Diskurs institutionalisiert wird. Ihre Handlungen wurden nicht nur kriminalisiert, sondern als Angriff auf die gesellschaftliche Moral interpretiert. Durch die Schaffung eines Gegensatzes zwischen den „Verteidigern der Moral“ und den „Störern der Ordnung“ wurde die bestehende Machtstruktur nicht nur stabilisiert, sondern auch mögliche kritische Reflexionen über ihre Legitimität unterdrückt. Die Reduzierung der Angeklagten auf negative Stereotype, etwa durch Begriffe wie „Rowdytum“, „unanständig“ oder „parodierend“, diente der institutionellen Reproduktion von Macht und der Kontrolle über abweichende Diskurse. Diese sprachliche und symbolische Strategie verhinderte eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Anliegen von Pussy Riot und etablierte gleichzeitig ein hegemoniales Diskurs, das jegliche Abweichung von den vorgegebenen Normen delegitimierte.

Die Diskursanalyse des Urteils und des gesamten Prozesses deckt auf, wie durch die Verknüpfung rechtlicher, politischer und kultureller Diskurse ein repressiver Rahmen geschaffen wurde, der feministische Bestrebungen als Bedrohung kultureller und gesellschaftlicher Normen darstellte. Während die offensichtliche Funktion dieser Strategien in der Rechtfertigung von Repression und Kontrolle bestand, zeigt die Analyse subtilere Mechanismen auf, die nicht unmittelbar sichtbar sind. Diese betreffen insbesondere die Art und Weise, wie Diskurse produktiv wirken: Sie formen die Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte, normalisieren patriarchale Strukturen und legitimieren die langfristige Durchsetzung traditioneller Werte.

Indem feministische Proteste als kultureller und gesellschaftlicher Konfliktpunkt gerahmt wurden, rechtfertigte der Diskurs nicht nur die Repression gegen abweichende Meinungen und Protestformen, sondern etablierte auch eine ideologische Grundlage, auf der gesellschaftliche Machtverhältnisse neu definiert und gestärkt wurden. Diese vielschichtige Strategie hatte nicht nur eine kurzfristig repressive Wirkung, sondern trug langfristig zur Prägung kultureller und politischer Normen bei. Sie beeinflusste die Wahrnehmung dessen, was als moralisch akzeptabel und gesellschaftlich stabil gilt, und verschärfte die Marginalisierung oppositioneller Positionen in der russischen Gesellschaft.

7. Diskursive Konstruktionen in der russischen Medienlandschaft

7.1 Besonderheiten der russischen Medien

Da mein Analysematerial russische Medien betrifft, ist es unerlässlich, die grundlegenden Merkmale des russischen Mediensystems zu erläutern. Die kulturellen und politischen Unterschiede zwischen Russland und westlichen Ländern haben direkte Auswirkungen auf die Struktur und Funktionsweise der russischen Medienlandschaft.

Nach der Definition von einer russisch-amerikanische Journalistin Anna Arutunyan ist eine freie und unabhängige Presse ein System, das Informationen effektiv über alle gesellschaftlichen Sektoren verbreitet und dessen Inhalte durch staatliche Eingriffe nicht wesentlich verzerrt werden können (Arutunyan 2009: 2-3). Nach dieser Definition kann Russland nicht als Teil eines solchen Systems angesehen werden. In Bezug auf die Meinungsfreiheit stimme ich Etling et al. (2010) zu, dass der russische Staat Medien ähnlich kontrolliert wie Politik und Wirtschaft, wenn auch weniger explizit und umfassend (vgl. Etling et al. 2010: 6). Während die Verbindung zwischen Staat und Medien nicht mehr so eng ist wie in der Sowjetunion, kann dennoch nicht von „Medienfreiheit“ gesprochen werden (vgl. ebd.)

Die russischen Medien sind zwar technisch und betriebswirtschaftlich mit westlichen Modellen vergleichbar, doch bestehen wesentliche Unterschiede. Laut dem russischen Medienwissenschaftler Zassoursky fehlt es der russischen Regierung an Erfahrung in der Regulierung des Mediensystems durch Gesetze, wie es in vielen europäischen Ländern üblich ist (vgl. Zassoursky 2009: 29). Stattdessen versucht der Staat, die Medienlandschaft direkt zu kontrollieren, da diese als Schlüsselarena für die Sicherung politischer Stabilität und der Macht der Elite betrachtet wird (vgl. ebd.). Die traditionellen Medien – Presse, Fernsehen und Radio – befinden sich in einem hybriden Zustand: Während der Kreml nationale Nachrichtensendungen mit großer Reichweite stark kontrolliert, wurden unterhaltende Programme und marginale unabhängige Medien bis in die frühen 2010er Jahre weitgehend in Ruhe gelassen (vgl. Etling et al. 2010: 8). Nach 2011 änderte sich diese Situation jedoch rapide, und viele unabhängige Medien gerieten unter erheblichen Druck.

Das Fernsehen bleibt die wichtigste Informations- und Unterhaltungsquelle für die Mehrheit der russischen Bevölkerung. Es spielt eine zentrale Rolle in der Gestaltung von Modetrends, Verhaltensmustern und gesellschaftlichen Werten (vgl. Vartanova & Smirnov 2010: 21 - 23).

Obwohl es in Russland eine Vielzahl von Fernsehsendern gibt, sind nur wenige davon landesweit empfangbar. Die beiden nationalen Kanäle, Perwyj Kanal und Rossija-1, erreichen 99 % der Bevölkerung (Reporter ohne Grenzen 2013 : 10).

Da das Fernsehen der bedeutendste Medientyp in Russland ist, habe ich für meine Analyse drei unterschiedliche Talkshows ausgewählt, die Sendungen über Pussy Riot ausgestrahlt haben. Die erste Sendung ist „Gosdep 2“ mit Ksenia Sobtschak, ein jugendpolitisches Talkshow-Format. Die zweite Analyse befasst sich mit „Pust' Govorjat“ (Lass sie reden), eine sensationsorientierte Talkshow des Ersten Kanals, die gesellschaftlichen und politischen Themen auf unterhaltsame Weise aufbereitet. Zusätzlich untersuche ich „V Kontekste“ (Im Kontext), ebenfalls eine Sendung des Ersten Kanals, die sich jedoch durch ihren seriöseren Ton und ihre journalistische Ausrichtung von „Pust' Govorjat“ unterscheidet.

7.2 Textuelle Ebene: Sprachliche Konstruktion und rhetorische Strategien

Die Analyse der medialen Diskurse rund um die Aktion von Pussy Riot im Jahr 2012 bietet einen tiefen Einblick in die Mechanismen, mit denen in autoritären Systemen öffentliche Meinung geformt, gesellschaftliche Normen konstruiert und politische Macht legitimiert werden.

Insbesondere die Art und Weise, wie die verschiedenen russischen Fernsehsendungen das Thema behandelten, verdeutlicht die komplexe Beziehung zwischen Staat, Medien und Diskursen. Der Fall Pussy Riot dient als Fallstudie dafür, wie ein autoritärer Staat Diskurse steuert, um seine Macht zu festigen und Abweichler zu marginalisieren.

Die textuelle Ebene der Diskurse rund um Pussy Riot zeigt eine Verwendung sprachlicher und rhetorischer Mittel, um die Angeklagten zu delegitimieren und hegemoniale gesellschaftliche Normen zu festigen. Die Analyse im Kontext der medialen Reaktionen auf die Aktion von Pussy Riot im Jahr 2012 offenbart zentrale Strategien und Mechanismen, die zur Festigung autoritärer Machtstrukturen und zur Marginalisierung oppositioneller Stimmen beitragen. Insbesondere die Kategorie der „Medienrhetorik und sprachlichen Strategien“ spielt hierbei eine bedeutende Rolle. Abwertende Begriffe wie „Verrückte“, „Schweinereien“ oder „Huren“ erfüllen nicht nur die Funktion der persönlichen Diffamierung der Aktivistinnen, sondern etablieren eine scharfe dichotome Trennung zwischen den „Verteidigern der Moral“ und den „Unruhestiftern“ (vgl. Pust' Govoryat 2012). Eine weitere zentrale Kategorie ist die der „kulturellen und nationalen Identität“, die als narrative Grundlage für die Legitimierung autoritärer Maßnahmen dient. Diskurse über die

„Verteidigung traditioneller Werte“ und die „tausendjährige russische Kultur“ konstruieren eine kulturelle Dichotomie, die oppositionelle Bewegungen wie Pussy Riot als fremdartig und gefährlich erscheinen lässt (vgl. Gosdep-2 2012).

Besonders aufschlussreich ist die Kategorie der „Geschlechterrollen und patriarchalen Strukturen“, die die gezielte Instrumentalisierung traditioneller Geschlechterbilder verdeutlicht. Ein weiterer Mechanismus zeigt sich in der Kategorie der „emotionalen Manipulation“, die durch die gezielte Verwendung emotional aufgeladener Begriffe und die Inszenierung von Publikumsreaktionen geprägt ist. Konzepte wie „Blasphemie“ oder die Betonung „verletzter Gefühle“ erzeugen moralische Panik und verstärken die Ablehnung der Aktivistinnen in der öffentlichen Wahrnehmung (vgl. Pust’ Govoryat 2012).

Von zentraler Bedeutung ist auch die Kategorie der „Instrumentalisierung von Religion“, die die enge Verflechtung von Staat und Kirche als entscheidendes Legitimationsinstrument autoritärer Herrschaft illustriert. Religiöse Narrative, wie die Betonung der „Heiligkeit der Kirche“ oder der Schutz „verletzter religiöser Gefühle“, dienen als moralisches Fundament, um repressive Maßnahmen zu rechtfertigen und oppositionelle Stimmen zu delegitimieren (vgl. V Kontekste 2012). Abschließend verdeutlicht die Kategorie der „Delegitimierung von Opposition“, wie alternative Perspektiven im öffentlichen Diskurs systematisch marginalisiert werden. Feministische Aktivistinnen und UnterstützerInnen von Pussy Riot werden entweder bewusst ignoriert oder lächerlich gemacht, wodurch kritische Stimmen aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen und eine Monopolstellung hegemonialer Diskurse aufrechterhalten wird (vgl. Gosdep-2 2012).

Diese diskursiven Kategorien zeigen nicht nur die Mechanismen autoritärer Machtausübung auf, sondern auch die tiefgreifenden gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen, die solche Repressionsstrategien ermöglichen und legitimieren. Eine der zentralen Plattformen für die Diskussion des Falls war die Talkshow „Pust’ Govoryat“ (Lass sie reden), eine der meistgesehenen Sendungen auf dem Ersten Kanal. Die Struktur und Inhalte der Sendung verdeutlichen, wie Emotionen gezielt eingesetzt werden, um das Publikum auf eine bestimmte Seite zu ziehen. Außerdem wurden rationale Argumente und alternative Sichtweisen in den Diskursen systematisch unterminiert. Der Vater von Nadeschda Tolokonnikowa versuchte in der Sendung, die Aktion seiner Tochter zu verteidigen, indem er erklärte: „Ich bin hier, um mit den Menschen zu sprechen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem ich die Wahrheit sage“ (vgl. Pust’ Govoryat 2012). Doch diese rationale und erklärende Haltung wurde schnell durch die emotional aufgeladene Reaktion anderer Gäste untergraben. So bemerkte die Schauspielerinnen Ljudmila Saizewa abfällig:

„Entschuldigen Sie, aber wenn ich Sie anschau, denke ich, dass Sie nicht gesund sind“ (vgl. Pust’ Govoryat 2012).

Ein zentraler Bestandteil der textuellen Ebene war die abwertende Sprache, die darauf abzielte, Pussy Riot als abweichend und gesellschaftlich gefährlich darzustellen. Der Fernsehmoderator Maxim Schewtschenko brachte eine noch härtere Kritik vor, indem er die Aktionen von Pussy Riot mit Tierverhalten verglich: „Lasst sie ihre Schweinereien in den zoologischen Museen machen, nicht in der Kirche!“ (vgl. Pust’ Govoryat 2012). Diese Aussage, die erneut vom Publikum beklatscht wurde, veranschaulicht, wie moralische Panik genutzt wird, um eine klare dichotome Trennung zwischen den „Verteidigern der Moral“ und den „Unruhestiftern“ herzustellen. Gleichzeitig schlug Schewtschenko eine vermeintlich „gnädige“ Lösung vor: „Ich würde sie freilassen, damit sie nicht zu Märtyrerinnen werden, und sie dazu bringen, die Umgebung der Kirche ein Jahr lang zu reinigen“ (vgl. Pust’ Govoryat 2012). Dieser Vorschlag ist nicht nur ein Beispiel für paternalistische Rhetorik, sondern auch für eine Strategie, durch die Repression mit scheinbarer Milde verbunden wird, um die Legitimität staatlicher Maßnahmen zu stärken.

Ein wiederkehrendes Motiv in der Diskussion war die enge Verbindung zwischen staatlicher Macht und der Russisch-Orthodoxen Kirche. Hochrangige Vertreter der Kirche, wie der Priester Alexej Podobedow, betonten in der Sendung die Notwendigkeit, die „religiösen Gefühle“ von Gläubigen zu schützen. Seine Aussage, „Solche Handlungen beleidigen die Gefühle von Millionen Gläubigen. Wir müssen unsere Heiligtümer verteidigen“ (vgl. Pust’ Govoryat 2012), zeigt, wie die Kirche als moralische Autorität in den Diskurs eingebunden wurde, um staatliche Maßnahmen zu legitimieren. Obwohl in einigen Sendungen, wie der von Ksenia Sobtschak moderierten „Gosdep-2“, auch UnterstützerInnen von Pussy Riot zu Wort kamen, blieb ihre Präsenz begrenzt. Rechtsanwalt Nikolai Polosow betonte: „Die Aktion von Pussy Riot ist ein mutiger Protest gegen die Vereinnahmung der Kirche durch den Staat“ (vgl. Gosdep-2 2012). Doch solche Meinungen wurden oft durch die Übermacht konservativer Stimmen und die emotionale Rhetorik anderer Teilnehmer verdrängt. Selbst wenn alternative Perspektiven geäußert wurden, wurden sie häufig als Randpositionen dargestellt. Eine feministische Aktivistin, die die Bedeutung von Pussy Riot für die Stärkung der Frauenrechte betonte, wurde von einem anderen Gast mit den Worten unterbrochen: „Solche Aktionen können in unserem Land nicht toleriert werden, weil sie gegen unsere Kultur und Traditionen verstoßen“ (Gosdep-2 2012). Diese strukturelle Dominanz konservativer Positionen zeigt, wie abweichende Meinungen im Diskurs marginalisiert werden.

Besonders auffällig ist der Kontrast zwischen der moralischen Empörung der Kirchenvertreter und der eher spektakulären, unterhaltungsorientierten Darstellung der Talkshow „Pust' Govoryat“. Der Titel der Sendung, „Besi“ (Dämonen), deutet bereits auf eine stark wertende Perspektive hin. Diese Namensgebung verstärkt die Stigmatisierung der Aktion als „dämonisch“ oder „böseartig“ und reduziert die politische Dimension der Aktion auf einen Angriff auf die spirituellen Grundlagen der Gesellschaft. Die symbolische Assoziation der Teilnehmerinnen mit dem Bösen dient dazu, die Zuschauer emotional zu beeinflussen und die Legitimität der Kritik von Pussy Riot an der engen Verbindung von Kirche und Staat zu untergraben.

In der Diskussionssendung „Pust' Govoryat“ wird die Debatte um die Aktion von Pussy Riot durch die Teilnahme von Andrei Tolokonnikow, dem Vater von Nadeschda Tolokonnikowa, eröffnet. Gastgeber Andrej Malachov lenkt die Diskussion von Anfang an auf die religiöse Dimension, indem er Tolokonnikow fragt, ob er gläubig sei (vgl. Pust' Govoryat 2012), worauf dieser antwortet, er sei „mäßig gläubig“ (vgl. Pust' Govoryat 2012). Diese scheinbar beiläufige Bemerkung markiert bereits einen wichtigen rhetorischen Schwerpunkt der Diskussion: Die Frage nach religiöser Erziehung und deren vermeintlicher Rolle im Verhalten der Mitglieder von Pussy Riot. Die Gäste der Sendung wiederholen mehrfach die These, dass das Fehlen einer tiefen religiösen Verankerung in der Familie Tolokonnikow die Ursache für die Aktion im Moskauer Erlöserkathedrale gewesen sei (vgl. Pust' Govoryat 2012).

7.3 Diskursive Strategien

Die mediale Darstellung der Pussy Riot-Aktion zeigt, wie hegemoniale Narrative in autoritären Regimen durch gezielte Diskursstrategien verstärkt werden. Eine zentrale Methode war die Konstruktion einer Dichotomie zwischen „Verteidigern der Moral“ und „Unruhestiftern“. In Formaten wie „Pust' Govorjat“ wurden die Mitglieder der Gruppe als „moralisch bankrott“ beschrieben, und in „Gosdep-2“ als „Agenten westlicher Werte“ bezeichnet (vgl. ebd.). Diese Darstellung zielte darauf ab, die Aktivistinnen als Teil einer westlichen Verschwörung gegen die russische Identität zu positionieren. Faircloughs Konzept der diskursiven Praxis ermöglicht eine differenzierte Analyse der sprachlichen Mittel, die zur Reproduktion solcher hegemonialen Narrativen beitragen (vgl. Fairclough 2001).

Medien wie „Pust' Govorjat“, „Gosdep-2“ und „V Kontekste“ fungieren als Plattformen zur Reproduktion konservativer Ideologien und stabilisieren bestehende Machtverhältnisse (vgl.

Richters 2013). Sie definieren, was im öffentlichen Diskurs als akzeptabel gilt, und marginalisieren oppositionelle Stimmen. Die enge Verbindung von Staat und Russisch-Orthodoxer Kirche wird genutzt, um den Protest von Pussy Riot als kulturelle Bedrohung darzustellen (vgl. Bodin 2009). Der Protestort, die Christ-Erlöser-Kathedrale, wurde von der Regierung bewusst skandalisiert, um den Protest moralisch zu delegitimieren und von autoritärer Politik abzulenken (vgl. Richters 2012).

In den Talkshows dominierte die Perspektive der Russisch-Orthodoxen Kirche, während feministische Stimmen weitgehend ignoriert wurden. Männliche Vertreter wie die Väter der Aktivistinnen repräsentierten die Gruppe, was die patriarchalen Strukturen innerhalb der Kirche und der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Aktivistinnen verstärkte. Feministische Anliegen wurden reduziert und die Aktivistinnen als manipulierte Subjekte oder „Marionetten“ einer westlichen Agenda dargestellt (vgl. V Kontekste 2012). Im ‚V Kontekste‘ hört man weder die Kommentare der Familienangehörigen der Teilnehmerinnen, noch erfährt man etwas über die Meinung von Feministinnen zur Aktion. Als die Moderatorin der Sendung, Ksenia Sobtscha, sagte, dass sie einige Aktionen und den Mut der Gruppe bewundere, wurde sie von einem der Gäste unterbrochen, der meinte: „Bitte bringen Sie sich nicht in eine peinliche Lage.“ (V Kontekste 2012). Bemerkenswert ist, dass die Sendung ‚V Kontekste‘, obwohl sie dem Format einer politischen Diskussionssendung entspricht, in der primär politische Positionen, Protestbewegungen und gesellschaftliche Konfliktlinien thematisiert werden sollten, den Fokus nahezu ausschließlich auf die Frage legte, ob die Kirche den Mitgliedern der Gruppe im Einklang mit ihren christlichen Prinzipien Vergebung gewähren solle.

7.4 Soziale Praxis

Auf der Ebene der sozialen Praxis verdeutlicht die Analyse, wie die medialen Diskurse rund um die Aktion von Pussy Riot als Werkzeuge zur Stabilisierung autoritärer Machtstrukturen und zur Delegitimierung oppositioneller Bewegungen eingesetzt wurden. Im Mittelpunkt dieser Praxis stand die Konstruktion des idealisierten „guten Bürgers“. Während die Konstruktion des „guten Bürgers“ als loyal und respektvoll gegenüber staatlicher Autorität diskursiv hergestellt wird – also als Teil der diskursiven Praxis verstanden werden kann, entfaltet sie ihre Wirkung auf der Ebene der sozialen Praxis. Das bedeutet, dass diese diskursiven Konstruktionen tief in gesellschaftliche Normen und Machtstrukturen eingebunden sind und Konsequenzen für politische, soziale und rechtliche Prozesse haben. Die soziale Praxis zeigt sich hier in der Art und Weise, wie diese diskursive

Konstruktion von Staat und Medien genutzt wird, um gesellschaftliche Verhaltensnormen zu formen und durchzusetzen. Der „gute Bürger“ existiert nicht nur als rhetorische Figur in den Medien, sondern seine Eigenschaften werden zum Maßstab für gesellschaftliche Akzeptanz und Zugehörigkeit. Dadurch wird oppositionelles Verhalten, wie das von Pussy Riot, nicht nur als individuell abweichend markiert, sondern als gesellschaftlich inakzeptabel. Dieser Befund entspricht Sharafutdinovas (2014) Beobachtung einer diskursiven Wende zu „traditionellen Werten“, durch die Protestierende gezielt von den „guten Bürgern“ getrennt und marginalisiert werden.

Die mediale Darstellung der Aktion als Sakrileg und Angriff auf die Gesellschaft verdeutlicht, wie moralische und kulturelle Werte eingesetzt wurden, um politische Repression zu legitimieren. Die wiederholte Betonung der „Heiligkeit“ des Ortes und der „Verteidigung der religiösen Gefühle“ unterstrich die moralische Panik, die bewusst geschürt wurde, um die gesellschaftliche Empörung zu mobilisieren. Diese moralische Empörung wurde auch von Kananovich (2015) festgestellt: Offizielle Darstellungen stilisierten die Aktion zu einem ‚schweren Verstoß gegen soziale Normen‘ und lenkten so vom politischen Gehalt ab.

Außerdem ist die enge Verknüpfung von Staat und Kirche in diesen Diskursen wichtig. So zeigt Bitten & Kerim-Zade (2013), dass kirchliche Würdenträger Pussy Riot's Feminismus sogar mit Terrorismus verglichen, um staatliches Eingreifen moralisch zu untermauern. Diese Verbindung ermöglichte es, gesellschaftliche Kontrolle mit religiösen Argumenten zu legitimieren und staatliche Repression als Schutzmaßnahme zu inszenieren. So diente der Diskurs nicht nur der unmittelbaren Rechtfertigung von Repression, sondern hatte eine langfristige Funktion: Er prägte das gesellschaftliche Verständnis von Loyalität, Ordnung und Normativität und trug zur weiteren Verankerung autoritärer Praktiken in der politischen und kulturellen Landschaft Russlands bei.

Die soziale Praxis zeigt auch, wie feministische Perspektiven und kritische Stimmen systematisch aus dem Diskurs ausgeschlossen wurden und wie das Feminismus mit westlichen Einflüssen verknüpft war.

Darüber hinaus zeigt die soziale Praxis, wie durch die mediale Inszenierung normative Vorstellungen von Geschlechterrollen und gesellschaftlicher Ordnung reproduziert wurden. Die Marginalisierung feministischer Perspektiven ging Hand in Hand mit der Reproduktion patriarchaler Strukturen. Frauen, die die traditionellen Rollenbilder von Weiblichkeit und Gehorsamkeit infrage stellten, wurden systematisch entmenschlicht und aus dem Diskurs

ausgeschlossen. Wie auch Bitten & Kerim-Zade (2013), Johnson (2014) und Kananovich (2015) herausgefunden haben, blendeten alle institutionelle und mediale Reaktionen die politischen Forderungen von Pussy Riot aus und reduzierten die Aktion auf eine Provokation, was die Ausgrenzung feministischer Perspektiven weiter forciert.

Die soziale Praxis des Mutterschaftsdiskurses veranschaulicht, wie tief patriarchale Machtstrukturen und konservative Normen in der russischen Gesellschaft verankert sind. Durch die wiederholte Reduktion der Mitglieder von Pussy Riot, insbesondere Marija Aljochina und Nadeschda Tolokonnikowa, auf ihre Rolle als Mütter wird ein Geschlechterverständnis reproduziert, das Frauen primär auf häusliche und familiäre Funktionen beschränkt. Diese Tendenz, die Aktivistinnen als ‚schlechte Mütter‘ zu brandmarken, spiegelt sich auch in der Analyse Rutlands (2014). Samuzewitschs Kinderlosigkeit wurde dabei sogar implizit als Abweichung von der Norm problematisiert (vgl.ebd.: 577). Diese diskursive Konstruktion erfüllt eine doppelte Funktion: Einerseits dient sie der Entpolitisierung des feministischen Aktivismus, indem politische Handlungen als moralische Verfehlungen umgedeutet werden. Andererseits legitimiert sie gesellschaftliche Sanktionen gegen Frauen, die sich außerhalb traditioneller Geschlechterrollen bewegen. Innerhalb dieses Diskurses wird feministische Opposition nicht als legitime politische Praxis anerkannt, sondern als destabilisierende Kraft wahrgenommen, die eine Bedrohung für die gesellschaftliche und moralische Ordnung darstellt.

Diese Konstruktion kann nach Fairclough als soziale Praxis verstanden werden, da sie nicht nur in medialen und politischen Diskursen verankert ist, sondern reale Auswirkungen auf gesellschaftliche Strukturen, Wahrnehmungen und Verhaltensweisen hat. Der Mutterschaftsdiskurs beeinflusst, wie Frauen in der Gesellschaft positioniert werden und welche Handlungen als normkonform oder abweichend gelten. In autoritären Kontexten wie Russland wird diese soziale Praxis zusätzlich instrumentalisiert, um feministische Akteurinnen aus dem politischen Raum zu verdrängen und Protest als unvereinbar mit weiblicher Identität darzustellen. Die enge Verzahnung von Geschlechterideologien mit nationalistischen und religiösen Narrativen zeigt, dass soziale Praxis hier nicht isoliert, betrachtet werden kann, sondern tief in die diskursive Konstruktion staatlicher Macht eingebunden ist.

Der Diskurs knüpft an eine tief verwurzelte Ideologie an, die Mutterschaft als zentralen moralischen und gesellschaftlichen Wert positioniert. Die Mutterschaft der Aktivistinnen wird genutzt, um ihre Legitimität auf zweifache Weise infrage zu stellen. Einerseits wird sie von GegnerInnen instrumentalisiert, um die Aktivistinnen als unverantwortliche „schlechte Mütter“ darzustellen, die

ihre familiären Pflichten vernachlässigen. Die Präsentation des Videos von Tolokonnikowas Tochter Gera in der Talkshow Pust' Govorjat ist ein prägnantes Beispiel dafür. Die Darstellung des traurigen Kindes und dessen Aussage „Ich liebe dich sehr und küsse dich ganz fest“ (Pust' Govorjat 2012) verstärkt die moralische Kritik an Tolokonnikowas politischem Engagement und lenkt die Aufmerksamkeit weg von den politischen Zielen der Gruppe hin zu einer persönlichen Verurteilung ihres Verhaltens als Mutter.

Gleichzeitig wird der Mutterschaftsdiskurs von UnterstützerInnen der Aktivistinnen aufgegriffen, jedoch mit gegensätzlichen Zielen. Pjotr Wersilow, Tolokonnikowas Ehemann, plädiert in Pust' Govorjat für die Freilassung seiner Frau mit den Worten: „Ich bin empört darüber, dass die Behörden zwei Mütter verhaften, ihnen die Freiheit nehmen und sie von ihren eigenen Kindern trennen konnten.“ (ebd.). Diese Argumentation appelliert an die moralischen Vorstellungen des Publikums und versucht, Empathie zu erzeugen, indem sie die familiären Konsequenzen der Verhaftung betont. Allerdings zeigt diese Strategie eine ambivalente Haltung gegenüber feministischen Idealen. Indem die Würde und der Schutz der Frauen primär durch ihre Rolle als Mütter legitimiert werden, wird die grundlegende Botschaft von Pussy Riot, die sich gegen die Reduktion von Frauen auf traditionelle Rollen richtet, untergraben.

Die Ausgrenzung von Jekaterina Samuzewitsch in der medialen Berichterstattung ist ein weiterer Hinweis darauf, wie stark der Diskurs von traditionellen Geschlechterrollen geprägt ist. Ihre fehlende Mutterschaft, ihr Status als unverheiratete Frau und ihre möglicherweise nicht heterosexuelle Orientierung werden implizit als Abweichung von der normativen Weiblichkeit dargestellt. Sie erhält deutlich weniger Aufmerksamkeit in der Talkshow Pust' Govorjat, und ihr politisches Engagement wird nicht in gleichem Maße thematisiert oder unterstützt wie das von Tolokonnikowa oder Aljochina. Diese selektive Darstellung zeigt, wie hegemoniale Narrative Frauen, die nicht den traditionellen Vorstellungen von Weiblichkeit entsprechen, marginalisieren und delegitimieren.

Der Mutterschaftsdiskurs ist eng mit der Reproduktion patriarchaler Werte und Machtstrukturen verknüpft. Frauen, die sich bewusst gegen traditionelle Rollen entscheiden oder diese infrage stellen, wie es Pussy Riot tut, werden als Bedrohung für die gesellschaftliche und moralische Ordnung dargestellt. Diese Dynamik zeigt sich in der Aussage von Pawel Gussew, der behauptet: „Mir tut es leid, an das Schicksal der Tochter dieses Mädchens zu denken. Ich kann mir nicht vorstellen, was aus ihr wird, aber ich glaube, nichts Gutes.“ (Pust' Govorjat 2012). Solche Aussagen verbinden die Kritik an den Aktivistinnen direkt mit Ängsten um die Zukunft der kommenden

Generationen und verstärken so die konservative Norm, dass Frauen für die Stabilität der Familie und Gesellschaft verantwortlich sind.

Auf der sozialen Ebene zeigt die Analyse, wie tief hegemoniale Diskurse in die autoritäre russische Gesellschaft eingebettet sind und welche Mechanismen zu ihrer Stabilisierung beitragen. Ein zentraler Aspekt ist die geschlechtsspezifische Strukturierung medialer Diskurse, die männliche Akteure als dominante Stimmen positioniert, während feministische Perspektiven systematisch marginalisiert werden. Dies zeigt sich insbesondere in der medialen Berichterstattung und den Talkshow-Diskussionen, in denen vorrangig Männer als Experten und Kommentatoren eingeladen werden, während Frauen, insbesondere jene mit feministischen Positionen, entweder weitgehend ausgeschlossen oder in passive, reaktive Rollen gedrängt werden. Die Verschiebung vom feministischen Protest hin zu einer männlich dominierten Erzählung reproduziert patriarchale Normen, indem sie den Aktivistinnen Autonomie und politische Handlungsfähigkeit abspricht.

Zusammenfassend zeigt die soziale Praxis der medialen Repräsentation von Pussy Riot, wie patriarchale und nationalistische Diskurse gezielt genutzt werden, um feministische Bewegungen zu marginalisieren und ihre Anliegen zu entpolitisieren. Durch die Fokussierung auf familiäre und moralische Aspekte sowie die Reduktion der Aktivistinnen auf stereotype Rollen wird die politische Dimension ihrer Aktionen verschleiert. Gleichzeitig wird die öffentliche Aufmerksamkeit von den strukturellen Problemen abgelenkt, die Pussy Riot adressieren möchte, wie etwa die Verflechtung von Kirche und Staat oder die Repression politischer Opposition. Die hegemonialen Narrative stärken nicht nur bestehende Machtverhältnisse, sondern erschweren auch den Zugang feministischer Bewegungen zum öffentlichen Diskurs.

7.5. Diskussion der Analyseergebnisse

Die Analyse der Sendungen illustriert auf prägnante Weise, wie Medien in Russland als strategisches Werkzeug eingesetzt werden, um hegemoniale Diskurse zu reproduzieren und in vorgegebene ideologische Bahnen zu lenken; dies kann als gezielte „Orchestrierung öffentlicher Meinung“ beschrieben werden. Der Fall Pussy Riot verdeutlicht exemplarisch, wie durch gezielte Inszenierung und bewusste Manipulation medialer Repräsentationen Machtverhältnisse stabilisiert und Protestbewegungen delegitimiert werden. Ähnlich wie von Rutland (2014) herausgearbeitet, agieren die Sendungen hierbei nicht als neutrale Berichterstatter, sondern als Akteure staatlicher Propaganda, die eine klare ideologische Agenda verfolgen.

Zentral für diese Strategie ist eine emotionalisierte und stark vereinfachte Darstellung. Die komplexen gesellschaftlichen Anliegen von Pussy Riot, etwa die feministische Kritik an der engen Verbindung von Kirche und Staat oder die Ablehnung patriarchaler Strukturen, werden, wie auch Johnson (2014) feststellt, systematisch marginalisiert und auf moralische Verfehlungen oder kulturelle Tabubrüche reduziert. Der eigentliche politische Kern des Protests verschwindet hinter einer moralisch aufgeladenen Erzählung, in der die Aktivistinnen als Verkörperung westlicher Dekadenz erscheinen, während die orthodoxe Kirche als Hüterin „traditioneller“ russischer Werte inszeniert wird.

Ein zentraler Mechanismus ist die systematische Unterdrückung alternativer Perspektiven. Unterstützende Stimmen für Pussy Riot werden entweder ganz ausgeschlossen oder so kontextualisiert, dass ihre Glaubwürdigkeit untergraben wird. Diese kontrollierte Diskursführung erzeugt den Eindruck eines breiten gesellschaftlichen Konsenses gegen die Aktivistinnen, was wiederum die staatliche Repression als Ausdruck des Volkswillens legitimiert.

Besonders auffällig ist die geschlechtsspezifische Instrumentalisierung der Aktivistinnen. In den untersuchten Sendungen werden Tolokonnikowa und Alechina wiederholt auf ihre Rolle als Mütter reduziert, während Samuzewitsch als unverheiratete und kinderlose Frau nahezu unsichtbar bleibt. Diese Reduktion auf Mutterschaft dient nicht nur, wie Rutland (2014) betont, der moralischen Abwertung ihres Engagements, sondern auch der Entpolitisierung ihres Protests. Johnson (2014) zeigt, dass gerade der Bruch mit der staatlich propagierten Norm der passiven, fürsorglichen Mutter gezielt als Provokation gerahmt wird, um gesellschaftliche Empörung zu schüren. Meine Analyse bestätigt diese Lesart: Die Mutterrolle wird zur moralischen Waffe umgedeutet, die politische Subjektivität der Aktivistinnen gezielt unterminiert.

Diese geschlechterpolitische Dimension ist, wie Johnson (2014) herausarbeitet, fester Bestandteil des autoritären Repertoires unter Putin. Feministische Positionen werden nicht nur als politisch oppositionell, sondern auch als moralisch deviant dargestellt. In den analysierten Formaten wird diese Rahmung verstärkt, indem Feminismus mit „westlicher Dekadenz“ assoziiert wird, so wie eine Strategie, die als zentrales Instrument der autoritären Kulturpolitik identifiziert. Der Diskurs um Pussy Riot verdeutlicht somit, dass die Verbindung patriarchaler, nationalistischer und religiöser Narrative nicht nur als ideologischer Überbau existiert, sondern in konkreten medialen Inszenierungen operationalisiert wird.

Während der Forschungsstand diese Verflechtung auf Makroebene beschreibt, zeigt meine Analyse, wie sie in spezifischen Talkshow-Formaten umgesetzt wird: durch die Auswahl der Gäste, die Rahmung der Themen, die Verwendung emotionalisierender Bilder und die gezielte Reduktion der Aktivistinnen auf stereotype Rollen. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse nicht nur die bisherigen Forschungen, sondern erweitern sie um eine präzise mikroanalytische Perspektive: Sie machen sichtbar, wie autoritäre Mediensysteme feministische Bewegungen nicht nur aus dem politischen Raum verdrängen, sondern auch in moralische und kulturelle Narrative einbetten, die ihre Delegitimierung nachhaltig sichern.

8. Widerstand von Pussy Riot und die Herausforderung etablierter Diskurse

Die Performance der Gruppe in der Christ-Erlöser-Kathedrale im Jahr 2012 kann aus verschiedenen Perspektiven analysiert werden. Meine Analyse der Aktion umfasst mehrere Aspekte: die textliche Analyse des Liedes, den Ort der Aktion, das Erscheinungsbild der Teilnehmerinnen, den Widerstand gegen bestehende hegemoniale Diskurse, die in vorherigen Analysen herausgearbeitet wurden, sowie den Versuch, neue Diskurse und Normen zu schaffen.

8.1 Analyse des Liedes „Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin“ von Pussy Riot

Die Diskursanalyse des Liedes von Pussy Riot, „Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin“, ermöglicht es, zu untersuchen, wie der Text dieser Aktion zu einem kraftvollen Instrument wurde, um hegemoniale politische, religiöse und kulturelle Narrative in Russland herauszufordern. Das Lied selbst stellt ein komplexes Netz von Bedeutungen dar, das auf die Dekonstruktion traditioneller Vorstellungen von Macht, Geschlechterrollen, Religion und bürgerlichen Freiheiten abzielt. Nachfolgend ist der Text des Liedes dargestellt, den ich selbst aus dem Russischen übersetzt habe:

„Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin

Vertreibe Putin, vertreibe Putin.

Schwarze Soutane, goldene Schulterklappen,

Alle Gläubigen kriechen auf Knien zu Gebeten.

Der Geist der Freiheit schwebt über den Himmeln,

Der Gay-Pride wird in Ketten nach Sibirien geschickt.

Das Haupt des KGB, ihr Hauptheiliger,

Führt Protestierende in den Gefängniskonvoi.

Um den Heiligsten nicht zu beleidigen,

Müssen Frauen gebären und lieben.

Scheiß, Scheiß, Heilige Scheiße

Scheiß, Scheiß, Heilige Scheiße

Gottesmutter, Jungfrau, werde Feministin,
Werde Feministin, werde Feministin.

Kirchliches Lob für die verfaulten Anführer,
Eine Prozession aus schwarzen Limousinen.
Der Prediger macht sich auf den Weg zu deiner Schule,
Geh zur Stunde – bring ihm Geld!
Patriarch Gundy glaubt an Putin,
Besser wäre es, er würde an Gott glauben, du Hund!
Der Gürtel der Jungfrau wird Demonstrationen nicht ersetzen –
Bei Protesten ist immer die Allheilige Maria bei uns!

Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin,
Vertreibe Putin, vertreibe Putin“.

Das Lied „Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin“ von Pussy Riot lässt sich anhand spezifischer Kategorien analysieren, die die zentralen Diskurse, Bedeutungen und Strategien des Textes entschlüsseln. Diese Kategorien erfassen die vielschichtige Kritik an politischen, religiösen und gesellschaftlichen Machtstrukturen und zeigen, wie alternative Narrative durch Sprache und Symbolik geschaffen werden.

Die erste Kategorie umfasst den politischen Diskurs, der sich auf die Kritik an autoritären Strukturen und repressiven Praktiken konzentriert. Hierbei steht zum Beispiel der wiederholte Refrain „Vertreibe Putin“ im Mittelpunkt, der die direkte Ablehnung der russischen Regierung und die Forderung nach einem politischen Wandel artikuliert.

Die zweite Kategorie analysiert den religiösen Diskurs, insbesondere die Verflechtung zwischen Kirche und Staat, die als Ziel scharfer Kritik fungiert. Metaphern wie zum Beispiel „Schwarze Soutane, goldene Schulterklappen“ und „Eine Prozession aus schwarzen Limousinen“ verdeutlichen die Verbindung von geistlicher und politischer Macht. Diese Symbiose wird als Instrument der Unterdrückung dargestellt, wobei die Kirche nicht als moralische Instanz, sondern als Komplizin des Staates entlarvt wird.

Ein weiterer zentraler Diskurs ist der feministische, der als dritte Kategorie untersucht wird. Das Lied fordert eine radikale Neuverhandlung von Geschlechterrollen und bricht mit patriarchalen

Traditionen, die Frauen auf passive und untergeordnete Rollen reduzieren. Zum Beispiel die Zeile „Gottesmutter, Jungfrau, werde Feministin!“ bietet eine revolutionäre Reinterpretation der Gottesmutter, die nicht länger als Symbol der Reinheit und Passivität fungiert, sondern zur aktiven Akteurin im sozialen Protest wird.

Die vierte Kategorie fokussiert sich auf den antireligiösen und provokativen Diskurs, der sich durch die bewusste Verletzung religiöser Tabus und die Dekonstruktion sakraler Autorität auszeichnet. Begriffe wie „Scheiß, Scheiß, Heilige Scheiße“ brechen mit traditionellem Respekt vor religiöser Sprache und entlarven die sakrale Autorität als Werkzeug sozialer Kontrolle. Die provokative Sprache zielt darauf ab, Schock und Reflexion auszulösen und die Machtstrukturen der Kirche und des Staates zu destabilisieren.

Die fünfte Kategorie widmet sich dem gesellschaftlichen Diskurs, der einen aktiven Widerstand gegen die bestehenden Strukturen propagiert. Zeilen wie „Der Gürtel der Jungfrau wird keine Demonstrationen ersetzen“ stellen passives Abwarten göttlicher Intervention dem aktiven Handeln gegenüber. Die symbolische Erwähnung der Allheiligen Maria als Begleiterin bei Protesten verbindet spirituelle und soziale Mobilisierung und fordert die Gemeinschaft zur Teilnahme an gesellschaftlichen Transformationsprozessen auf. Das Lied propagiert den zivilen Widerstand als einzig wirksames Mittel, um Unterdrückung zu bekämpfen, und stellt den Appell an die Verantwortung jedes Einzelnen in den Mittelpunkt.

Abschließend wird die symbolische Ebene des Liedes betrachtet, die durch visuelle und sprachliche Metaphorik gekennzeichnet ist. Metaphern wie „Schwarze Soutane, goldene Schulterklappen“ visualisieren die Verbindung von Machtinstitutionen, während die Umdeutung der Gottesmutter als feministische Ikone eine Neuinterpretation sakraler Symbole darstellt. Die aufrührerische Sprache und die bewusste Verwendung provokativer Begriffe destabilisieren etablierte Sprachmuster und schaffen Raum für alternative Narrative.

Das Lied „Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin“ von Pussy Riot stellt einen kraftvollen politischen und kulturellen Protest dar, der durch seine provokative Sprache, symbolischen Bedeutungen und radikale Kritik an autoritären Strukturen, patriarchalen Normen und der Verflechtung von Kirche und Staat hervorsteht. Der Text dient als Mittel zur Dekonstruktion hegemonialer Diskurse und thematisiert zentrale Themen wie politische Unterdrückung, Geschlechtergerechtigkeit und die Kommerzialisierung der Religion. Die einprägsame Eröffnung des Liedes mit dem Refrain „Gottesmutter, Jungfrau, vertreibe Putin!“ richtet sich an die

Gottesmutter, eine zentrale Figur in der orthodoxen Tradition, und fordert sie dazu auf, aktiv in die politische Realität einzugreifen. Dies hebt die Gottesmutter aus ihrer traditionellen Rolle als sakrale Figur heraus und positioniert sie in der politischen Sphäre, womit grundlegende religiöse Normen und die unantastbare Autorität der politischen Führung infrage gestellt werden. Die symbolische Ansprache der Gottesmutter lässt sich als bewusste Wiederaufleben des Rituals des „holy fool“ interpretieren (vgl. Denysenko 2013: 19-23). Er veranschaulicht, wie die Punk-Aktion in der Kathedrale selbst eine Form spirituellen Protests darstellt, der religiöse Autorität politisch konterkariert, indem er göttliche Hilfe gegen weltliche Macht mobilisiert. Die mehrfach wiederholte Forderung „vertreibe“ verleiht dem Protest eine eindringliche Dringlichkeit und verbindet durch Zeilen wie „Er führt Demonstranten ins Gefängnis unter Bewachung“ die Figur Putins mit der systematischen Repression gegen Oppositionelle. Die Kritik zielt dabei nicht nur auf Putins Herrschaft, sondern auf die gesamte autoritäre Struktur, die diese Macht untermauert.

Das Lied beleuchtet zudem die enge Verflechtung zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Staat, die als Hauptziel der Kritik fungiert. In Zeilen wie „Schwarze Soutane, goldene Schulterklappen“ und „Eine Prozession aus schwarzen Limousinen“ wird die Kirche als Komplizin der politischen Elite dargestellt, wobei die Kombination der traditionellen schwarzen Soutane des Klerus mit goldenen Schulterklappen staatlicher Autorität die Machtverschmelzung aufzeigt. Kananovich (2014) zeigt in ihrer Diskursanalyse, dass die gezielte Störung des sakralen Raumes, kombiniert mit politischer Botschaft, die „natürliche“ Verbindung von Kirche und Staat entmythologisiert. Besonders auffällig ist die Kritik am Patriarchen Kirill, der als politischer Akteur statt als spiritueller Führer dargestellt wird. In der Zeile „Patriarch Gundy glaubt an Putin, besser wäre es, er würde an Gott glauben, du Hund!“ wird die sakrale Figur des Patriarchen durch den spöttischen Spitznamen „Gundy“ entmystifiziert und als integraler Bestandteil des autoritären Systems entlarvt. Weiterhin greift das Lied die Kommerzialisierung der Religion an, etwa in der Zeile „Geh in die Schule – bring ihm Geld!“, die die Kirche als moralisch korrumpierte Institution beschreibt, die wirtschaftliche Interessen über spirituelle Werte stellt.

Eine weitere zentrale Ebene des Textes ist der feministische Diskurs, der Geschlechterrollen radikal neu verhandelt. Der Refrain „Gottesmutter, Jungfrau, werde Feministin!“ fordert eine revolutionäre Reinterpretation der Gottesmutter, die nicht länger als passives Symbol der Reinheit und Unterordnung fungiert, sondern als aktive Akteurin des sozialen Protests. Diese Aufforderung bricht mit patriarchalen Traditionen, die Frauen auf ihre Rolle als Mütter und moralische Wächterinnen reduzieren. Die ironische Zeile „Frauen sollen gebären und lieben“ reflektiert die hegemonialen

Erwartungen an Frauen und stellt ihnen eine alternative Vision von Weiblichkeit gegenüber: selbstbestimmt, aktiv und politisch engagiert. Wie Johnson (2014) herausarbeitet, verletzen die Aktivistinnen nicht nur gesellschaftliche Geschlechternormen, sondern stellten die Rolle der Frau radikal infrage.

Darüber hinaus drückt das Lied Solidarität mit marginalisierten Gruppen wie der LGBTQ+-Gemeinschaft aus. Die Zeile „Der Gay-Pride wird in Ketten nach Sibirien geschickt“ prangert die staatliche Repression gegen sexuelle Minderheiten an und unterstreicht die Verbindung zwischen feministischen und LGBTQ+-Kämpfen gegen staatliche Unterdrückung. So betont auch Denysenko (2013), dass das „Punk-Gebet“ die enge Allianz von Kirche und Staat nicht nur als frauenfeindlich, sondern auch als homophob und repressiv gegenüber sexuellen Minderheiten entlarvt.

Die bewusste Verwendung provokativer und antireligiöser Sprache verstärkt die aufrührerische Botschaft des Liedes. Begriffe wie „Scheiß Gottes“ brechen mit dem traditionellen Respekt vor religiöser Sprache und hinterfragen die sakrale Autorität, die von der Kirche beansprucht wird. Solche provokanten Formulierungen dienen nicht nur dazu, die Öffentlichkeit zu schockieren, sondern auch dazu, eine kritische Reflexion über die Rolle der Religion als Instrument sozialer Kontrolle anzustoßen. Diese gezielte Provokation setzt auf die Sprengkraft von Sprache, um die hegemonialen Machtstrukturen der Kirche und des Staates zu destabilisieren.

Auf einer gesellschaftlichen Ebene kritisiert das Lied die repressiven Mechanismen des autoritären Staates, die durch die Verbindung mit der Kirche verstärkt werden. Zeilen wie „Das Haupt des KGB, ihr Hauptheiliger“ verknüpfen historische und gegenwärtige Repressionsinstrumente, indem sie die Kontinuität autoritärer Traditionen von der Sowjetzeit bis heute aufzeigen. Die Aussage „Der Gürtel der Jungfrau wird keine Demonstrationen ersetzen“ stellt passives Warten auf göttliches Eingreifen dem aktiven Protest gegenüber und ruft dazu auf, Verantwortung für soziale Veränderungen zu übernehmen. Diese Linie propagiert zivilen Widerstand als effektives Mittel, um politische Unterdrückung zu bekämpfen, und fordert eine aktive Beteiligung an der Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft. Kananovich (2014) weist darauf hin, dass diese Zeile direkt auf eine Predigt von Patriarch Kirill reagiert, in der dieser Gläubige wenige Wochen vor der Performance aufforderte, auf die wunderwirkende Reliquie statt auf Straßenproteste zu setzen.

Die Diskursanalyse des Liedes zeigt, wie Pussy Riot sprachliche und symbolische Strategien nutzen, um hegemoniale Machtstrukturen zu destabilisieren. Indem sie die Verflechtung von Religion und Politik entlarven, patriarchale Normen infrage stellen und sich mit marginalisierten

Gruppen solidarisieren, schafften sie einen neuen Diskurs, der sich gegen die dominanten Narrative in Russland richtet. Mit ihrer provokativen Sprache und radikalen Symbolik fordert Pussy Riot nicht nur die bestehenden Machtverhältnisse heraus, sondern regt auch zu einem Umdenken über die Möglichkeiten von Widerstand und gesellschaftlichem Wandel an. In einem autoritären Kontext wie Russland wird das Lied zu einem kraftvollen Instrument des Protests, das die transformative Kraft von Sprache und Kunst unterstreicht.

8.2 Analyse des Erscheinungsbildes und der Wahl des Ortes

Das Erscheinungsbild der Aktivistinnen, ihre Aktionen und die bewusste Wahl des sakralen Raumes wurden strategisch genutzt, um bestehende Machtstrukturen infrage zu stellen und einen alternativen Gegen-Diskurs zu schaffen, der sich gegen Autoritarismus, Patriarchat und die enge Verflechtung von Kirche und Staat richtete. Das äußere Erscheinungsbild war dabei ein zentrales Element der Performance. Die leuchtend farbigen Balaklavas, die die Aktivistinnen trugen, hatten nicht nur eine symbolische, sondern auch eine politische Funktion. Sie verdeckten die Identität der Trägerinnen und betonten damit die kollektive Natur des Protests, wodurch eine Individualisierung von Kritik vermieden wurde. Diese Anonymität sprach für die universelle Natur ihres Widerstands, die jede Person, unabhängig von ihrer Identität, annehmen konnte (vgl. Mason 2018; Chambers 2020). Gleichzeitig stellten die Masken eine Dekonstruktion von Genderstereotypen dar, da sie traditionelle Marker von Weiblichkeit auslöschten und damit den patriarchalen Erwartungen an das Erscheinungsbild von Frauen entgegenstanden. Darüber hinaus hatten die Balaklavas eine klare Verbindung zu Protestbewegungen in Russland, was ihre Symbolik als Instrument des Widerstands zusätzlich verstärkte.

Auch die Kleidung der Aktivistinnen trug zur Provokation und Symbolik bei. Ihre farbenfrohen Kleider und Strumpfhosen kontrastierten stark mit der konservativen, düsteren Atmosphäre der Kathedrale, wodurch die Abkehr von traditionellen religiösen und kulturellen Normen betont wurde. Die Anlehnung an die Ästhetik der Punk-Subkultur unterstrich den rebellischen und antiautoritären Charakter der Aktion. Die bewusste Verwendung leuchtender Farben und kurzer Kleider spielte mit traditionellen Vorstellungen von Weiblichkeit und nutzte diese, um sie gleichzeitig zu subvertieren. Laut Wiedlack (2015) knüpfte die Wahl der Sturmhaube auch an die globalisierte Ästhetik feministischer Punkbewegungen an, etwa im Riot Grrrl-Stil.

Die Aktionen der Pussy Riot Mitglieder innerhalb der Kathedrale waren ebenso durchdacht und zielgerichtet. Ihre energischen, chaotischen Tänze auf dem Altar, einem Ort mit höchstem sakralem Symbolwert in der orthodoxen Kirche, brachen mit der traditionellen Vorstellung von Respekt und Demut vor heiligen Räumen. Diese bewusste Provokation entweihte den Altar symbolisch und entkoppelte ihn von der staatlich-religiösen Legitimation, die er verkörpert (vgl. Denysenko 2013; Gessen 2014). Die kraftvollen Bewegungen der Aktivistinnen symbolisierten die Ablehnung von Unterwürfigkeit und Unterordnung, die Frauen traditionell zugeschrieben werden. Die Performance wurde von einem Lied begleitet, dessen Text sowohl feministische als auch politische und antireligiöse Botschaften enthielt.

Die Performance machte auch deutlich, wie stark patriarchale Geschlechternormen in der russischen Gesellschaft verankert sind. Die Aktivistinnen widersetzten sich diesen Normen durch ihre Handlungen und Erscheinung und brachten damit alternative Vorstellungen von Weiblichkeit und politischer Subjektivität in den öffentlichen Diskurs ein.

Der Auftritt von Pussy Riot in der Kathedrale war ein bewusster und provokanter Akt, der die hegemonialen Machtstrukturen infrage stellte und die Möglichkeit eines alternativen gesellschaftlichen Diskurses aufzeigte. Ihre Aktionen zeigten, dass Kunst und Aktivismus selbst in autoritären Kontexten als effektive Werkzeuge genutzt werden können, um tief verwurzelte normative und politische Ordnungen herauszufordern.

Die bewusste Wahl der Christ-Erlöser-Kathedrale als Ort der Performance verstärkte die politische und symbolische Wirkung der Aktion. Dieser Ort, der eine starke symbolische und politische Last trägt, wurde bewusst ausgewählt, um hegemoniale Diskurse, autoritäre Machtstrukturen und die enge Verflechtung von Kirche und Staat herauszufordern und zu destabilisieren. Die Kathedrale dient nicht nur als religiöser, sondern auch als politischer Raum, der im post-sowjetischen Russland zu einem zentralen Symbol der Wiedergeburt und nationalen Identität stilisiert wurde (vgl. Denysenko 2013; Gessen 2014; Kananovic 2014; Kananovic 2015). Ihre enge Verbindung mit der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROC) und dem Staat unterstreicht die Vertikale der Macht, die beide Institutionen miteinander verbindet und zur Legitimierung autoritärer Strukturen beiträgt. Die Wahl der Kathedrale als Ort des Protests stellte eine bewusste Kritik an der Rolle der ROC als Instrument staatlicher Macht dar. Pussy Riot nutzten diese symbolische Verflechtung, um nicht nur die Kirche, sondern auch den Staat zu kritisieren, der religiöse Rhetorik instrumentalisiert, um seine Autorität zu festigen.

Wie ich bereits in früheren Analysen gezeigt habe, ist die Kathedrale ein zentraler Bestandteil des nationalen und kulturellen Narrativs Russlands. Ihre Rolle als Symbol einer homogenen, orthodox geprägten russischen Identität wurde durch die Performance von Pussy Riot direkt infrage gestellt. Der Diskurs um die nationale Identität, der sich eng mit der Orthodoxie und traditionellen Werten verbindet, wurde durch die Aktion dekonstruiert (vgl. Rutland 2014). Die Provokation richtete sich gegen die Exklusivität dieses Narrativs, das alternative Perspektiven wie Feminismus oder LGBTQ+-Rechte systematisch ausschließt. Indem sie die Kathedrale als Bühne nutzten, forderten die Aktivistinnen die Monopolisierung kultureller und nationaler Symbole durch die Orthodoxie heraus und warfen die Frage auf, wessen Interessen diese Symbole tatsächlich repräsentieren.

Pussy Riot zielte mit ihrer Performance nicht nur auf die Kritik an der Kirche ab, sondern nutzten die Kathedrale auch, um die wirtschaftliche und ideologische Verstrickung der ROC mit der Staatsmacht zu beleuchten. Die Kathedrale wird hier nicht als Ort der spirituellen Erleuchtung dargestellt, sondern als Symbol für ein System, das ökonomische und ideologische Kontrolle ausübt.

Pussy Riot nutzten die Kathedrale als Plattform, um ihre Botschaften von Widerstand, Emanzipation und politischer Freiheit zu verbreiten. Ihr Protest war nicht nur eine Kritik an spezifischen politischen oder religiösen Akteuren, sondern eine umfassende Dekonstruktion der Strukturen, die diese Akteure stützen. Indem sie das hegemoniale Narrativ infrage stellten, schufen sie einen Gegen-Diskurs, der die Möglichkeit eines alternativen Gesellschaftsmodells aufzeigte. Die Aktion verdeutlichte, dass Protest auch unter autoritären Bedingungen mächtig sein kann, wenn er gezielt und strategisch inszeniert wird. Die Kathedrale, ein Symbol für Stabilität und Einheit, wurde durch die Aktion von Pussy Riot in ein Symbol für Widerstand und Transformation verwandelt.

8.3 Diskussion der Analyseergebnisse

Pussy Riot etablierten durch ihre provokanten Aktionen und Performances eine Reihe neuer diskursiver Perspektiven, die gezielt gegen die hegemonialen Strukturen und Narrative der russischen Gesellschaft gerichtet waren. Diese neuen Diskurse zielten darauf ab, autoritäre, patriarchale und religiös-dominierte Machtverhältnisse zu destabilisieren und alternative Sichtweisen auf politische, soziale und kulturelle Themen zu schaffen.

Der feministische und emanzipatorische Diskurs war ein zentraler Bestandteil der Botschaft von Pussy Riot. Durch ihre provokante Performance hinterfragten sie die bestehenden Geschlechterrollen und setzten sich für eine grundlegende Neugestaltung der weiblichen Position sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb religiöser Traditionen ein. Indem sie die Jungfrau Maria als Symbol für den feministischen Widerstand beanspruchten, schufen sie ein Gegenbild zur traditionellen Darstellung der Frau als passiv, gehorsam und rein. Sie forderten eine aktive Beteiligung von Frauen an sozialen und politischen Veränderungen und stellten patriarchale Strukturen infrage, die Frauen auf ihre häusliche und reproduktive Rolle reduzieren. Dieser Diskurs ermutigt Frauen, ihre Stimme zu erheben und sich gegen Unterdrückung und Ungleichheit zu wehren.

Ein weiterer zentraler Diskurs war die Dekonstruktion der Sakralität. Pussy Riot entweihten bewusst heilige Orte wie den Altar der Christ-Erlöser-Kathedrale, um die sakrale Legitimation autoritärer Strukturen infrage zu stellen. Ihr Handeln zeigte, dass sakrale Orte nicht nur spirituell, sondern auch politisch aufgeladen sind. Durch ihren Protest machten sie deutlich, dass diese Räume nicht von Kritik ausgenommen sein sollten, insbesondere wenn sie zur Legitimation von Machtmissbrauch und Unterdrückung genutzt werden. Die Aktion verdeutlichte, dass auch sakrale Symbole und Räume in den Diskurs über gesellschaftliche Gerechtigkeit und politische Reform einbezogen werden müssen.

Die Universalität des Protests war ein weiterer Aspekt ihres neuen Diskurses. Durch die Verwendung anonymisierender Balaklavas und universeller Botschaften betonten sie die kollektive Natur des Widerstands (vgl. Mason 2018; Chambers 2020). Sie schufen ein Modell des Protests, das nicht an individuelle Identitäten gebunden war, sondern als universelle Strategie gegen Autoritarismus, Sexismus und Repression fungierte. Ihr Ansatz zielte darauf ab, Menschen unterschiedlicher Hintergründe und Überzeugungen anzusprechen und sie zu ermutigen, sich gegen Ungerechtigkeit zu engagieren.

Pussy Riot richteten sich auch gegen die staatliche Kontrolle über nationale und kulturelle Diskurse. Indem sie die enge Verbindung zwischen Kirche und Staat sowie die staatliche Instrumentalisierung kultureller Werte infrage stellten, schufen sie einen Diskurs, der Vielfalt und Pluralität betont. Ihr Protest stellte die Monopolisierung russischer Identität durch orthodoxe und traditionelle Werte infrage und setzte sich für alternative Lebensweisen und Meinungen ein. Dieser Diskurs fordert eine Gesellschaft, die auf Meinungsfreiheit und individueller Selbstbestimmung basiert, anstatt auf der repressiven Durchsetzung homogener kultureller Normen.

Zusammenfassend schufen Pussy Riot durch ihre Aktionen und Performances einen radikalen Gegen-Diskurs, der feministische, politische und soziale Dimensionen umfasste. Sie forderten die russische Gesellschaft heraus, indem sie autoritäre, patriarchale und religiöse Machtstrukturen infrage stellten und progressive, emanzipatorische Werte in den Mittelpunkt stellten. Ihr Diskurs betonte die Notwendigkeit von Pluralität, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit und forderte dazu auf, bestehende Machtverhältnisse und kulturelle Normen zu hinterfragen. Durch die Kombination provokativer Performances und subversiver Botschaften schufen sie ein Modell des Widerstands, das nicht nur in Russland, sondern weltweit Beachtung fand.

9. Zusammenfassung und Diskussion

9.1 Zusammenfassung der Erkenntnisse

In autoritären Regimen stellt die Kontrolle über Diskurse ein zentrales Herrschaftsinstrument dar, das der Stabilisierung und Reproduktion von Macht dient. Wenn ich in meiner Arbeit von ‚Diskurskontrolle‘ spreche, klingt dies zunächst so, als würde ich ein zentrales, koordinierendes Machtzentrum voraussetzen, etwas, das Foucaults Verständnis von Macht widerspricht. Genau diesen Widerspruch wollte ich jedoch problematisieren: Ich zeige, wie die Vorstellung eines solchen Machtzentrums diskursiv erzeugt wird. In den staatlich gelenkten Medien, in gerichtlichen Äußerungen und sogar in religiösen Stellungnahmen wird eine Art homogenes Autoritätszentrum konstruiert. Für Foucault zirkuliert Macht durch gesellschaftliche Praktiken; doch gerade diese zirkulierende Macht produziert in Russland die Illusion von Einheit, Souveränität und Kontrolle. Der Staat muss seine Macht ideologisch zentralisieren, um sie dezentral wirksam ausüben zu können.

Wahrheit wird in diesem Kontext nicht als objektive Realität verstanden, sondern als diskursives Konstrukt, das durch hegemoniale Narrative geformt und aufrechterhalten wird. Diese Diskurse sind weder neutral noch zufällig, sondern spiegeln die bestehenden Machtverhältnisse wider, die sie zugleich legitimieren und verfestigen (vgl. Foucault 1972: 219 - 220). Indem bestimmte Perspektiven privilegiert und andere marginalisiert werden, definieren autoritäre Regime, was als wahr und legitim gilt und welche Positionen als abweichend, illegitim oder gefährlich markiert werden. Die Konstruktion von Wahrheit im autoritären Kontext dient in erster Linie der Legitimierung und Absicherung der Macht der herrschenden Eliten – im Fall Russlands insbesondere der Putin-Administration und der Russisch-Orthodoxen Kirche. Diskursive Mechanismen sorgen dafür, dass alternative Sichtweisen, die bestehende Strukturen infrage stellen oder kritisieren, nicht als legitime Beiträge zur gesellschaftlichen Debatte anerkannt werden, sondern als „unwahr“, „gefährlich“ oder gar als Bedrohung für die soziale und moralische Ordnung diskreditiert werden. Der Fall Pussy Riot veranschaulicht eindrücklich, wie Protestaktionen, die feministische Ungleichheiten und politische Unterdrückung thematisieren, durch hegemoniale Diskurse umgedeutet und in moralische sowie kulturelle Kategorien verschoben werden. Anstatt als politische Kritik anerkannt zu werden, wurden die Aktionen der Gruppe als Angriff auf traditionelle Werte, die nationale Identität und die religiöse Ordnung interpretiert - eine Diskursstrategie, die die

Delegitimierung oppositioneller Stimmen ermöglicht und gleichzeitig die bestehende Machtstruktur stabilisiert.

Die Manipulation von Diskursen ist ein zentraler Mechanismus autoritärer Macht. Durch die selektive Darstellung von Themen, die Ausgrenzung unbequemer Stimmen und die emotionale Aufladung von Narrativen wird eine „Wahrheit“ konstruiert, die die bestehende Ordnung nicht infrage stellt (vgl. Linz 2000: 164 - 165).

Die hier wirkenden Machtmechanismen bestehen unter anderem aus geschlechtsspezifischen Narrativen, die gezielt eingesetzt werden, um feministische Perspektiven aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen. Durch die mediale und politische Inszenierung der Pussy-Riot-Aktivistinnen als „unverantwortliche Mütter“ oder „orientierungslose junge Frauen“ wird ihr Protest entpolitisiert und seine Legitimität untergraben. Indem ihre politische Motivation durch persönliche oder moralische Zuschreibungen überschrieben wird, werden sie nicht als eigenständige Akteurinnen eines politischen Widerstands wahrgenommen, sondern als Personen, die gegen soziale und kulturelle Normen verstoßen. Diese Form der Diskursverschiebung trägt dazu bei, patriarchale Strukturen zu reproduzieren und ein Geschlechterregime zu stabilisieren, das Frauen primär in traditionellen Rollen als Mütter, Ehefrauen oder Hüterinnen der familiären Werte verortet. Der feministische Aktivismus von Pussy Riot wird in diesem hegemonialen Diskurs nicht als legitime politische Artikulation anerkannt, sondern als eine Form der kulturellen Devianz inszeniert, die als Bedrohung für die gesellschaftliche Stabilität dargestellt wird. Die Konstruktion von Frauen als Trägerinnen der nationalen und kulturellen Identität, die es zu schützen gilt, verleiht diesen Narrativen eine zusätzliche ideologische Dimension. Durch diese diskursive Strategie wird nicht nur der Protest von Pussy Riot delegitimiert, sondern auch ein allgemeines gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem feministische Forderungen grundsätzlich als fremd oder subversiv markiert werden. Dies erschwert es erheblich, alternative Geschlechternarrative und feministische Gegenpositionen innerhalb des öffentlichen Diskurses zu etablieren.

Die Verbindung zwischen autoritären Strukturen und Diskursen zeigt sich auch in der Konstruktion eines Gegensatzes zwischen „russisch“ und „westlich“. Diese Dichotomie dient dazu, Kritik an der Verbindung von Kirche und Staat als fremdgesteuert und kulturfremd darzustellen. Indem die orthodoxe Kirche als Hüterin der nationalen Identität inszeniert wird, wird jede Abweichung von den propagierten Werten als Angriff auf die russische Kultur interpretiert. Wahrheit wird hier zu einem Instrument, um die Macht der orthodoxen Kirche und des Staates zu sichern, während feministische und oppositionelle Stimmen systematisch als Bedrohung delegitimiert werden.

Der Fall Pussy Riot zeigt, wie eng Macht, Wahrheit und Diskurse in autoritären Systemen miteinander verflochten sind. Wahrheit wird nicht durch einen offenen Diskurs gefunden, sondern durch die Reproduktion hegemonialer Narrative konstruiert.

Die Reaktionen der Russisch-Orthodoxen Kirche und ihre diskursive Strategie im Kontext der Aktion von Pussy Riot können nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind eng mit den staatlich-hegemonialen Diskursen im autoritären Russland verbunden. Diese Verbindung zeigt, wie religiöse Institutionen als ideologische Werkzeuge zur Legitimierung autoritärer Machtstrukturen und zur Stabilisierung des politischen Systems eingesetzt werden.

Die Verbindung zur staatlichen Hegemonie wird besonders deutlich in der rechtlichen und medialen Behandlung des Falls. Während staatliche Institutionen wie Gerichte die Aktion als kriminellen Akt verurteilten und harte Strafen verhängten, griffen staatlich kontrollierte Medien die Rhetorik der Kirche auf und verstärkten sie. Diese Narrative rechtfertigen nicht nur die Strafverfolgung, sondern dienen auch dazu, die Akteurinnen zu entmenslichen und politische Kritik als subversiv oder illegitim zu diskreditieren.

Besonders bemerkenswert ist, wie der feministische und politische Charakter der Aktion im hegemonialen Diskurs unsichtbar gemacht wurde. Anstatt als legitime politische Kritik anerkannt zu werden, wurden die Akteurinnen als „blasphemische Provokateurinnen“ dargestellt, deren Handlungen als irrational, kindisch und destruktiv beschrieben wurden. Diese Strategie der Diskursverschiebung diente dazu, die politische Dimension der Aktion zu delegitimieren und sie in eine kulturelle und moralische Krise umzudeuten, die keine ernsthafte politische Diskussion verdient.

Zusammenfassend zeigt die Analyse, dass die Reaktionen auf Pussy Riot Teil eines größeren Projekts zur Konsolidierung hegemonialer Diskurse in Russland waren. Diese Diskurse verschmelzen nationale, kulturelle und religiöse Narrative, um politische Kontrolle auszuüben, oppositionelle Stimmen zu delegitimieren und die bestehende Machtstruktur zu festigen. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Kirche und der russischen Regierung illustriert, wie religiöse Institutionen in autoritären Systemen als ideologische Werkzeuge genutzt werden können, um soziale Normen zu reproduzieren und politische Herausforderungen zu neutralisieren. Pussy Riots Aktion wird in diesem Kontext nicht als Ausdruck legitimen Protests wahrgenommen, sondern als Anomalie, die es zu disziplinieren und zu kontrollieren gilt.

9.2 Diskussion der Erkenntnisse aus den Analysen im Lichte von Foucaults und Faircloughs Theorien

Die Diskussion der Ergebnisse unter Einbeziehung der Theorien von Foucault und Fairclough ist zentral für meine Arbeit, da sie die Verknüpfung von Macht, Diskurs und Widerstand in autoritären Kontexten erklärt. Ohne diese theoretische Perspektive bleibt die Untersuchung unvollständig und liefert keine fundierte Antwort auf die zentrale Forschungsfrage. Foucaults und Faircloughs Ansätze ermöglichen es, die diskursive Konstruktion von Wahrheit, die Reproduktion hegemonialer Narrative und die Bedingungen für Widerstand präzise zu analysieren.

Im Fall von Pussy Riot zeigt sich, wie Macht durch Diskurse institutionalisiert wird, wobei Foucaults Konzepte des „Macht-Wissen-Komplexes“ und der Disziplinarmacht hilfreich sind, um zu verstehen, wie autoritäre Regime Normen schaffen und Abweichungen sanktionieren. Der russische Staat und die Orthodoxe Kirche charakterisierten die Aktion als Verstoß gegen soziale Normen und legitmierten so Repressionen. Durch die Darstellung der Aktion als Bedrohung für „traditionelle Werte“ wurde die Staatsmacht als Hüter der nationalen Identität positioniert.

Foucaults Theorie verdeutlicht auch, wie Macht nicht nur repressiv, sondern auch produktiv ist: Sie schafft Subjekte, Wissen und Normen. Im Fall Pussy Riot wurde die Gruppe als „westliche Dekadenz“ und „kulturelle Gefahr“ dargestellt, was sowohl die Repression legitimierte als auch alternative Narrative delegitierte. Zudem wird Foucaults Konzept der Disziplinarmacht deutlich, wenn die Aktivistinnen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit und Mutterschaft marginalisiert und die politische Bedeutung ihres Protests untergraben wurde.

Faircloughs Kritische Diskursanalyse ergänzt diese Perspektive, indem sie zeigt, wie durch sprachliche Mittel hegemoniale Narrative etabliert und alternative Perspektiven ausgeschlossen werden. Die mediale und staatliche Darstellung von Pussy Riot setzte auf die Verknüpfung von nationaler Identität, religiöser Moral und sozialer Stabilität, um die Aktivistinnen als Bedrohung darzustellen. Die Nutzung emotionaler Sprache und die rechtliche Verankerung von traditionellen Werten unterstützten die Repression und delegitierten den Protest.

Die Analyse zeigt, dass in autoritären Kontexten Diskurse nicht nur Realität abbilden, sondern aktiv neue Wirklichkeiten schaffen. Sprachliche Strategien und Diskurse fördern die Reproduktion sozialer Hierarchien und verhindern die Etablierung alternativer Perspektiven. Die langfristige Folge dieser Diskursstrategien ist die Stabilisierung autoritärer Strukturen und die Marginalisierung von Widerstand.

9.3 Widerstand in autoritären Strukturen

Der Widerstand von Pussy Riot gewann in bestimmten gesellschaftlichen Kreisen, besonders unter AktivistInnen und FeministInnen, symbolische Bedeutung, obwohl direkte politische Veränderungen begrenzt blieben. Ihre Aktionen legten fundamentale Konflikte innerhalb der russischen Gesellschaft offen: zwischen autoritären Machtstrukturen und individuellen Freiheitsrechten, zwischen staatlich-religiösen Diskursen und säkularen Werten sowie patriarchalen Geschlechterrollen und feministischen Forderungen. Diese Konflikte wurden durch ihren Widerstand nicht nur sichtbar gemacht, sondern auch aktiv in den öffentlichen Raum getragen, was als transformativer Akt verstanden werden kann.

Gemäß Michel Foucault ist Macht nicht nur repressiv, sondern auch produktiv: Sie durchzieht soziale Strukturen und wird ständig herausgefordert und neu verhandelt (vgl. Foucault 1978: 93-95). Widerstand ist daher kein externer Faktor, sondern eine inhärente Möglichkeit innerhalb jeder Machtbeziehung. Pussy Riot verdeutlichte dies, indem sie nicht nur Opfer staatlicher Repression wurden, sondern durch provokative Interventionen neue diskursive Räume schufen und hegemoniale Narrative destabilisierten. Ihr Protest war keine einfache Konfrontation mit dem Staat, sondern eine symbolische Intervention in Diskurse über Religion, Geschlecht und Nationalismus. Der Auftritt in der Christ-Erlöser-Kathedrale wurde nicht nur als blasphemische Störung, sondern auch als Angriff auf die symbolische Ordnung verstanden, die die russisch-orthodoxe Kirche als zentrale moralische Instanz im staatlichen Diskurs verankert.

Das russische Regime reagierte nicht passiv, sondern verteidigte seine hegemoniale Ordnung durch mediale Diskreditierung, juristische Verfolgung und die Instrumentalisierung religiöser Narrative. Dies bestätigt Foucaults Annahme, dass Macht nicht nur durch direkte Unterdrückung, sondern auch durch Strategien der Normierung und Diskurssteuerung wirkt (vgl. Foucault 1980: 98-99). Der Widerstand von Pussy Riot und die Reaktionen des Regimes verdeutlichen, dass Widerstand und Macht in einem dynamischen Verhältnis stehen, in dem beide Seiten interagieren.

Ein zentrales Merkmal des Widerstands von Pussy Riot war die Dekonstruktion von Geschlechterdiskursen. In einer Gesellschaft, in der Frauen häufig als Trägerinnen von Moral und Tradition dargestellt werden, hinterfragte die Gruppe diese Vorstellungen radikal. Sie positionierten Frauen nicht als passive Hüterinnen konservativer Werte, sondern als aktive Akteurinnen gesellschaftlicher Veränderung. Dieser Akt der Subjektivierung, im Sinne Foucaults, beschreibt die

Möglichkeit, sich von den normativen Identitäten der Machtstrukturen zu lösen und alternative Formen des Selbstseins zu konstruieren (vgl. Foucault 1978: 95-96).

Der kreative, performative Charakter ihres Widerstands war entscheidend. Pussy Riot nutzten Kunst und Performance, um die Ästhetik hegemonialer Diskurse anzugreifen. Die Symbolik ihrer Performance, etwa die bunten Balaklavas und provokante Songtexte, unterstrich die transformative Kraft von Kunst als Widerstandsinstrument. Dabei wurde die Inszenierung zum Teil des Protestes selbst, was die Interpretation ihrer Aktionen weit über den konkreten Kontext hinaus beeinflusste.

Gleichzeitig zeigt der Fall von Pussy Riot die Risiken des Widerstands in einem autoritären System. Der russische Staat reagierte mit massiver Repression, sowohl juristisch als auch medial. Die gerichtliche Verfolgung und harte Urteile gegen die Aktivistinnen sollten nicht nur sie bestrafen, sondern auch eine abschreckende Botschaft an andere potenzielle Protestierende senden. In der staatlichen Darstellung wurden Pussy Riot als „unmoralische Störer“ und „Feinde traditioneller Werte“ konstruiert, um ihre Anliegen zu delegitimieren.

Der Widerstand von Pussy Riot verdeutlicht die Herausforderungen, die feministische Bewegungen in autoritären Systemen durch patriarchale und staatliche Diskurse erfahren. Ihre Aktionen hinterfragten die Verflechtung von Kirche und Staat, die Unterdrückung feministischer Bewegungen und die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Russland. Auch wenn ihre direkten politischen Erfolge begrenzt waren, eröffneten sie wichtige Diskursräume über diese Themen und trugen zur langfristigen Veränderung des öffentlichen Diskurses bei.

Pussy Riot schufen einen internationalen Raum für den Protest, und ihre Aktionen wurden zu einem Symbol des Widerstands gegen autoritäre Regime und patriarchale Normen. Ihre Performance in der Christ-Erlöser-Kathedrale 2012 zog weltweite Aufmerksamkeit auf sich und leitete eine globale Diskussion über Meinungsfreiheit und politische Repression ein. Obwohl ihre Erfolge ambivalent sind, haben sie als Feministinnen und Künstlerinnen bedeutende Fortschritte erzielt, indem sie Themen wie Geschlechterungleichheit und die Verflechtung von Religion und Politik ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte stellten.

Ihre Beiträge zur Politisierung von Kunst und zur Dekonstruktion patriarchaler Strukturen sind ebenfalls bemerkenswert. Pussy Riot boten ein Modell für die Nutzung von Kunst als politisches Ausdrucksmittel und inspirierten weltweit KünstlerInnen und AktivistInnen, Kunst als Medium des Widerstands einzusetzen. Ebenso trugen sie zur Schaffung eines feministischen Dialogs bei, der in

Russland weiterhin marginalisiert bleibt, und machten auf die institutionalisierte Verknüpfung von Kirche und Staat aufmerksam.

9.4 Kritische Reflexion und zukünftige Forschungen

In Kapitel 2.4 wurde Russland als ein autoritäres Regime beschrieben, was sich in der Konzentration politischer Macht, der Einschränkung demokratischer Teilhabe, der Kontrolle öffentlicher Kommunikation und der Marginalisierung oppositioneller Akteure manifestiert (vgl. Freedom House 2013: 9; Gessen 2012: 104, 203). Eine allgemeine Übertragung dieser Merkmale auf alle autoritären Regime wäre jedoch methodisch ungenau. Vielmehr muss man sowohl die allgemeinen Eigenschaften autoritärer Herrschaft als auch die spezifischen Besonderheiten des russischen Systems differenziert betrachten.

Ein prägendes Merkmal des russischen Autoritarismus ist die enge Verknüpfung zwischen dem Staat und der russisch-orthodoxen Kirche. Im Gegensatz zu vielen anderen autoritären Systemen, in denen religiöse Institutionen entweder kontrolliert oder marginalisiert werden, nutzt Russland die Orthodoxie aktiv, um die eigene Herrschaft zu legitimieren. Diese Verflechtung unterstützt den staatlichen Diskurs über „traditionelle Werte“ und dient nicht nur der politischen, sondern auch der moralischen Delegitimierung der Opposition (vgl. Gessen 2012: 203). Anders als in Staaten wie dem Iran oder Saudi-Arabien, die Religion direkt in ihre politische Machtausübung integrieren, bleibt die russisch-orthodoxe Kirche in Russland eine moralische Stütze des Staates, ohne eine eigenständige politische Machtposition einzunehmen.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal Russlands ist die gezielte Instrumentalisierung von Geschlechterrollen. Während andere autoritäre Staaten wie Saudi-Arabien Frauenrechte explizit durch Gesetze einschränken, nutzt Russland mediale und diskursive Mittel, um traditionelle Geschlechterbilder zu fördern und feministische Bewegungen zu delegitimieren. Wie Turbine (2013) zeigt, nutzt Russland nicht primär juristische Mittel, um feministische Bewegungen zu unterdrücken, sondern setzt auf diskursive Strategien. Feminismus wird als westlich und unmoralisch kodiert, während Frauen auf traditionelle Rollen reduziert werden, etwa als Hüterinnen familiärer und nationaler Werte.

Russland bedient sich einer spezifischen diskursiven Strategie im Verhältnis zum Westen. Anders als viele andere autoritäre Regime, die westliche Demokratien primär als feindliche Gegenpole

inszenieren, greift Russland gezielt auf westliche Narrative zurück, um eigene repressive Praktiken zu legitimieren. So wird beispielsweise argumentiert, dass Mitglieder von Pussy Riot in westlichen Staaten noch strengeren Sanktionen ausgesetzt gewesen wären, wodurch die innenpolitische Repression im internationalen Vergleich relativiert werden soll (vgl. Sharafutdinova 2014: 615-621).

Zudem betont Russland eine „eigene Zivilisation“ und betrachtet sich als Träger einer einzigartigen kulturellen und moralischen Ordnung (vgl. Halbach 2019: 1-8). Diese Sichtweise hebt sich von anderen autoritären Regimen ab, die nationale Souveränität oder wirtschaftlichen Fortschritt in den Vordergrund stellen. Russland stellt westliche Werte als dekadent dar und unterstreicht seine Sonderstellung, wodurch eine ideologische Trennung zwischen „dem Westen“ und der „russischen Welt“ erzeugt wird (vgl. ebd: 15-20).

Das politische System Russlands weist einen hybriden Charakter auf, indem es autoritäre Machtstrukturen mit demokratischen Elementen verbindet. Zwar existieren Wahlen und formal unabhängige Institutionen, deren tatsächlicher Handlungsspielraum jedoch erheblich eingeschränkt ist. Dieses Modell einer „gelenkten Demokratie“ unterscheidet sich von offen autokratischen Systemen wie in China oder Nordkorea dadurch, dass es die äußere Form demokratischer Verfahren beibehält, diese jedoch so manipuliert, dass reale politische Konkurrenz faktisch ausgeschlossen wird (vgl. Mommsen 2018). Auf Grundlage von Levitsky & Way (2010) kann man argumentieren, dass Russland nicht als vollautoritär, sondern eher als kompetitiv-autoritäres System einzuordnen ist. Es existieren formell demokratische Institutionen wie Wahlen, Parteien und Parlamente, diese sind jedoch systematisch verzerrt.

Ein charakteristisches Merkmal des russischen Herrschaftssystems ist die gezielte Nutzung historischer Narrative zur Legitimation autoritärer Strukturen. Der Kreml verweist dabei auf eine vermeintlich „ununterbrochene Linie“ nationaler Größe, die bis in die Zarenzeit reicht, und unterstreicht die angebliche Notwendigkeit eines „starken Staates“. Diese Form der historischen Selbstvergewisserung unterscheidet sich von der Legitimation vieler anderer autoritärer Regime, die ihre Herrschaft vorrangig durch die Betonung aktueller Bedrohungslagen zu rechtfertigen suchen (vgl. Radchenko 2023: 57- 60; Stoner 2023).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Russland viele Merkmale autoritärer Regime aufweist, jedoch durch spezifische Strategien wie die Allianz von Staat und Kirche, historische Legitimierung und die hybride Herrschaftsform eine einzigartige Ausprägung des Autoritarismus verfolgt.

Zukünftige Forschungen könnten sich mit der Frage befassen, wie langfristig die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche die Stabilität des russischen Systems beeinflusst und inwiefern diese Merkmale auch in anderen post-sowjetischen oder semi-autoritären Staaten beobachtet werden können. Eine vergleichende Analyse könnte zudem untersuchen, ob Russland als Modell für andere autoritäre Regime dient oder ob diese Besonderheiten eine spezifische Entwicklung der russischen politischen Kultur widerspiegeln.

Literaturverzeichnis

Monografien

- Arutunyan, A. (2009) The Media in Russia. Maidenhead: Open University Press.
- Blommaert, J. (2005) Discourse: A Critical Introduction. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bodin, P.-A. (2009) Language, Canonization and Holy Foolishness: Studies in Postsoviet Russian Culture and the Orthodox Tradition. Stockholm: Stockholm University.
- Bührmann, A. (2005) Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst und seine gegenwärtige Hegemonialität. Einige grundlegende Anmerkungen zur Analyse des (Trans-) Formierungsgeschehens moderner Subjektivierungsweisen [49 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research [On-line Journal], 6(1), Art. 16.
- Butler, J. (1997) The Psychic Life of Power: Theories in Subjection. Stanford: Stanford University Press.
- Butler, J. (2005) Gefährdetes Leben: Politische Essays. Berlin: Suhrkamp.
- Cohen, B.C. (1963) The Political Process and Foreign Policy. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Deleuze, G. (1987) Foucault. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dreyfus, H.L. and Rabinow, P. (1982) Michel Foucault: Beyond Structuralism and Hermeneutics. Chicago: University of Chicago Press.
- Fairclough, N. (1989) Language and Power. London: Longman.
- Fairclough, N. (1992) Discourse and Social Change. Cambridge: Polity.
- Fairclough, N. (1995) Critical Discourse Analysis: The Critical Study of Language. New York: Longman Publishing.
- Fischer, F. (2003) Reframing Public Policy: Discursive Politics and Deliberative Practices. Oxford: Oxford University Press.
- Foucault, M. (1972) The Archaeology of Knowledge. New York: Pantheon Books.

- Foucault, M. (1973) *The Birth of the Clinic: An Archaeology of Medical Perception*. Trans. A.M. Sheridan. London: Tavistock Publications.
- Foucault, M. (1977) *Discipline and Punish: The Birth of the Prison*. Trans. A. Sheridan. New York: Pantheon Books.
- Foucault, M. (1978) *The History of Sexuality, Volume 1: An Introduction*. Trans. R. Hurley. New York: Pantheon Books.
- Foucault, M. (1978) *The Birth of Biopolitics*. New York: Pantheon Books.
- Foucault, M. (1980) *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings, 1972-1977*. New York: Pantheon Books.
- Foucault, M. (2003) *Society Must Be Defended: Lectures at the Collège de France 1975-1976*. Trans. D. Macey. New York: Picador.
- Gelman, V. (2015) *Authoritarian Russia: Analyzing Post-Soviet Regime Changes*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Gessen, M. (2012) *The Man Without a Face: The Unlikely Rise of Vladimir Putin*. New York: Riverhead Books.
- Gessen, M. (2014) *Words Will Break Cement: The Passion of Pussy Riot*. New York: Riverhead Books.
- Greene, S. (2014) *Moscow in Movement: Power and Opposition in Putin's Russia*. Stanford: Stanford University Press.
- Hacking, I. (1990) *The Taming of Chance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jäger, S. (2001) *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*. Münster: Unrast Verlag.
- Keller, R. (2011), *Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftlerinnen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Laruelle, M. (2021) *Is Russia Fascist? Unraveling Propaganda East and West*. New York: Cornell University Press.
- Levitsky, S., and Way, L. A. (2010). *Competitive authoritarianism: Hybrid regimes after the Cold War*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Link, J. (1997) Versuch über den Normalismus: Wie die Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Linz, J. (2000) Totalitarian and Authoritarian Regimes. Colorado: Lynne Rienner Publishers.
- McFaul, M. (2001) Russia's Unfinished Revolution: Political Change from Gorbachev to Putin. Berkeley: University of California Press.
- Rabinow, P. (1984) The Foucault Reader. New York: Pantheon Books.
- Richters, K. (2013) The Post-Soviet Russian Orthodox Church: Politics, Culture and Greater Russia. London: Routledge.
- Rose, N. (1999) Powers of Freedom: Reframing Political Thought. Cambridge: Cambridge University Press.

Herausgegebene Sammelbände

- Foucault, M. (1980) 'Two Lectures', in Gordon, C. (ed.) Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972-1977. New York: Random House.
- Chambers, P. (2020). Materialising Dissent: Pussy Riot's Balaclavas, Material Culture and Feminist Agency. In K. Deepwell (Ed.), Feminist Art Activisms and Artivisms, Amsterdam: Valiz, 1-9. ISBN 13: 9789492095725.
- Fowler, B. (2004) 'Mapping the obituary: Notes towards a Bourdieusian interpretation', in Adkins, L. & Skeggs, B. (eds.) Feminism after Bourdieu. Oxford: Blackwell Publishing, 148–171.
- Vartanova, E. and Smirnov, S. (2010) 'Contemporary Structure of the Russian Media Industry', in Rosenholm, A., Nordenstreng, K. and Trubina, E. (eds.) Russian Mass Media and Changing Values. London: Routledge, 21-40.
- Zassoursky, I. (2009) 'Free to Get Rich and Fool Around', in Beumers, B., Hutchings, S. and Rulyova, N. (eds.) The Post-Soviet Russian Media – Conflicting Signals. London: Routledge, 29-41.

Wissenschaftliche Artikel

- Agaltsova, A. (2014) 'Collective female identities in discussions about Pussy Riot's performance.' *Religion & Gender*, 4(2), 184–201. Verfügbar unter: DOI: 10.18352/rg.9904 (Zugriff: 16.08.2025).
- Bernstein, A. (2013) 'An Inadvertent Sacrifice: Body Politics and Sovereign Power in the Pussy Riot Affair', *Critical Inquiry*, 40(1), 220-241. Verfügbar unter: DOI: 10.1086/673233 (Zugriff: 16.08.2025).
- Denysenko, N. (2013) 'An appeal to Mary: An analysis of Pussy Riot's punk performance in Moscow.' *Journal of the American Academy of Religion*, 81(4), 1064–1090. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/JAAREL/LFT053> (Zugriff: 17.08.2025).
- Epstein, A. (2012) 'Арест участниц группы «Pussy Riot» как катализатор художественного и гражданского активизма' [The arrest of members of the group "Pussy Riot" as a catalyst for artistic and civil activism]. *Neprikosnovenny Zapas*, 4(84), 104–119. Verfügbar unter: <https://magazines.gorky.media/nz/2012/4/arest-uchastnicz-gruppy-pussy-riot-kak-katalizator-hudozhestvenno-grazhdanskogo-aktivizma.html> (In Russisch). (Zugriff: 17.01.2025).
- Etling, B., Alexanyan, K., Kelly, J., Faris, R., Palfrey, J. and Gasser, U. (2010) 'Public Discourse in the Russian Blogosphere: Mapping RuNet Politics and Mobilization', Berkman Center Research Publication. Verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=1698344> (Zugriff: 17.01.2025).
- French, J. (2022) 'Pussy power: Feminism, protest and the remasculinisation of Putin's Russia.' *Canadian-American Slavic Studies*, 56(2), 127 – 151. Verfügbar unter: DOI: 10.30965/22102396-05602005 (Zugriff: 17.08.2025).
- Geddes, B., Wright, J., and Frantz, E. (2014) 'Autocratic breakdown and regime transitions: A new data set.' *Perspectives on Politics*, 12(2), 313–331. Verfügbar unter: DOI: 10.1017/S1537592714000851 (Zugriff: 10.08.2025).
- Halbach, U. (2019) 'Kirche und Staat in Russland: Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie'. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Verfügbar unter: DOI: 10.18449/2019S08 (Zugriff: 10.08.2025).
- Haskins, E.V. (2015) 'Places of Protest in Putin's Russia: Pussy Riot's Punk Prayer and Show Trial'. *Advances in the History of Rhetoric*, 18:2, 227-247. Verfügbar unter: DOI: 10.1080/15362426.2015.1081531 (Zugriff: 10.08.2025).

- Johnson, J.E. (2014) 'Pussy Riot as a feminist project: Russia's gendered informal politics' Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity, 42:4, 583-590. Verfügbar unter: DOI: 10.1080/00905992.2014.916667 (Zugriff: 17.08.2025).
- Kananovich, V. (2014) 'Pussy Riot vs. Civil Obedience: A Critical Discourse Analysis of Two Texts.' Iowa Journal of Cultural Studies, Iowa City Iss. 16, (Fall 2014): 65-81. Verfügbar unter: DOI: <https://doi.org/10.17077/2168-569X.1435> (Zugriff: 18.08.2025).
- Kananovich, V. (2015) 'Execute not pardon': the Pussy Riot "affair" and the use of legal and discursive means for purposes of marginalizing dissent in Putin's Russia.' MA (Master of Arts) thesis, University of Iowa, 2015. Verfügbar unter: <http://ir.uiowa.edu/etd/1655> Zugriff: 18.08.2025).
- Kondakov, A. (2014) 'Проклина́я феминизм в зале суда: конструирование гендерного гражданства в процессе над Pussy Riot' [Cursing Feminism in the Courtroom: Constructing Gender Citizenship in the Pussy Riot Trial]. Neprikosnovenny Zapas, 93(1), 156–175. Verfügbar unter: https://www.academia.edu/7775220/Проклина́я_феминизм_в_зале_суда_конструирование_гендерного_гражданства_в_процессе_над_Pussy_Riot_Неприкосновенный_запас_93_1_156_175 (In Russisch).(Zugriff: 20.01.2025).
- Mason, J. (2018). 'Pussy Provocations: Feminist Protest and Anti-Feminist Resurgence in Russia.' Feminist Encounters: A Journal of Critical Studies in Culture and Politics, 2(1), 2–5. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.20897/femenc.201805> (Zugriff: 17.08.2025).
- Myzelev, A. (2021) 'Pussy Riot: Representing Russian Activism between East and West.' Comparative Media Arts Journal, Issue 9. Verfügbar unter : [https://www.sfu.ca/content/sfu/cmajournal/issues/issue-nine--relations/Alla-Myzelev/_jcr_content/main_content/download/file.res/Alla Myzelev – Pussy Riot.pdf](https://www.sfu.ca/content/sfu/cmajournal/issues/issue-nine--relations/Alla-Myzelev/_jcr_content/main_content/download/file.res/Alla%20Myzelev%20-%20Pussy%20Riot.pdf) (Zugriff: 12.08.2025).
- Pagung, S. (2017) 'Die Mär vom bösen Westen', Berliner Republik. Verfügbar unter: <http://www.b-republik.de/archiv/die-maer-vom-boesen-westen?aut=1561> (Zugriff: 12.08.2025).
- Panejah, E. (2012) 'Практическая логика судебного решения: дискреция под давлением и компромиссы за счет подсудимого.' [Practical logic of judicial decision-making: discretion under pressure and compromises at the expense of the defendant]. In: Volkov, V. (ed.) Как судьи принимают решения: эмпирические исследования права [How Judges Make Decisions:

Empirical Studies of Law]. Moscow: Statut, 107–127. Verfügbar unter: https://enforce.spb.ru/images/Issledovanya/Kak_sudyi_prinimayut_resheniaM.Statut2012-368str.pdf (In Russisch). (Zugriff: 17.01.2025).

- Radchenko S (2023) ‘Putin’s Histories.’ Contemporary European History 32, 57–60. Verfügbar unter: DOI: 10.1017/S0960777322000777 (Zugriff: 18.08.2025).
- Richters, K. (2012) ‘Pussy Riot, the Media and Church-State Relations in Russia Today’. Working Paper. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/256375451_Pussy_Riot_the_Media_and_Church-State_Relations_in_todays_Russia_working_paper (Zugriff: 15.01.2025).
- Rourke, B. and Wiget, A. (2016) ‘Pussy Riot, Putin and the Politics of Embodiment.’ Cultural Studies, 30:2, 234-260. Verfügbar unter: DOI: 10.1080/09502386.2014.974644 (Zugriff: 15.08.2025).
- Rutland, P. (2014) ‘The Pussy Riot affair: Gender and national identity in Putin’s Russia.’ Nationalities Papers, 42(4), 575–582. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/00905992.2014.936933> (Zugriff: 18.08.2025).
- Schröder, H. (2023) ‘Macht und Angst: Die politische Entwicklung in Russland 2009–2023’, Russland Analysen, Ausgabe 442, Bremen. Verfügbar unter: DOI: 10.31205/RA.442.01 (Zugriff: 29.01.2024).
- Sharafutdinova, G. (2014) ‘The Pussy Riot affair and Putin's démarche from sovereign democracy to sovereign morality.’ Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity, 42:4, 615-621. Verfügbar unter: DOI: 10.1080/00905992.2014.917075 (Zugriff: 16.08.2025).
- Sperling, V. (2014) ‘Russian feminist perspectives on Pussy Riot.’ Nationalities Papers, 42(4), 591–603. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/00905992.2014.924490> (Zugriff: 17.08.2025).
- Stoner, K. (2023) ‘The Putin Myth’. Journal of Democracy, 34(2), 5–18. Verfügbar unter: DOI: 10.1353/jod.2023.0020 (Zugriff: 10.08.2025).
- Temkina, A., and Zdravomyslova, E. (2014) ‘Gender’s crooked path: Feminism confronts Russian patriarchy.’ Current Sociology, 62(2), 253–270. Verfügbar unter: DOI: 10.1177/0011392113515566 (Zugriff: 16.08.2025).

- Turbine, V. (2013) ‘What does the Pussy Riot case tell us about the status of women’s human rights in Russia?’, E-International Relations. Verfügbar unter: <https://www.e-ir.info/2013/05/27/what-does-the-pussy-riot-case-tell-us-about-the-status-of-womens-human-rights-in-contemporary-russia/> (Zugriff: 08.08.2025).
- Wiedlack, M. K. (2015). ‘Pussy Riot and the Western Gaze—Punk Music, Solidarity and the Production of Similarity and Difference.’ *Popular Music and Society*, 39(4), 1-13. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/03007766.2015.1088281> (Zugriff: 17.08.2025).

Online-Artikel und journalistische Quellen

- Amnesty International Deutschland (2022) ‚Russia: „You will be arrested anyway. ‘ Verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-11/Amnesty-Bericht-Russland-Repression-Medienschaffende-Meinungsfreiheit-November-2022.pdf> (Zugriff: 08.08.2025).
- BBC Russian (2012) ‘Путин советует не судить строго участниц Pussy Riot [Putin advises not to judge Pussy Riot members harshly].’ Verfügbar unter: https://www.bbc.com/russian/russia/2012/08/120802_pusst_riot_fourth_day (Zugriff: 20.11.2024). (In Russisch).
- Bitten, N. and Kerim-Zade, D. (2013) ‘The Duma and Russian Orthodox Church vs feminism, openDemocracy.’ Verfügbar unter: <https://www.opendemocracy.net/en/5050/duma-and-russian-orthodox-church-vs-feminism/> (Zugriff: 17.08.2025).
- Business Gazeta (2012) ‘Сергей Лавров назвал "панк-молебен" Pussy Riot в Храме Христа Спасителя "шаловливым проявлением свободы слова" [Sergey Lavrov called Pussy Riot's "punk prayer" in the Cathedral of Christ the Savior "a mischievous manifestation of freedom of speech"']. Verfügbar unter: <https://m.business-gazeta.ru/news/56276> (In Russisch). Zugriff: (20.11.2024).
- Dollbaum, J. (2015) ‘Souveräne Demokratie’. Verfügbar unter: <https://www.dekoder.org/de/gnose/souveraene-demokratie> (Zugriff: 18.12.2024).
- Elder, M. (2012): ‘Feminist punk band Pussy Riot take revolt to the Kremlin.’ In: *The Guardian*. Verfügbar unter: theguardian.com/world/2012/feb/02/pussy-riot-protest-russia (Zugriff: 09.08.2025).
- Feigin, M. (2012). ‘Дело Надежды Толокно. Промежуточный финал. Постановление о привлечении в качестве обвиняемой’ [The Case of Nadya Tolokno. Interim Finale. Decision to

include as defendant]. Verfügbar unter: <https://mark-feygin.livejournal.com/87262.html> (In Russisch). Zugriff: (15.01.2024).

- Forbes (2012) ‘Лавров: вмешиваться в работу суда, в том числе по делу Pussy Riot, недопустимо’ [Lavrov: Interference in the work of the court, including in the Pussy Riot case, is unacceptable]. Verfügbar unter: <https://www.forbes.ru/news/96204-lavrov-v-rabotu-suda-v-tom-chisle-v-dele-pussy-riot-vmeshivatsya-nedopustimo> (In Russisch). (Zugriff: 20.11.2024).
- Гапова, Е. (2012) ‘Дело Pussy Riot: феминистский протест в контексте классовой борьбы’ [The Pussy Riot case: Feminist protest in the context of class struggle]. Verfügbar unter: <https://magazines.gorky.media/nz/2012/5/delo-pussy-riot-feministskij-protest-v-kontekste-klassovoj-borby.html> (In Russisch). (Zugriff: 08.08.2025).
- Gazeta (2012) ‘Художник зашил себе рот у Казанского собора в Петербурге в поддержку Pussy Riot’ [An artist sewed his mouth shut near the Kazan Cathedral in St. Petersburg in support of Pussy Riot]. Verfügbar unter: https://www.gazeta.ru/social/news/2012/07/23/n_2449497.shtml (In Russisch). (Zugriff: 01.11.2024).
- Gazeta (2012) ‘Валентина Матвиенко о Pussy Riot: это возмутительно, но я бы их отпустила’ [Valentina Matvienko on Pussy Riot: It's Outrageous, But I Would Let Them Go]. Verfügbar unter: https://www.gazeta.ru/social/news/2012/04/24/n_2311605.shtml (In Russisch). (Zugriff: 19.11.2024).
- Goncharenko, R. & Winogradov, J. (2012) ‘Russland verschärft Demonstrationsrecht’. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/russland-verschaerft-demonstrationsrecht/a-16003957> (Zugriff: 20.11.2024).
- Graham, T. (2023) ‘The Precarious Future of Russian Democracy’, Council on Foreign Relations, Verfügbar unter: <https://www.cfr.org/article/precarious-future-russian-democracy> (Zugriff: 08.08.2025).
- Himmelspace, A. (2022) ‘Agentengesetz’. Verfügbar unter: <https://www.dekoder.org/de/gnose/agentengesetz> (Zugriff: 21.11.2024).
- Hinz, O. (2013) ‘Russland verschärft sein Blasphemiegesetz. Schlechte Zeiten für Gotteslästerer’. Verfügbar unter: <https://www.domradio.de/artikel/russland-verschaerft-sein-blasphemiegesetz> (Zugriff: 21.11.2024).

- Imamgayazova, D. (2012) 'Путин назвал акцию Pussy Riot шабашем' [Putin Called the Pussy Riot Action a Sabbat]. DW. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/ru/путин-о-pussy-riot-государство-должно-защищать-чувства-верующих/a-16223515> (In Russisch). (Zugriff: 19.11.2024).
- Klein, E. (2015) 'Farbrevolutionen'. Verfügbar unter: <https://www.dekoder.org/de/gnose/farbrevolutionen> (Zugriff: 22.12.2024).
- Kostjutschenko, E. (2012) 'Седьмой день слушаний по делу Pussy Riot: адвокаты панк-группы произносят крайне эмоциональные антиклерикальные речи, судья прерывает аплодисменты' [The Seventh Day of Hearings in the Pussy Riot Case: The Punk Group's Lawyers Deliver Highly Emotional Anti-Clerical Speeches, the Judge Interrupts Applause]. Verfügbar unter: <https://novayagazeta.ru/articles/2012/08/07/58415-sedmoy-den-slushaniy-po-delu-pussy-riot-advokaty-pank-gruppy-proiznosyat-krayne-emotsionalnye-antiklerikalnye-rechi-sudya-preryvaet-aplodismenty-onlayn> (In Russisch). (Zugriff: 20.12.2024).
- Kremlin (2012) 'Встреча с руководителями фракций Государственной Думы' [Meeting with the Leadership of the State Duma Factions]. Verfügbar unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/16021> (In Russisch). (Zugriff: 20.11.2024).
- Krivyakina, E. (2012) 'Дмитрий Медведев о Pussy Riot' [Dmitry Medvedev on Pussy Riot]. Verfügbar unter: <https://www.kp.ru/daily/25948/2891882/> (In Russisch). (Zugriff: 19.11.2024).
- Loffe, J. (2011) 'Snow Revolution'. The New Yorker. Verfügbar unter: <https://www.newyorker.com/news/news-desk/snow-revolution> (Zugriff: 29.11.2024). (Zugriff: 19.11.2024)
- Meister, A. (2012). 'Internet-Zensur in Russland: "Es ist alles eingetreten, wovor wir immer gewarnt haben, sogar noch schlimmer"'. Verfügbar unter: <https://netzpolitik.org/2012/internet-zensur-in-russland-es-ist-alles-eingetreten-wovor-wir-immer-gewarnt-haben-sogar-noch-schlimmer/> (Zugriff: 19.12.2024).
- Mommsen, M. (2018): 'Einleitung.' In: Dossier Politisches System Russlands, Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: bpb.de/themen/europa/russland/47933/einleitung/ (Zugriff: 08.08.2025).
- Patriarch Kirill (2012) 'Выступление Святейшего Патриарха Кирилла на круглом столе «Духовность. Нравственность. Закон»' [Speech by His Holiness Patriarch Kirill at the Round

Table “Spirituality. Morality. Law”]. Verfügbar unter: <http://www.patriarchia.ru/db/text/2111750.html> (In Russisch). (Zugriff: 10.12.2024).

- Pertsev, A. (2023) ‘Even the Establishment is in Shock’. Verfügbar unter: <https://meduza.io/en/feature/2023/08/28/even-the-establishment-is-in-shock> (Zugriff: 29.11.2024).
- Pussy Riot’s Live Journal (2011) ‘Серия выступлений феминистской панк-группы Pussy Riot в Москве’ [A Series of Performances by the Feminist Punk Group Pussy Riot in Moscow]. Verfügbar unter: <https://pussy-riot.livejournal.com/5497.html> (In Russisch). (Zugriff: 20.11.2024).
- RBC (2012) ‘С. Лавров о приговоре Pussy Riot: Давайте не будем делать скороспелых выводов’ [S. Lavrov on Pussy Riot's Verdict: Let's Not Jump to Conclusions]. Verfügbar unter: <https://www.rbc.ru/politics/20/08/2012/5703fba69a7947ac81a6aea4> (In Russisch). (Zugriff: 19.11.2024).
- Reporter ohne Grenzen (2013). ‘Der Kreml auf allen Kanälen.’ Berlin. Verfügbar unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf (Zugriff: 28.05.2025).
- Scholl, S. (2006) ‘Demokratie mit Feindbild. Der Kreml auf der Suche nach einer neurussischen Nationalidee’, Internationale Politik, 58-59. Verfügbar unter: https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/IP_07-06_Scholl.pdf (Zugriff: 10.11.2024).
- Seitz, J. (2020) ‘PUTIN – GEISEL DER 1990ER JAHRE?’. Verfügbar unter: <https://www.dekoder.org/de/article/20-jahre-putin-gesellschaft-wandel> (Zugriff: 05.11.2024).
- Shpilkin, S. (2011) ‘Статистика исследовала выборы’ [Statistics Examined the Elections]. Verfügbar unter: https://www.gazeta.ru/science/2011/12/10_a_3922390.shtml (In Russisch). (Zugriff: 10.11.2024).
- Smotrim (2012) ‘Путин негативно отнесся к акции Pussy Riot в храме’ [Putin Reacted Negatively to Pussy Riot's Action in the Church]. Verfügbar unter: <https://smotrim.ru/article/1942199> (In Russisch). (Zugriff: 19.11.2024).
- Spiegel Ausland (2013) ‘Putin unterzeichnet Anti-Homosexuellen-Gesetz’. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-putin-segnet-gesetz-gegen-homosexualitaet-ab-a-908624.html> (Zugriff: 19.11.2024).

- Surkov, V. (2006) 'Наша российская модель демократии называется «суверенная демократия»' [Our Russian Model of Democracy is Called "Sovereign Democracy"]. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20080430012854/http://www.edinros.ru/news.html?id=114108> (In Russisch). (Zugriff: 20.11.2024).
- Zou Yi, C. (2021) 'Pussy Riot is No "Riot Grrl": How Western Media Misinterpreted Russian Protest Culture, 2012-2015'. Verfügbar unter: <https://yris.yira.org/acheson-prize/pussy-riot-is-no-riot-grrl-how-western-media-misinterpreted-russian-protest-culture-2012-2015> (Zugriff: 10.08.2025).

Berichte von Forschungsinstituten

- Freedom House (2013) 'Freedom in the World 2013: Russia.' In : refworld. Verfügbar unter: <https://www.refworld.org/reference/annualreport/freehou/2013/en/90374> (Zugriff 03.11.2024).
- United States Department of State (2013) 'Country Reports on Human Rights Practices for 2012: Russia.' Bureau of Democracy, Human Rights and Labor. Verfügbar unter: <https://2009-2017.state.gov/documents/organization/204543.pdf> (Zugriff: 09.08.2025).
- Lewada-Zentrum (2011) 'Москвичи о протестных митингах' [Moscow Residents about Protests]. Verfügbar unter: <https://www.levada.ru/2011/12/22/moskvichi-o-protestnyh-mitingah/> (In Russisch). (Zugriff: 01.12.2024).
- Lewada-Zentrum (2012) 'Тренд недоверия: граждане ожидают фальсификаций на мартовских президентских выборах' [Trend of Distrust: Citizens Expect Falsifications in March Presidential Elections]. Verfügbar unter: <https://www.levada.ru/2012/02/02/trend-nedoveriya-grazhdane-ozhidayut-falsifikatsij-na-martovskih-prezidentskih-vyborah/> (In Russisch). (Zugriff: 01.12.2024).
- Schröder, H. (2012) 'Ausführlicher Bericht zur Dumawahl 2011'. Heinrich Böll Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/demokratie/europa-nordamerika-bericht-duma-wahl-golos-2011-14069.html> (Zugriff: 15.12.2024).

Gerichtsurteil

- Moskauer Chamowniki-Gericht (2012) 'Приговор по делу № 1-107/12 Хамовнического районного суда г. Москвы от 17 августа 2012 года' [Urteil im Fall Nr. 1-107/12 des Moskauer Chamowniki-Gerichts vom 17. August 2012]. (In Russisch).

TV-Sendungen

- Gosdep-2 (2012) 'Последствия акции Pussy Riot' [Folgen der Pussy-Riot-Aktion] [TV-Sendung]. YouTube. Verfügbar unter: http://www.youtube.com/watch?v=QFhPV_FiDRk (In Russisch). (Zugriff: 03.01.2025).
- V Kontekste (2012) 'Скандал в храме' [Skandal in der Kathedrale] [TV-Sendung, Transkript]. In: Pravmir. Verfügbar unter: <https://www.pravmir.ru/v-kontekste-skandal-v-xrame-video-tekst/> (In Russisch). (Zugriff: 03.01.2025).
- Pust' Govorjat (2012) 'Демоны' [Dämonen] [TV-Sendung]. YouTube. Verfügbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=H9aO-l-6Jeo> (In Russisch). (Zugriff: 03.01.2025).

Anhang

Übersicht der Analyse staatlicher Reaktionen

Analyse Foucault

Beispiel aus dem Material	Diskursive Strategie	Machtmec hanismus	Subjektivierung & Wirkung	Kategorie
„Die Aktion war abscheulich.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Moralisierung, Emotionalisierung	Herstellung moralischer Ordnung	Pussy Riot wird als moralisch abweichend konstruiert	Moralische Einstellung
„Mich ekelt an, ihr Erscheinungsbild und die Hysterie, die das Ganze begleitet.“ (Medwedew, Krivyakina 2012)	Moralisierung	Stigmatisierung durch Sprache	Pussy Riot wird als emotional unkontrolliert dargestellt	Moralische Einstellung
„Man kann nicht die Grundlagen der Moral untergraben und das Land zerstören.“ (Putin, RBC 2012)	Konstruktion einer Bedrohung	Sicherheitspolitische Legitimierung	Darstellung des Protests als Gefahr für nationale Stabilität	Moralische Einstellung
„Missachtung der moralischen und rechtlichen Normen.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Vermischung von Recht & Moral	Institutionalisierung der Norm	Rechtfertigung für Repression gegen Pussy Riot	Moralische Einstellung/ Rechtsstaatlichkeit
„Hexensabbat.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Dämonisierung durch Sprache	Konstruktion eines Feindbildes	Pussy Riot wird als destruktive, chaotische Kraft dargestellt	Moralische Einstellung
„Was sie getan haben, ist empörend und unmoralisch, aber ich würde sie gehen lassen.“ (Matwijenko, Gazeta 2012)	Moralisierung	Emotionalisierung zur Legitimierung staatlicher Kontrolle	Die Handlung wird als Verstoß gegen gesellschaftliche Normen dargestellt, jedoch eine „milde“ Haltung suggeriert	Moralische Einstellung

„Moralische Provokation.“ (Putin, RBC 2012)	Moralisierung, Entpolitisierung	Entpolitisierung des Diskurses	Die Aktion wird als reine Provokation dargestellt, um politische Forderungen unsichtbar zu machen	Moralische Einstellung
„Verletzung der religiösen Gefühle“ (Putin, RBC 2012)	Sakralisierung von Raum, Schutzdiskurs zur Legitimierung	Verbindung von Religion und staatlicher Ordnung	Der Staat erscheint als Hüter religiöser Werte, Pussy Riot als Respektlose	Religion
„Verletzung religiöser Normen und Beleidigung der Gefühle der Gläubigen.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Moralisierung, Konstruktion einer Bedrohung	Sicherheitsdiskurs zur Kontrolle gesellschaftlicher Werte	Pussy Riot wird als Gefahr für religiösen Frieden dargestellt	Moralische Einstellung/ Religion
„Es ist die Schändung eines heiligen Ortes.“ (Putin, RBC 2012)	Dämonisierung, religiöse Emotionalisierung	Heiligsprechung eines physischen Ortes, um Kritik zu entwerten	Verstärkt die Emotionalisierung, um Widerstand zu delegitimieren	Religion
„Der Staat muss die Gefühle der Gläubigen schützen.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Legitimierung von Repression durch Schutzargument	Staatliche Kontrolle als Verteidigung kollektiver Werte	Der Staat wird als Beschützer dargestellt, Repression erscheint als moralische Pflicht	Religion
„Erinnerung an die Unterdrückung der Religion in der Sowjetzeit.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Historische Kontinuität als Legitimationsstrategie	Repression wird als Korrektur früherer Fehler dargestellt	Russische Identität wird über Religion definiert, um Opposition zu marginalisieren	Hegemoniale Strategie

„Ich bemühe mich, das zu tun, was ich für richtig und notwendig für unser Land und unsere nationale Identität halte.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Nationale Identität als hegemoniales Prinzip	Selbstinszenierung als alleiniger Garant für das Wohlergehen des Landes	Kritik an Putin wird als Angriff auf nationale Stabilität dargestellt	Hegemoniale Strategie
„Ich sehe, dass die überwältigende Mehrheit der Bürger mich unterstützt, und solange ich diese Unterstützung habe, werde ich Russland weiterhin in die gleiche Richtung führen.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Legitimation durch Mehrheitsdiskurs	Herstellung eines „Volkswillens“, der alternative Stimmen ausgrenzt	Opposition erscheint als unbedeutende Minderheit	Hegemoniale Strategie
„Übermütige Ausdrucksform der Meinungsfreiheit / russische Gesellschaft akzeptiert eine solche Tat nicht.“ (Lawrow, Business Gazeta 2012)	Kulturelle Hegemonie als Argument	Konstruktion eines einheitlichen Wertekanons	Abweichende Meinungen werden als unververtretbar dargestellt	Hegemoniale Strategie
„Russische Souveränität bedeutet, dass wir unser Land nach unseren eigenen Traditionen und Gesetzen gestalten.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Souveränitätsdiskurs gegen westliche Kritik	Nationale Identität als Rechtfertigung für autoritäre Maßnahmen	Kritik am russischen Staat wird als ausländische Einmischung geframed	Hegemoniale Strategie
„Nur ein Gericht kann eine endgültige Entscheidung treffen.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Autoritätsverweis auf Justiz, Entpolitisierung der Entscheidung	Trennung von politischer und juristischer Macht zur Abwehr von Kritik	Die Regierung erscheint als neutraler Akteur, während Gerichte als alleinige Entscheidungsinstanz dargestellt werden	Rechtsstaatlichkeit

„Es liegt nicht an mir, über Gerichtsurteile zu diskutieren, das ist Sache der Justiz.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Verantwortungsverschiebung	Justiz als Schutzschild gegen politische Vorwürfe	Die Regierung entzieht sich der Verantwortung und präsentiert den Prozess als objektiv und unpolitisch	Rechtsstaatlichkeit
Russland ist ein Rechtsstaat, und jeder, der diese Normen verletzt, muss mit entsprechenden Konsequenzen rechnen. “ (Peskow, Smotrim 2012)	Legitimierung durch Ordnungsdiskurs	Herstellung eines normativen Konsenses, der Strafen als natürliche Konsequenz darstellt	Repression erscheint nicht als politische Maßnahme, sondern als gesetzliche Notwendigkeit	Rechtsstaatlichkeit
„Die Band in islamischen Staaten oder Israel mit einer sehr viel härteren Strafe hätte rechnen müssen.“ (Putin, BBC Russian 2012)	Relativierung durch internationalen Vergleich	Strafen werden als mild dargestellt	Internationale Standards dienen der Legitimation harter Maßnahmen	Legitimation der Maßnahmen
„In Deutschland sind für Sakrileg und Blasphemie in Kirchen bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe vorgesehen.“ (Lawrow, RBC 2012)	Vergleich mit anderen Ländern zur Normalisierung von Strafen	Herstellung von Akzeptanz durch Präzedenzfälle	Russische Repression erscheint als global übliche Praxis	Legitimation der Maßnahmen
„Bewusste Störung der Ordnung.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Kriminalisierung von Protest als Sicherheitsdiskurs	Legitimation staatlicher Repression durch Ordnungsgesamt	Protest wird nicht als politischer Dissens, sondern als Gefahr dargestellt	Legitimation der Maßnahmen
„Der Staat hat die Aufgabe, sicherzustellen, dass Recht und Ordnung gewahrt bleiben – im Interesse aller Bürger.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Ordnungsgesamt für staatliche Legitimität	Staatsmacht erscheint als neutrale Schutzinstanz	Sicherheitsmaßnahmen werden als alternativlos dargestellt	Legitimation der Maßnahmen

Moralische Einstellung

Diese Kategorie nutzt moralische Argumente, um das Verhalten von Pussy Riot zu delegitimieren und als unmoralisch oder gesellschaftlich inakzeptabel darzustellen.

Religion

Religion wird als Schutzobjekt des Staates definiert, wodurch jede Kritik oder Proteste gegen religiöse Institutionen als Sakralbruch und Angriff auf die Gesellschaft dargestellt werden. Staatliche Reaktion als Verteidigung spiritueller Werte.

Rechtsstaatlichkeit

Diese Kategorie zeigt, wie der Staat seine Repression als Teil eines neutralen, objektiven Justizsystems darstellt. Die Darstellung des Falls als juristische und nicht politische Angelegenheit dient dazu, den repressiven Charakter der Maßnahmen zu verschleiern.

Hegemoniale Strategie

Der Staat konstruiert einen gesellschaftlichen Konsens und marginalisiert abweichende Positionen durch richtige Kurs des Russlands. Das zeigt, wie der Staat seine Macht als natürlich, alternativlos und vom Volk gewünscht darstellt.

Legitimation der Maßnahmen

Argumente um die eigenen Maßnahmen zu relativieren und Kritik an der staatlichen Reaktion abzuschwächen.

Analyse Fairclough

1. Mikroebene: Sprachliche Analyse

Beispiel	Semantische Bedeutung
„abscheulich.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Der Protest wird nicht als legitimer Ausdruck, sondern als moralischer Verstoß markiert.
„Empörend und unmoralisch.“ (Matwijenko, Gazeta 2012)	Der Protest wird sowohl als ethisch falsch als auch gesellschaftlich schockierend dargestellt.
„Ekel“ und „Hysterie.“ (Medwedew, Krivyakina 2012)	Pussy Riot wird als irrationale, unkontrollierte Gruppe inszeniert, um sie zu delegitimieren.
„Verletzung der religiösen Gefühle.“ (Putin, RBC 2012)	Der Protest wird nicht als Kritik an Staat oder Kirche verstanden, sondern als Angriff auf die Gläubigen.

„Schändung eines heiligen Ortes.“ (Putin, RBC 2012)	Der Protest wird nicht als politische Aktion, sondern als existenzieller Angriff auf eine Institution dargestellt.
„Die Band in islamischen Staaten oder Israel mit einer sehr viel härteren Strafe hätte rechnen müssen.“ (Putin, BBC Russian 2012)	Russische Repression wird durch den Verweis auf andere Länder als moderat und gerechtfertigt dargestellt.
„Der Staat muss Gläubige schützen“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Repression erscheint nicht als politische Kontrolle, sondern als moralische Verpflichtung des Staates.

2. Mesoebene: Diskursive Praxis (Produktion, Verbreitung)

Beispiel	Diskursiver Effekt
Homogenität der Berichterstattung in Online-Medien	Die gleichförmige Reproduktion staatlicher Narrative in den Medien zeigt eine diskursive Kontrolle, da alternative Perspektiven unterdrückt werden.
Identische Reproduktion staatlicher Narrative in verschiedenen Medien	Direkte Zitate von Regierungsvertretern werden ohne kritische Einordnung übernommen, wodurch der Diskurs einseitig gelenkt wird.
Putin: „moralische Provokation“, „moralische Grundlagen der Gesellschaft untergraben“ (RBC 2012)	Moralische Rahmung in der öffentlichen Diskussion dient der Diskreditierung der politischen Botschaft von Pussy Riot und verlagert die Debatte auf moralische Werte.
„Nur ein Gericht kann eine endgültige Entscheidung treffen.“ (Peskow, Smotrim 2012)	Die juristische Rahmung des Falls entpolitisiert den Diskurs und stellt ihn als rein rechtliche Angelegenheit dar.
„Der Staat muss die Gefühle der Gläubigen schützen.“ (Putin, Imamgayazova 2012)	Staat erscheint als moralische Schutzinstanz
„Die Band in islamischen Staaten oder Israel mit einer sehr viel härteren Strafe hätte rechnen müssen.“ (Putin, BBC Russian 2012)	Russische Repression wird als global übliche Praxis dargestellt

3. Makroebene: Soziale Praxis und Machtstrukturen

Machtmechanismus	Wirkung im Diskurs	Gesellschaftliche Funktion
Kriminalisierung von Opposition	Pussy Riot wird nicht als politische Akteurin, sondern als „moralische Bedrohung“ dargestellt	Delegitimierung von Protest als gesellschaftlich schädlich
Verbindung von Religion und Staat	Kritik an der Kirche wird als Angriff auf die Nation geframed	Rechtfertigung von Zensur und repressiven Gesetzen
Souveränitätsdiskurs zur Abwehr westlicher Kritik	Russische Gesetze werden als einzig legitimer Rahmen dargestellt	Delegitimierung internationaler Menschenrechtskritik
Neutralitätsnarrativ der Justiz	Regierung erscheint als unbeteiligte Instanz, die nur „die Gesetze respektiert“	Verhinderung direkter Kritik an politischen Entscheidungen
Kulturelle Hegemonie	Regierung definiert, was „akzeptable Meinungsfreiheit“ ist	Einschränkung öffentlicher Debatten, um staatliche Kontrolle zu stärken
Putin: „Ich sehe, dass die überwältigende Mehrheit der Bürger mich unterstützt“ (Imamgay azova 2012)	Stärkung seine Legitimität	Altertanitivlos
Marginalisierung oppositioneller Bewegungen als kulturell fremd oder destruktiv	Unpassend oder gefährlich für die russische Gesellschaft.	Die Regierung nutzt Polarisierung, um oppositionelle Gruppen als Feinde traditioneller russischer Werte zu rahmen und ihre